

LMU

LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE

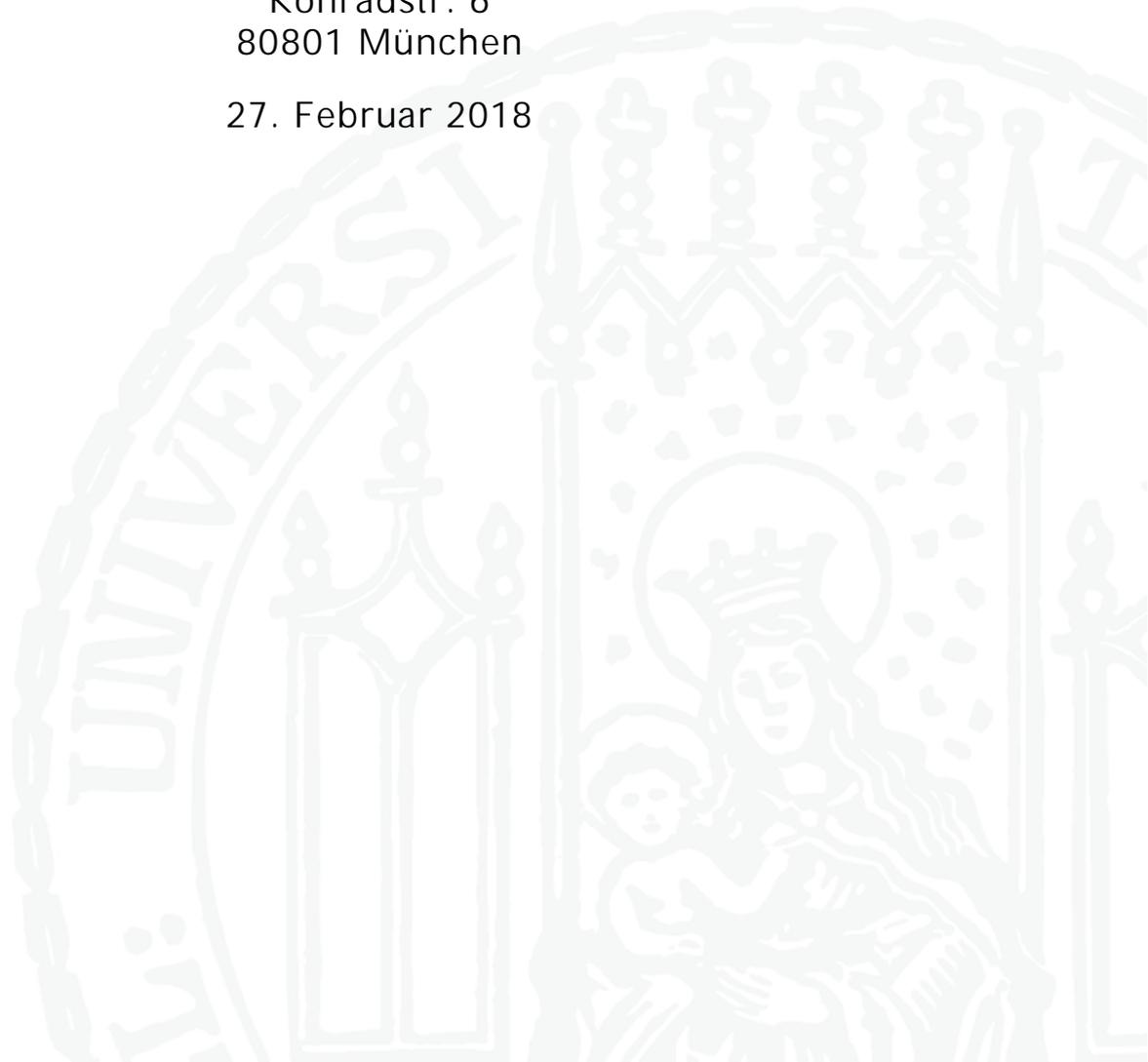
Werner Fröhlich

Nachwahlbefragung von Münchner Bürger*innen
zur Bundestagswahl 2017

Forschungsbericht des Instituts für Soziologie
der Ludwig-Maximilians-Universität München

Institut für Soziologie
Konradstr. 6
80801 München

27. Februar 2018



Zusammenfassung

In diesem Bericht werden zentrale Ergebnisse einer im Herbst 2017 unter 998 Münchner Haushalten durchgeführten Befragung zum Thema Wahlen und politische Beteiligung präsentiert. In dieser Studie wurde für die Landeshauptstadt München zum ersten Mal eine Nachwahluntersuchung zu einer Bundestagswahl durchgeführt, wobei sowohl Wähler*innen als auch Nichtwähler*innen befragt wurden. Der Fokus der Untersuchung lag zum einen darauf, zu erfassen, welche Faktoren die Entscheidung, nicht wählen zu gehen, beeinflussen. Zum anderen wurde analysiert, welche Maßgaben dazu beitragen können, Nichtwähler*innen zur Wahl zu motivieren.

In einer ersten Analyse bestätigt unsere Untersuchung den Stellenwert soziologischer und sozialpsychologischer Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens in weiten Teilen. Wird der jeweils um den der anderen Größen bereinigte Einfluss eines Merkmals regressionsanalytisch untersucht, so gehen viele dieser bivariat beobachteten Zusammenhänge verloren. Im Ergebnis zeigt sich, dass demografische, sozio-ökonomische und weitere sozialstrukturelle Einflüsse kaum mehr wirken. Die Nichtwähler*innen sind katholisch oder konfessionslos, mit ihrem Leben alles in allem unzufriedener, politisch wenig interessiert und mit der Demokratie unzufrieden. Sie verorten sich politisch eher rechts, haben wenig Vertrauen in die politischen Institutionen und fühlen sich nicht ausreichend sowie nicht verständlich über das politische Geschehen informiert. Hauptgründe für Nichtwahl sind dabei das fehlende Vertrauen in Politiker*innen bzw. die bisher gewählte Partei sowie der Wunsch, diesen einen „Denkzettel“ zu geben. Bezogen auf die nächste Stadtratswahl ist hervorzuheben, dass mehr als 40% der Nichtwähler*innen dafür zu mobilisieren sind. Nichtwähler*innen stellen im Vergleich zu den Wähler*innen die Beseitigung der sozialen Ungleichheit als wichtiges Ziel der Münchner Kommunalpolitik in den Vordergrund. Dem Vertrauensverlust könnten die Münchner Kommunalpolitiker*innen dadurch begegnen, indem sie den Wunsch nach häufigerer Anwesenheit der Mitglieder des Stadtrates in den Stadtteilen aufgreifen, um dort mit den Bürger*innen zu sprechen, sich also aktiv in Diskussionen einzubringen. Nichtwähler*innen wünschen sich demnach konkrete Dialogangebote, um oben erwähnte Informationsdefizite zu beheben. Dies steht in direktem Zusammenhang mit Vorschlägen der Befragten, wie man die Bürger*innen zur Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl motivieren könnte (mehr Bürger*innennähe/direkte Kontakte mit den Bürger*innen). Vermieden werden sollten jedoch Haustürkontakte, da diese eher ablehnend beschieden werden. Geeignet (sowohl zum Aufbau von Vertrauen als auch zur Kontaktaufnahme) scheinen zudem lokale Zeitungen (inklusive stadtteilbezogene Wochenblätter) und (lokales/regionales) Fernsehen. Von den Befragten gefordert ist hier eine sachbezogene Information und der Auftritt von Lokalpolitiker*innen im lokalen Fernsehen bzw. die Vorstellung von Politiker*innen in den entsprechenden Zeitungen.

Die Studie wurde von folgender Institution finanziert:



Landeshauptstadt München
Fachstelle für Demokratie

Die inhaltliche Verantwortung liegt alleine beim Institut für Soziologie der LMU.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Methoden.....	10
2.1	Forschungsdesign	10
2.2	Rücklauf und Repräsentativität	12
2.3	Methodische Herausforderungen der Untersuchung	15
3	Ergebnisse	17
3.1	Weitere wichtige Merkmale der Befragten und sonstige Aspekte.....	17
3.1.1	Wohnsituation und Leben in München.....	17
3.1.2	Eigene Lebenssituation.....	17
3.1.3	Politisches Interesse und politische Orientierung	18
3.1.4	Weitere demografische und sozio-ökonomische Merkmale	18
3.2	(Nicht-)Wähler*innen und ihre Merkmale	19
3.2.1	Nichtwähler*innen und Wähler*innentypen.....	19
3.2.2	Demografische und sozio-ökonomische Struktur der Nichtwähler*innen	23
3.2.3	Weitere strukturelle Merkmale der Nichtwähler*innen	28
3.2.4	Spezifische Münchner Merkmale	29
3.3	(Nicht-)Wähler*innen und politische Weltsicht und Partizipation	30
3.3.1	Politische Weltsicht der Nichtwähler*innen	30
3.3.2	Nichtwähler*innen und politische Partizipation	32
3.3.3	Regressionsanalytische Überprüfung der Zusammenhänge.....	34
3.4	(Nicht-)Wähler*innen und deren Einstellungen zu stadtspezifischen Themen.....	47
3.4.1	Interesse an der Münchner Kommunalpolitik	47
3.4.2	Information über die Münchner Kommunalpolitik.....	47
3.4.3	Wichtigste Ziele der Münchner Kommunalpolitik.....	48
3.4.4	Einschätzung der Münchner Kommunalpolitik.....	58
3.4.5	Beurteilung der Möglichkeiten von Kommunalpolitik	60
3.4.6	Wahlabsicht: Münchner Kommunalwahl 2020.....	61
3.4.7	Motivationsanreize für die Teilnahme an der Münchner Kommunalwahl 2020	61
3.4.8	Problemlagen in München.....	69
3.4.9	Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen(bereiche).....	78
3.4.10	Informationsquellen der Münchnerinnen und Münchner zum kommunalpolitischen Geschehen	87
3.5	Vergleich mit anderen Forschungsergebnissen.....	96
4	Fazit	100
5	Literaturverzeichnis	103
6	Fragebogen.....	110

1 Einleitung

Gegenstand der vorliegenden Studie ist eine Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2017 in München¹. In diesem Zusammenhang sollten sowohl Wähler*innen als auch Nichtwähler*innen befragt werden. Der Fokus der Untersuchung lag einerseits darauf, Unterschiede z.B. hinsichtlich der Einstellung zu bestimmten politischen Themen zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen zu identifizieren. Andererseits sollte analysiert werden, welche Bedingungen dazu beitragen können, Nichtwähler*innen zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren. Die Nachwahlbefragung knüpft an eine Reihe von Nichtwähler*innenstudien an und greift deren Fragestellungen zum Teil auf.

Fasst man relevante Ergebnisse der bisherigen Nichtwähler*innenforschung zusammen, so zeigt sich,

- dass bei Bundestagswahlen mehr Personen wählen als bei Landtags- und/oder Kommunalwahlen (Schäfer, 2013),
- dass überall in Europa eine zunehmende soziale Ungleichheit in der Wahlbeteiligung festzumachen ist und dass Deutschland davon überdurchschnittlich betroffen ist (Kading/Haußner/Pieper, 2016; Schäfer, 2015),
- eine räumliche Konzentration von Nichtwahl, die einen starken Zusammenhang mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status aufweist (Schäfer et al., 2013),
- dass die Nichtwahl-Neigung unter Arbeiter*innen seit den 1990er Jahren kontinuierlich ansteigt (Schäfer, 2015),
- dass es einen Einfluss der Klassenlage (EGP-Klassen, die auf der Klassifikation der Berufe beruhen) auf die Nichtwahlentscheidung gibt (Elff/Roßteutscher, 2016),
- dass soziale Deprivation einen negativen Effekt auf die Wahlbeteiligung ausübt (Schäfer/Schwandtner/Manow, 2016) und
- dass die Unterschiede im Ausmaß der Wahlbeteiligung, z.B. von Gruppen mit über- und unterdurchschnittlichem Einkommen in den letzten Jahren immer größer werden, wobei dafür in erster Linie der Rückgang der Wahlbeteiligung am unteren Ende verantwortlich ist (Petersen et al., 2013 oder Schäfer, 2013).

Bezogen auf den Einfluss von Merkmalen des sozio-ökonomischen Status zeigen sich für München ähnliche Ergebnisse: Auch in München fand sich ein Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 und sozio-ökonomischen Eigenschaften. In Stadtbezirken mit sozial bessergestellten Bewohner*innen beteiligten sich überdurchschnittlich viele Personen an der Wahl, während sich in den ökonomisch schwächeren

¹ Ich danke allen Personen, die an der Durchführung des Projekts mitgewirkt haben. Insbesondere ist meinen Kollegen Christian Ganser und Maximilian Sonnauer für konstruktive Kritik sowie wertvolle Rückmeldungen und Hinweise zu danken.

Stadtbezirken zahlreiche Menschen aus der demokratischen Teilhabe zurückzogen. Ein deutlicher Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung zeigte sich in München hinsichtlich der formalen Bildungsabschlüsse: Je höher der Anteil von Menschen ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss, desto niedriger war die Wahlbeteiligung. Zudem ergab sich ein deutlicher Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit: Je mehr Haushalte in einem Stadtbezirk von Arbeitslosigkeit betroffen waren, desto geringer war die Wahlbeteiligung. Kaufkraft- und Wohnumfeld-Effekte ergaben sich für München hingegen nicht (vgl. Schäfer/Vehrkamp/Gagné, 2013: 164ff.).

In der Regel werden bei Nichtwähler*innenstudien drei theoretische Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens herangezogen: Der rationalistische Ansatz, der sozialpsychologische Ansatz und soziologische Ansätze (Cabarello, 2014; Evans, 2004; Roth, 2008). Für die geplante Untersuchung sollten vorrangig die letzten beiden Ansätze Berücksichtigung finden². Der sozialpsychologische Ansatz ist für die vorliegende Fragestellung von besonderer Relevanz, weil ihm die „fundamental equation of political behavior“ (Aldrich/Simon, 1986: 272) zugrunde liegt. Danach bestimmen Einstellungen das Wahlverhalten, wobei sowohl kurzfristig variable Einstellungen zu bestimmten politischen Themen als auch langfristig stabile Einstellungskonstrukte (wie z.B. die Akzeptanz der Wahlnorm, Formen der politischen Zufriedenheit usw.) zur Erklärung von Wahlbeteiligung herangezogen werden³. Soziologische Ansätze nehmen die Zusammenhänge von sozialstrukturellen Merkmalen mit dem Wahlverhalten in den Blick, und zwar sowohl auf mikrosoziologischer (Umfragen, individuelle Eigenschaften, Kompetenzen und Ressourcen) als auch auf makrosoziologischer (Aggregatdaten, Sozialstruktur) Ebene (Brady/Verba/Schlozman, 1995; Faas/Rattinger, 2003; Schäfer/Vehrkamp/Gagné, 2013; Schoen, 2014b; Schoen/Weins, 2014; Vehrkamp, 2015; Vetter/Remmer-Bollow, 2017)⁴. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass vornehmlich eine Betrachtung bzw. Zusammenhangsanalyse von Aggregatdaten auf der Ebene von Stadtteilen (bzw. Stadtbezirksteilen) oder noch kleineren Analyseeinheiten (wie Wahlbezirken) sinnvoll ist, weil nur in solchen kleinräumigen Analysen der Effekt von sozio-ökonomischer Se-

² Zu den rationalistischen Ansätzen vgl. etwa Aldrich (1993), Dhillon/Peralta (2002), Dowding (2005), Feddersen (2004) und Geys (2006).

³ In unseren Regressionsmodellen berücksichtigen wir die Wahlnorm nicht, da sie aus unserer Sicht zur Erklärung der Wahlbeteiligung inhaltlich problematisch ist. Sie hat in der Regel und gerade deshalb einen bedeutenden Einfluss auf die positive Wahlentscheidung, weil sie eine dieser Entscheidung unmittelbar vorausgehende Disposition darstellt. Infolgedessen weist sie große Überschneidungen mit der im Mittelpunkt stehenden Beteiligungsbereitschaft auf (Rattinger/Krämer, 1995: 284).

⁴ Wichtig sind in diesem Zusammenhang zwei klassische Studien: Der mikrosoziologische Ansatz, der die soziale Position mit dem Wahlverhalten über ein Interaktionsmodell verbindet (Berelson/Lazarsfeld/McPhee, 1954) und der makrosoziologische Ansatz, der die Sozialstruktur mit dem Wahlverhalten von Großgruppen verbindet. Besonders relevant sind dabei die sog. „Cleavages“ (Lipset/Rokkan, 1967). Darüber hinaus verweisen auch Elff und Roßteutscher (2016) auf zwei wesentliche Konfliktlinien, nämlich „die sozio-ökonomische und die religiöse, die für die Entstehung moderner Parteiensysteme in fast allen Ländern Europas konstitutiv waren.“ (Elff/Roßteutscher, 2016: 45).

gregation erkennbar wird, da größere räumliche Einheiten wie Stadtbezirke intern heterogen sind (siehe *Abbildung 1*). Daten zu kleineren und damit in der Regel homogeneren räumlichen Einheiten erhöhen die Varianz (Hajnal, 2010; Hajnal/Trounstein, 2005)⁵.

Wichtig erschien es im Rahmen der Untersuchung überdies, unterschiedliche Typen von Nichtwähler*innen zu identifizieren und in der Folge zu analysieren. In der Forschung werden in der Regel vier Typen von Nichtwähler*innen unterschieden (Schäfer, 2013):

- Unechte Nichtwähler*innen
Wahlberechtigte, die z.B. wegen eines Umzugs keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, durch Krankheit verhinderte Wahlberechtigte usw.
- Grundsätzliche Nichtwähler*innen
Wahlberechtigte, die aus politikfernen, sozial schlecht integrierten Randgruppen stammen.
- Konjunkturelle Nichtwähler*innen
Entscheiden bei jeder Wahl neu, ob sie ihre Stimme abgeben. Wähler dieser Gruppe beteiligen sich zum Beispiel zwar an Bundestagswahlen, nicht aber an Kommunal- oder Europawahlen.
- Bekennende Nichtwähler*innen
Menschen, die politisch interessiert sind, aber z.B. aus Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik auf die Stimmabgabe verzichten; dazu zählen auch Protest-Nichtwähler, die zum Beispiel ihre zuvor gewählte Partei gezielt abstrafen⁶.

Bei der geplanten Studie sollten daher Nichtwähler*innen in ausreichendem Maße erfasst werden. Dies war unter anderem deshalb von Bedeutung, weil das Fernbleiben von Wahlen eine politisch motivierte Entscheidung ist⁷. Laut Güllner (2013: 73) werden folgende Gründe für die Wahlabstinz am häufigsten angegeben: „Die Politiker haben kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute.“ (34%); „Den Politikern geht es doch nur um ihre eigene politische Karriere.“ (31%); „Ich bin mit dem ganzen politischen System so unzufrieden, dass ich nicht zur Wahl gehe.“ (24%); „Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander.“ (21%); „Es lohnt sich nicht zur Wahl zu gehen, weil man mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann.“ (20%) und „Keine Partei vertritt meine Interessen.“ (18%). Die

⁵ Für die Bundesrepublik Deutschland haben etwa die Studien von Geiling (2009) für Hannover, Hennig/Lohde-Reiff/Sack (2001) für Frankfurt am Main, Schäfer (2012) für 15 deutsche Großstädte oder Schlichting (2009) für Bremen diesbezügliche Analysen vorgenommen und entsprechende Ergebnisse geliefert.

⁶ Die Studie von Güllner (2013) nimmt eine andere Kategorisierung der Nichtwähler*innen vor, die für die Münchner Nachwahluntersuchung in Ansätzen ebenfalls relevant ist. Zu den entsprechenden Kategorien vgl. Güllner, 2013: 16f.

⁷ In einer Studie zur Bundestagswahl 2013 gaben lediglich 26 Prozent der befragten bekennenden Nichtwähler*innen an, aus nicht-politischen Gründen (Arbeit, Urlaub, Krankheit, Wetter) nicht gewählt zu haben (Güllner, 2013: 72).

wichtigsten Motive der Nichtwähler*innen sind also politisch. Ein auch für die Münchner Nachwahluntersuchung interessantes Ergebnis ist, dass rund die Hälfte der Nichtwähler*innen für Parteien grundsätzlich erreichbar sind, also für eine Wahlbeteiligung mobilisiert werden könnten (Güllner, 2013: 58). Von Bedeutung ist dieses Ergebnis insofern, als es zeigt, dass „... [die Nichtwähler*innen] durchaus noch Interesse am Geschehen vor Ort, im Land, in Deutschland (...) haben und keinesfalls völlig apathisch oder uninteressiert sind. (...) So informieren sich alle Gruppen der Nichtwähler – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – über das politische Geschehen. Sie geben (...) an, die Angebote der Parteien wahrzunehmen (...) sowie die Wahlkampfaktivitäten der Parteien zu rezipieren.“ (Güllner, 2013: 84f.). Soll ein gewisser Anteil dieser „Wähler im Wartestand“ für eine Beteiligung an Wahlen gewonnen werden, erscheint es hilfreich, die Angebote und Wahlkampfaktivitäten der politischen Parteien (basierend auf der Kenntnis der Einstellungen der Nichtwähler*innen zu bundespolitischen und stadtspezifischen Themen) so zu kommunizieren, dass diese Gruppe der Nichtwähler*innen sich in der Folge von den Parteien angemessen vertreten fühlt.

Hinsichtlich möglicher Unterschiede zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen stehen Merkmale des sozio-ökonomischen Status (Bildung, berufliche Stellung, Einkommen) sowie Einstellungen zu bundespolitischen und insbesondere stadtspezifischen Themenbereichen im Mittelpunkt. Der erste Punkt greift insbesondere die Fragestellung auf, ob bestimmte, durch soziodemografische Merkmale gekennzeichnete Personengruppen eher zu Nichtwahl neigen. Der zweite Aspekt greift die Fragestellung auf, ob (stadt-)spezifische Themenbereiche motivational zu einer Wahlbeteiligung beitragen oder nicht.

Insgesamt war von der Nachwahluntersuchung also gefordert,

- unterschiedliche (Nicht-)Wähler*innengruppen identifizieren zu können,
- Motive zu erheben, die zur Entscheidung über Wahl oder Nichtwahl führen,
- Einstellungen zu bestimmten bundespolitischen und stadtspezifischen Themen sowie langfristig stabile Einstellungskonstellationen zu erfassen, die eine mögliche Wahlbeteiligung beeinflussen und
- die für die Fragestellung entscheidenden sozialstrukturellen Merkmale zu erheben.

In Kapitel 2 werden die Datenerhebung, die zugrundeliegende Methodik und methodische Herausforderungen der Untersuchung erläutert. Im Hauptteil des Berichts (Kapitel 3) werden die Ergebnisse der Datenauswertung präsentiert und interpretiert. Dazu zählen deskriptive Statistiken und Zusammenhangsanalysen mit Regressionsmodellen. Ziel dieser Auswertung ist die Identifikation von demografischen, sozioökonomischen und sozialstrukturellen Merkmalen sowie kurz- und langfristigen politischen Einstellungskonstellationen,

die die Wahlbeteiligungsentscheidung beeinflussen. Zudem werden stadtspezifische Themen- und Problembereiche sowie wichtige kommunalpolitische Zielsetzungen dahingehend untersucht, ob sie sich zielgruppenspezifisch unterscheiden. Darüber hinaus wird analysiert, welche Anreize sich als Erfolg versprechend erweisen, um die Münchnerinnen und Münchner für die Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl zu motivieren. Schließlich werden hier die Untersuchungsergebnisse bezüglich anderer Forschungsergebnisse eingeordnet. In Kapitel 4 erfolgt eine abschließende Zusammenfassung der Studie.

2 Methoden

In diesem Kapitel werden das Forschungsdesign, der Prozess der Datenerhebung und relevante Merkmale der Erhebungseinheiten erläutert.

2.1 Forschungsdesign

Durch die vorliegende Studie sollen sowohl unterschiedliche (Nicht-)Wähler*innengruppen identifiziert sowie Motive analysiert werden, die zur Wahl- oder Nichtwahlentscheidung führen. Darüber hinaus ging es darum, Einstellungen zu bestimmten bundespolitischen und stadt-spezifischen Themen sowie langfristig stabile Einstellungskonstellationen zu erfassen, die eine mögliche Wahlbeteiligung beeinflussen. Hierzu wurden im Anschluss an die Bundestagswahl am 24.09.2017 zwischen Mitte Oktober und Ende November 2017 Daten erhoben⁸. Grundgesamtheit waren alle Wahlberechtigten mit Erstwohnsitz in München⁹.

Für die Erhebung wurde von der Landeshauptstadt München eine Einwohnermeldestichprobe generiert, in welcher Münchnerinnen und Münchner aus Stadtbezirken mit höherer Nichtwähler*innenbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2013 überproportional gezogen wurden. Für die vorgesehene Nachwahluntersuchung wurde eine Fallzahl von 1.000 realisierten Befragungen angestrebt. Basierend auf Erfahrungswerten aus früheren Befragungen der Münchner Bevölkerung, war es aus unserer Sicht notwendig eine Bruttostichprobe von 4.000 Wahlberechtigten zu ziehen. Die Stichprobe selbst sollte ursprünglich in einem Zufallsverfahren aus den Wahlbezirken der Bundestagswahl gezogen werden. Dabei sollten 60% der Wahlberechtigten aus den Wahlbezirken mit den niedrigsten Wahlbeteiligungen und 40% der Wahlberechtigten aus den Wahlbezirken mit den höchsten Wahlbeteiligungen gezogen werden (Wahlatlas München: Bundestagswahl 2013)¹⁰. Die Stichprobe hätte damit 2.400 Wahlberechtigte aus Wahlbezirken mit niedrigen Wahlbeteiligungen und 1.600 Wahlberechtigte aus Wahlbezirken mit hohen Wahlbeteiligungen umfasst. Laut Rückmeldung der Landeshauptstadt München (Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung II, Abteilung 2 Bürgerbüro) konnten bei der Ziehung der Stichprobe jedoch nur die Stadtbezirke zugrunde gelegt werden, nicht aber die Wahlbezirke. Dies führte zu einer Anpassung der Stichprobenziehung auf Basis der Wahlbeteiligungsquoten in den Stadtbezirken. Dadurch ergaben sich bezüglich der Ausschöpfung von Nichtwähler*innen durchaus Probleme, da

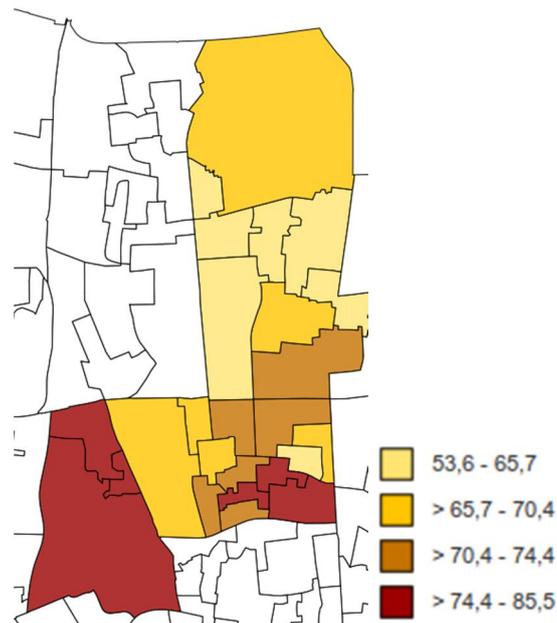
⁸ Da uns die Daten der Brutto-Stichprobe erst am 04.10.2017 vorlagen, kam unsere Untersuchung, nicht wie geplant Anfang Oktober (spätestens 14 Tage nach der Wahl) ins Feld, sondern mit ca. zweiwöchiger Verspätung.

⁹ Wahlberechtigt sind alle deutschen Staatsangehörigen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland wohnen oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (Bundeswahlgesetz § 12, Abs. 1).

¹⁰ Zur Nutzung und inhaltlichen Beschreibung des Wahlatlas siehe Wenzlaff/Scheuchenpflug (2013).

auch in Stadtbezirken, in denen die Wahlbeteiligung insgesamt niedrig war, die Wahlbeteiligungsquoten in den Wahlbezirken innerhalb dieser Stadtbezirke sehr stark streuen. Dies zeigt *Abbildung 1* am Beispiel des Stadtbezirks 11 – Milbertshofen-Am Hart, der bei der Bundestagswahl 2017 mit einer Gesamtquote von 69,5% die geringste Wahlbeteiligung aufwies. Die Wahlbeteiligung schwankt selbst in diesem Stadtbezirk in den einzelnen Wahlbezirken zwischen 53,6% und 85,5%. Es war also nicht gewährleistet, auch innerhalb dieser Stadtbezirke einen höheren Anteil an Nichtwähler*innen zu ziehen.

Abbildung 1: Wahlbeteiligungsquoten der Bundestagswahl 2017 in den Wahlbezirken des Stadtbezirks 11 – Milbertshofen-Am Hart der Landeshauptstadt München



Quelle: Wahlatlas München: Bundestagswahl 2017

Die für die Stichprobe gewünschten Daten aus dem Melderegister wurden vom Bürgerbüro der Landeshauptstadt München gem. § 34 Abs. 1 BMG mit Schreiben vom 21.08.2017 freigegeben. Die technische Abwicklung der Stichprobenziehung oblag danach der Landeshauptstadt München, IT@M. Wir erhielten die endgültige Stichprobe im Umfang von 4.000 Wahlberechtigten mit Schreiben vom 22.09.2017 am 04.10.2017.

Die Stichprobe wurde dabei von IT@M nach folgenden von uns vorgegebenen Kriterien gezogen: Sie sollte in einem einfachen Zufallsverfahren aus den Wahlberechtigten für die Bundestagswahl in den 25 Münchner Stadtbezirken gezogen werden. Basierend auf Angaben aus dem Wahlatlas München zur Bundestagswahl 2013 sollten dabei 60% der Wahlberechtigten aus den Stadtbezirken mit den niedrigsten (Stadtbezirke 10, 11, 14, 16, 17 und 24), 20% der Wahlberechtigten aus den Stadtbezirken mit mittleren (Stadtbezirke 7, 8, 12, 18, 20, 22 und 25) und 20% der Wahlberechtigten aus den Stadtbezirken mit den höchsten Wahlbeteiligungen (Stadtbezirke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 13, 15, 19, 21 und 23) gezogen werden. Die Stichprobe umfasste damit 2.400 Wahlberechtigte aus Stadtbezirken mit niedrigen

Wahlbeteiligungen und 1.600 Wahlberechtigte aus Stadtbezirken mit mittleren und hohen Wahlbeteiligungen.

An alle 4.000 zufällig gezogenen Münchnerinnen und Münchner wurde am 16.10.2017 der Fragebogen mit einem Anschreiben, einem Informationsfaltblatt und einem freigemachten Rückumschlag versandt¹¹. Die Laufzeit der Hauptbefragung wurde auf drei Wochen veranschlagt und dauerte bis 03.11.2017. An alle Personen, die sich in der Stichprobe befanden, wurde nach zwei Wochen Befragungslaufzeit eine Erinnerungspostkarte mit der nochmaligen Bitte um Beteiligung versendet. Gleichzeitig wurde angeboten, per Telefon oder E-Mail die erneute Zusendung eines Fragebogens anzufordern. Mit der Erinnerungsaktion erfolgte eine Verlängerung der Feldphase bis 20.11.2017, an dem die Befragung endgültig abgeschlossen wurde.

Der Fragebogen kann im Anhang eingesehen werden. Neben Fragen zu Wohnsituation und Leben in München und der Zufriedenheit mit der eigenen Situation waren Items, welche die politische Beteiligung insgesamt und das Vertrauen in verschiedene sowie die Zufriedenheit mit unterschiedlichen Institutionen behandelten, enthalten. Des Weiteren wurden Einstellungen bezüglich unterschiedlicher Aspekte der Münchner Kommunalpolitik sowie demografische und sozio-ökonomische Angaben erhoben.

2.2 Rücklauf und Repräsentativität

Insgesamt waren bei der Bundestagswahl 2017 923.686 Münchnerinnen und Münchner wahlberechtigt (darunter 36.731 Erstwählerinnen und Erstwähler, was einem Anteil von knapp 4% entspricht)¹². München ist aufgeteilt in vier Wahlkreise. Zur Bundestagswahl 2017 richtete die Landeshauptstadt München 617 Wahllokale an 220 Standorten und ein Briefwahlzentrum im MOC Veranstaltungszentrum Freimann mit 325 Briefwahlbezirken ein. Ein Wahlbezirk war auf zirka 1.500 Wahlberechtigte ausgelegt¹³ (Landeshauptstadt München, 2017b: 3f.). An der Nachwahlbefragung haben sich 998 Wahlberechtigte beteiligt¹⁴.

Zieht man zur Berechnung der Ausschöpfungsquote der vorliegenden Befragung nicht nur die Bruttostichprobe heran, sondern berücksichtigt systematische und stichprobenneutrale Ausfälle, so ergibt sich - wie *Tabelle 1* zeigt - folgendes Bild:

¹¹ Das Anschreiben klärte kurz über den Inhalt sowie über Ziel und Zweck der Befragung auf. Zudem wurden die Befragten über die durchschnittliche Ausfülldauer, die Freiwilligkeit der Teilnahme und die datenschutzrechtlichen Aspekte informiert sowie ein Ansprechpartner für Rückfragen angegeben. Um diese Informationen für die Befragten unabhängig vom Anschreiben zur Verfügung zu stellen, wurde dem Fragebogen zusätzlich ein Informationsblatt beigelegt, das die entsprechenden Aspekte ebenfalls übersichtlich darstellte.

¹² Bezogen auf die Brutto-Stichprobe von 4.000 Wahlberechtigten hatte damit rund jeder 230. Wahlberechtigte die Möglichkeit, sich an der Nachwahluntersuchung zu beteiligen.

¹³ Die Anzahl der Wahllokale ist bei jeder Wahl und/oder jedem Bürger*innenentscheid unterschiedlich – je nach Anzahl der Wahlberechtigten werden entsprechende Wahlbezirke eingeteilt.

¹⁴ Damit hat sich annähernd jede(r) neunhundertste Wahlberechtigte an der Untersuchung beteiligt.

Tabelle 1: Berechnung der Ausschöpfungsquote

Bruttostichprobe	4.000	100%
Laut Post: Empfänger nicht zu ermitteln	61	
Empfänger unbekannt verzogen	7	
Eigene Überprüfung: Doppelt gezogene Personen	1	
Stichprobenneutrale Ausfälle insgesamt	69	1,73%
Bereinigter Stichprobenansatz (Nettostichprobe)	3.931	100%
Realisierte Befragungen und Ausschöpfungsquote	998	25,4%

Die Rücklaufquote bezogen auf die um stichprobenneutrale Ausfälle bereinigte Nettostichprobe von 3.931 Personen betrug 25,4%. Es folgt nun eine Merkmalsbeschreibung der Stichprobe. Dabei ist zu beachten, dass nicht immer alle 998 Personen berücksichtigt werden können, da nicht alle relevanten Fragen von allen Personen beantwortet wurden. Deshalb ist nach jedem Merkmal die zugrundeliegende Gesamtzahl (n) der verwendeten Fragebögen angegeben.

Von den 998 Personen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, sind 52,6% weiblich und 47,2% männlich ($n = 956$)¹⁵, womit Frauen und Männer in der Stichprobe annähernd gemäß ihres Anteils bezogen auf die deutsche, volljährige Münchner Gesamtbevölkerung vertreten sind (Frauen: 52,3%, Männer: 47,7%)¹⁶.

Das durchschnittliche Alter der Befragten ist 53 Jahre ($n = 976$), wobei es keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Männern (54 Jahre) und Frauen (52,5 Jahre) gibt¹⁷. Dabei ist zu beachten, dass bei der Befragung nur Personen, die bereits das 18. Lebensjahr erreicht haben, teilnehmen durften. Wie ein Vergleich mit der Altersstruktur der Gesamtstichprobe zeigt (*Tabelle 2*) haben sich insbesondere die Altersgruppen ab 60 Jahren häufiger an unserer Untersuchung beteiligt. So lag der Anteil der 60-Jährigen und älteren in der Gesamtstichprobe bei 28,5%, während er beim Rücklauf 36,2% betrug.

¹⁵ In der uns von der Landeshauptstadt zur Verfügung gestellten Einwohnermeldeamtsstichprobe betrug der Anteil der weiblichen 50,5% und derjenigen der männlichen Wahlberechtigten entsprechend 49,5%.

¹⁶ Berechnet aus den aktuellen Angaben zum Bevölkerungsbestand des Münchner Amtes für Statistik (Statistisches Amt München, 2017).

¹⁷ Es ergibt sich jedoch ein statistisch signifikanter Unterschied in Bezug auf die von der Landeshauptstadt München gezogene Gesamtstichprobe: Das Durchschnittsalter der zufällig ausgewählten Wahlberechtigten liegt bei 50 Jahren, wobei die weiblichen Wahlberechtigten im Schnitt 49 Jahre alt waren und die männlichen 51 Jahre.

Tabelle 2: Altersstruktur in der Gesamtstichprobe und im Rücklauf (Angaben in Prozent)

Alter	Gesamtstichprobe	Rücklauf
Bis 29 Jahre	13,5	9,0
30 bis 39 Jahre	17,6	14,3
40 bis 49 Jahre	19,5	17,5
50 bis 59 Jahre	21,0	23,0
60 bis 69 Jahre	13,4	17,7
70 bis 79 Jahre	9,5	12,2
80 Jahre und älter	5,6	6,3

Das Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf¹⁸ beträgt im Durchschnitt pro Monat 1.882 € (n = 845). Das 50%-Perzentil (Median) beträgt 1.670 € und liegt deutlich unterhalb des Wertes des Nettoäquivalenzeinkommens (2.250 €), der für den aktuellen Armutsbericht 2017 errechnet wurde (Landeshauptstadt München, 2017a: 31).

Die Münchnerinnen und Münchner, die sich an der Umfrage beteiligt haben, verfügen mehrheitlich über eine akademische Bildung (45,6% von n = 938). Das hat zur Folge, dass Akademikerinnen und Akademiker in der Stichprobe überrepräsentiert sind.

Der Familienstand (n = 899) der Befragten unterscheidet sich von der Münchner Gesamtbevölkerung, was auch in *Tabelle 3* ersichtlich wird. Im Rücklauf unserer Untersuchung sind die verheirateten Personen sowohl gegenüber der Gesamtstichprobe als auch im Vergleich zur Münchner Bevölkerung überrepräsentiert.

Tabelle 3: Familienstand in der Stichprobe und in München

Familienstand	Gesamtstichprobe	Rücklauf	München gesamt
Ledig	36,1	32,8	41,3
Verheiratet	43,9	53,5	43,5
Geschieden	14,0	12,1	9,2
Verwitwet	5,7	0,3	5,3
Lebenspartnerschaften	0,3	1,3	0,4

An 100 fehlende Prozent: aufgehobene oder durch Tod aufgelöste Lebenspartnerschaften, aufgrund geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen¹⁹.

¹⁸ Der Analyse zugrunde liegt das Pro-Kopf-Einkommen = Haushaltsnettoeinkommen geteilt durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder und nicht das Nettoäquivalenzeinkommen, da in der Befragung lediglich die Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und nicht unter 15 Jahren erhoben wurden. In der Analyse werden, um Ergebnisverzerrungen zu vermeiden, nur Haushaltseinkommen bis 15.000 €/Monat berücksichtigt, da es sich bei höheren Angaben eventuell um Fehlangaben handelt und möglicherweise das Jahreseinkommen berichtet wurde. Dadurch werden 16 Angaben aus der Berechnung ausgeschlossen.

¹⁹ Die Angaben für München gesamt beziehen sich auf die deutsche und ausländische Bevölkerung insgesamt ab 18 Jahren (Kreuzmaier, 2017: 12)

2.3 Methodische Herausforderungen der Untersuchung

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass im vorliegenden Fall eine Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2017 durchgeführt wurde, die jedoch Ergebnisse für die Landeshauptstadt München liefern soll²⁰. Dies wirft zum einen das Problem auf, dass sich Wahlbeteiligungsquoten von Bundestags- und Kommunalwahlen deutlich unterscheiden. Der Anteil der Nichtwähler*innen ist bei Kommunalwahlen im Schnitt deutlich höher. Zum anderen werden sich Motive, die zur Entscheidung für Wahl oder Nichtwahl führten, sowie kurzfristig variable und langfristig stabile Einstellungen (z.B. Formen der politischen Zufriedenheit) bezogen auf Bundestags- und Kommunalwahlen möglicherweise unterscheiden. Insbesondere der zweite Problembereich ist für die Münchner Nachwahluntersuchung wichtig. Dieser wurde adressiert, indem in der Untersuchung auch stadt-/kommunalspezifische Motive erfasst wurden bzw. insbesondere bei der Erfassung von kurzfristig variablen, aber auch langfristig stabilen Einstellungen kommunalpolitische und stadtspezifische Themenbereiche ausreichend Berücksichtigung fanden.

Ein zweiter Komplex von methodischen Problemen bezieht sich auf die Identifizierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern über Individualdaten. Die Nachwahluntersuchung wurde aufgrund der Tatsache, dass Individualdaten für eine angemessene Analyse zur Wahlenthaltung prinzipiell besser geeignet sind als Aggregatdaten, als Befragung von Münchnerinnen und Münchner geplant. Individualdaten haben den Vorteil, dass sie Informationen über verschiedene Merkmale einzelner Personen beinhalten. Es ist daher möglich, beispielsweise zu untersuchen, ob höher Gebildete ein systematisch anderes Wahlverhalten haben als Befragte mit mittleren oder niedrigen Bildungsabschlüssen. Zudem liefern entsprechende Umfragen nicht nur Informationen über objektive Merkmale von Personen wie das Alter, sondern auch Angaben über deren Einstellungen und subjektive Wahrnehmungen, die für die Erklärung des Wahlverhaltens aus sozialpsychologischer Perspektive herangezogen werden. Die analytischen Grenzen von Aggregatdaten zeigen sich vor allem darin, dass aus Zusammenhängen auf der Aggregatebene nicht zuverlässig Zusammenhänge auf der Individualebene gefolgert werden können, da sonst ein ökologischer Fehlschluss droht (Diekmann, 2010: 134f.; King, 1997; Schoen, 2014a). Allerdings resultieren insbesondere bezogen auf die abhängige Variable (Nichtwahl) auch in Individualbefragungen Nachteile. Wie der Forschungsstand zeigt, ist übersteigt die in Individualbefragungen berichtete Wahlbeteiligung regelmäßig die offizielle (sog. „Overreporting“, Belli et al., 1999; Bernstein/Chadha/Montijoy, 2001; Hugi/Jann, 2015; Johann, 2009; Sciarini/Goldberg, 2016; Selb/Munzert, 2013). Bedeutende Aspekte des „Overreporting“ sind zum einen soziale

²⁰ Um die Ergebnisse rechtzeitig vor der Stadtratswahl 2020 zur Verfügung stellen zu können, wurde aus forschungspragmatischen Gründen eine Nachwahlbefragung der Bundestagswahl 2017 durchgeführt.

Erwünschtheit, die aus der „Wahlnorm“ (die Teilnahme an Wahlen wird als wünschenswert angesehen) resultiert (Gerber/Rogers, 2009; Holbrook/Krosnick, 2010; Tourangeau/Yan, 2007) und zum zweiten Erinnerungsfehler (Schoen/Kaspar, 2009). Dieser wird umso größer, je weiter die Wahl zurückliegt, zu der retrospektiv die Beteiligung abgefragt wird (Hugi/Jann, 2015)²¹. Insbesondere der zweiten Fehlerquelle wurde in der geplanten Studie versucht zu begegnen, indem die Nachwahlbefragung zeitnah nach der Bundestagswahl 2017 durchgeführt wurde.

Ein weiteres wesentliches Problem ist im „Unit-Nonresponse“ zu sehen. Ähnlich wie bei anderen Umfragen nehmen wahrscheinlich auch an Untersuchungen zu politischen Themen eher Personen teil, die über mehr Ressourcen wie Einkommen und Bildung verfügen und/oder sich in einem größeren Ausmaß für Politik interessieren (Engel/Schmidt, 2014; Esser, 1986; Ryu/Couper/Marans, 2005; Sciarini/Goldberg, 2016). Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, an einer Befragung teilzunehmen, positiv mit der Wahrscheinlichkeit zu wählen korreliert (Tourangeau/Groves/Redline, 2010). Politikferne Gruppen können somit auch in einer auf Zufallsauswahl beruhenden Befragung aufgrund von Selbstselektion unterrepräsentiert sein. Gerade in diesen Gruppen finden sich allerdings vermutlich viele Nichtwähler*innen (Lavies, 1973: 45). Für unsere Untersuchung bedeutete dies, mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass eine möglichst hohe Ausschöpfungsquote erreicht wird²².

²¹ Das „Overreporting“ und die mangelnde Repräsentativität von Nichtwähler*innen in Umfragen werden sehr unterschiedlich diskutiert, wobei die eine Gruppe dem „Overreporting“ mehr Gewicht zuweist (Ansolabehere/Hersh, 2012) und andere die mangelnde Repräsentativität höher einschätzt (Berent et al., 2011).

²² Auch unter dem Aspekt, dass nicht nur „Unit-Nonresponse“ ein Problem darstellt, sondern auch „Item-Nonresponse“, weil die Wahrscheinlichkeit, einzelne Fragen nicht zu beantworten, mit höherem sozio-ökonomischen Status abnimmt, so dass Untersuchungsergebnisse bezüglich der sozio-ökonomisch schwächeren Personen verzerrt sein können (Berinsky, 2002: 285).

3 Ergebnisse

Bevor die Ergebnisse zu den drei wesentlichen Fragestellungen der Untersuchung²³ berichtet werden, sollen die wichtigsten sozio-ökonomischen und weiteren Merkmale der Befragten deskriptiv dargestellt werden, wobei auf die erneute Darstellung der Verteilung der bereits im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Merkmale verzichtet wird.

3.1 Weitere wichtige Merkmale der Befragten und sonstige Aspekte

3.1.1 Wohnsituation und Leben in München

Die Befragten lebten zum Zeitpunkt der Untersuchung im Schnitt seit 37,5 Jahren in München. Etwas mehr als ein Drittel der Untersuchungsteilnehmer*innen sind gebürtige Münchnerinnen und Münchner²⁴. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass sich der weitaus größte Teil der Befragten eher bzw. sehr stark mit München verbunden fühlt (77%). Persönlich sind sie weitgehend (sehr) zufrieden damit, in München zu leben (61%)²⁵. 70% beurteilen die Lebensqualität in München als sehr bzw. überwiegend gut. Andererseits konstatieren 13% geringe Mängel und rund jede(r) Sechste ist der Meinung, die Lebensqualität in München müsste (stark) verbessert werden²⁶. Drei von zehn Befragten sind bezogen auf die sozialen Zustände der Meinung, in München gehe es gerecht zu. Umgekehrt sind mehr als ein Viertel der gegenteiligen Ansicht und empfinden sie als ungerecht, während die restlichen 44% unentschieden sind.

3.1.2 Eigene Lebenssituation

Persönlich sind die Befragten derzeit alles in allem weitgehend (sehr) zufrieden mit Ihrem Leben (65%)²⁷. Unabhängig davon beurteilt jede(r) Zehnte die eigene finanzielle Situation als schlecht²⁸. Zwei Drittel sehen dabei ihre Zukunftsaussichten bezogen auf die wirtschaft-

²³ Welche Motive führen zur Entscheidung von Wahl oder Nichtwahl? Welche Einstellungen zu bestimmten bundespolitischen und stadtspezifischen Themen sowie langfristig stabile Einstellungskonstrukte zeichnen (Nicht-)Wähler*innen jeweils aus? Durch welche Merkmale sind Cluster von Nichtwähler*innen und Wähler*innen gekennzeichnet?

²⁴ Bezogen auf die kommunalpolitischen Einstellungen und Fragestellungen verfügen die Befragten damit über eine gute „Expertise“.

²⁵ Anteil der (sehr) Zufriedenen (Werte 8 bis 10) basierend auf einer 11-stufigen Ratingskala (Werte 0 = sehr unzufrieden bis 10 = sehr zufrieden). Die hohe Zufriedenheit spiegelt sich auch in der durchschnittlichen Bewertung wider (Mittelwert = 7,6).

²⁶ Die Lebensqualität wurde hier direkt abgefragt. Häufig wird die Lebenszufriedenheit auch als Indikator für die Lebensqualität herangezogen, wobei in diesem Fall das Interesse darin liegt, zu analysieren, welche Faktoren für die Zufriedenheit bedeutsam sind, um daraus Hinweise für Verbesserungsmöglichkeiten der Lebensqualität abzuleiten (Ballas, 2013).

²⁷ Anteil der (sehr) Zufriedenen (Werte 8 bis 10) basierend auf einer 11-stufigen Ratingskala (Werte 0 = sehr unzufrieden bis 10 = sehr zufrieden). Die hohe Zufriedenheit zeigt sich erneut in der durchschnittlichen Bewertung der Lebenszufriedenheit (Mittelwert = 7,7). Die Einschätzung der Lebenszufriedenheit ist zudem ähnlich verteilt wie bei der Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016 (Hanslmaier/Heimerl, 2017: 38).

²⁸ Demgegenüber sehen sich zwei Drittel in einer guten finanziellen Lage.

liche Situation unverändert. Ein jeweils gleich hoher Anteil von rund 17% sieht hinsichtlich der eigenen finanziellen Lage optimistisch bzw. pessimistisch in die nähere Zukunft. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass sich von den 654 Personen, die derzeit noch erwerbstätig sind, jede(r) neunte große Sorgen um den derzeitigen Arbeitsplatz macht und 16% zumindest teilweise Bedenken haben, was die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes angeht. Umgekehrt teilen knapp drei Viertel der Befragten diese Sorgen nicht. Rund vier von zehn Untersuchungsteilnehmer*innen waren jedoch in ihrem Berufsleben schon einmal als arbeitssuchend gemeldet; der überwiegende Teil davon hatte eine Arbeitslosigkeitsphase (62%). Etwa ein Viertel war zweimal als arbeitssuchend gemeldet und jeweils 7% drei- bzw. viermal und öfter. Die gesamte Arbeitslosigkeit dauerte im Schnitt knapp zwölf Monate und pro Phase rund acht Monate. Phasen von Langzeitarbeitslosigkeit (mehr als zwölf Monate) hatten knapp 12% der Befragten. Schließlich sind 17% der Untersuchungsteilnehmer*innen relativ depriviert, also der Meinung, dass sie im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben, weniger als ihren gerechten Anteil erhalten. Sieben von zehn gaben an, sie bekämen aus ihrer Sicht den gerechten Anteil und jede(r) Siebte war dementsprechend der Ansicht, mehr als den gerechten Anteil zu erhalten.

3.1.3 Politisches Interesse und politische Orientierung

Fast die Hälfte der Befragten bezeichnet sich selbst als politisch (sehr) interessiert (48%)²⁹. Bezogen auf die Kommunalpolitik in München ist das Interesse dagegen weniger ausgeprägt: 36% bezeichnen sich diesbezüglich als (sehr) interessiert³⁰. Jede(r) Achte ordnete sich politisch gesehen als links ein und jede(r) zwölfte als rechts. Die große Mehrheit von 80% verortet sich politisch in der Mitte³¹.

3.1.4 Weitere demografische und sozio-ökonomische Merkmale

Bei den schulischen Abschlüssen überwiegen die hohen Abschlüsse (57% (Fach-)Hochschulreife). Demgegenüber haben 26% mittlere und 17% niedrige Schulabschlüsse.

Wie bereits berichtet sind 46% der Befragten Akademiker*innen. Zudem hat jede(r) Zehnte einen Meister*innen-, Techniker*innen- oder gleichwertigen Fachschulabschluss. Ein Viertel verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung und 9% haben einen Berufsfach-

²⁹ Anteil der (sehr) Interessierten (Werte 8 bis 10) basierend auf einer 11-stufigen Ratingskala (Werte 0 = überhaupt kein Interesse bis 10 = sehr großes Interesse). Das hohe Interesse zeigt sich auch in diesem Fall in der durchschnittlichen Beurteilung des Interesses (Mittelwert = 7,1). Der Anteil der Uninteressierten (Werte 0 bis 2) beträgt lediglich 3%; der Rest zeichnet sich durch ein mittleres Interesse an Politik aus.

³⁰ Das im Vergleich geringere Interesse zeigt sich ebenfalls in der durchschnittlichen Beurteilung (Mittelwert = 6,4). Der Anteil der Uninteressierten (Werte 0 bis 2) beträgt in diesem Fall 5%; der Rest zeichnet sich durch ein mittleres Interesse an der Kommunalpolitik hier in München aus.

³¹ Politisch rechts: Werte 8 bis 10 basierend auf einer 11-stufigen Ratingskala (Werte 0 = ganz links bis 10 = ganz rechts); politisch links: Werte 0 bis 2. Der große Anteil der politischen Mitte kommt in der durchschnittlichen Einordnung auf der politischen Rangskala zum Ausdruck (Mittelwert = 4,8).

schulabschluss. 7% der Untersuchungsteilnehmer*innen haben keine berufliche Ausbildung oder nur eine betriebliche Anlernzeit abgeschlossen.

Etwa die Hälfte der Befragten ist hauptberuflich erwerbstätig, 15% sind dies in Teilzeit und 6% nebenher. Drei von zehn Befragten sind nicht erwerbstätig. 43% sind Angestellte³² und 27% der Befragten sind in Rente/Pension. Zudem sind 10% freiberuflich oder selbstständig tätig, 6% sind Beamte und 4% Arbeiter*innen. Die restlichen Befragten sind noch in Ausbildung (5%), Hausfrauen/-männer (3%) oder als arbeitssuchend gemeldet (2%).

Der Großteil der Befragungsteilnehmer*innen lebt in Zwei-Personen-Haushalten (45%). Etwas mehr als jede(r) Vierte wohnt alleine, 16% leben in einem Drei-Personen-Haushalt und 3% der Befragten kommen aus Haushalten mit vier und mehr Personen. In 29% der Haushalte leben Kinder (unter 18 Jahren).

92% der Befragten sind Deutsche, die restlichen 8% sind Deutsche mit Migrationshintergrund.

Rund sechs von zehn Befragten gehören einer Religionsgemeinschaft an (40% römisch-katholisch, 17% evangelisch; jeweils 1% anderen christlichen bzw. islamischen Religionsgemeinschaften). Umgekehrt heißt das, dass 40% konfessionslos sind.

Schließlich sind mehr als ein Viertel in keiner der 13 von uns abgefragten Organisationen und/oder Vereine Mitglied. Von den anderen Befragten ist der überwiegende Teil (29%) Mitglied in einem Sportverein. Etwa jede(r) neunte ist in der Gewerkschaft und jeweils 9% sind Mitglied in einem Sozial-/Wohlfahrtsverein bzw. in einer Naturschutzorganisation. Die übrigen Angaben verteilen sich auf die restlichen neun Organisationen und reichen von 2% bei Jugend- bzw. Rentner*innen-/Senior*innenvereinen bis 7% bei Kultur-/Musikvereinen.

3.2 (Nicht-)Wähler*innen und ihre Merkmale

3.2.1 Nichtwähler*innen und Wähler*innentypen

Tabelle 4 zeigt zunächst die Wahlbeteiligungsquoten in den Stadtbezirken der Landeshauptstadt München bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017. Auch 2017 weisen die gleichen sechs Stadtbezirke die niedrigsten Wahlbeteiligungsquoten auf wie bereits 2013. Es wird zudem deutlich, dass die Wahlbeteiligung insbesondere in den Stadtbezirken 02 - Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt (+ 9,0 Prozentpunkte), 08 - Schwanthalerhöhe (+ 8,7 Prozentpunkte), 03 - Maxvorstadt (+ 8,2 Prozentpunkte) und 24 - Feldmoching-Hasenberg (+ 8,2 Prozentpunkte) am stärksten zugenommen hat. Der Anteil der Nichtwähler*innen betrug gesamtstädtisch mithin 21,5%.

³² 3% mit einfacher Tätigkeit, 29% Angestellte, die schwierige Aufgaben selbstständig erledigen und 11% mit umfassenden Führungsaufgaben.

Tabelle 4: Wahlbeteiligung in den Stadtbezirken der Landeshauptstadt München: Bundestagswahlen 2013 und 2017

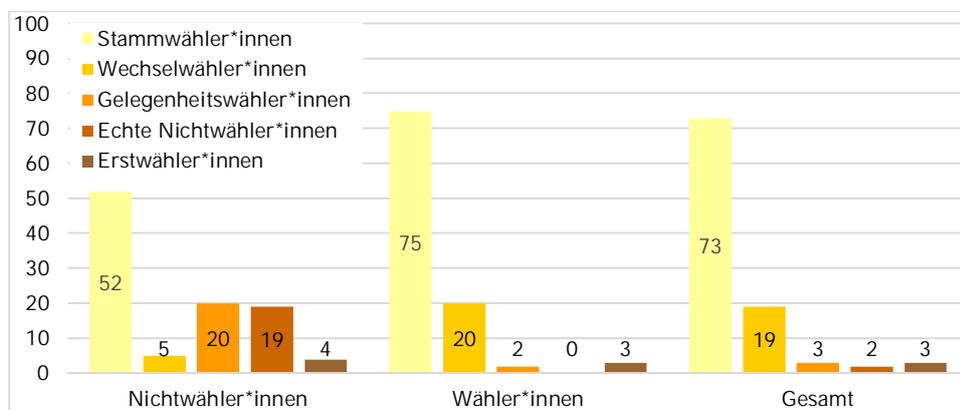
Stadtbezirk	Wahlbeteiligung 2013	Wahlbeteiligung 2017	Veränderung in Prozentpunkten
11 Milbertshofen-Am Hart	61,5	69,5	+ 8,0
24 Feldmoching-Hasenberg	63,6	71,8	+ 8,2
16 Ramersdorf-Perlach	66,1	72,6	+ 6,5
14 Berg am Laim	66,4	73,5	+ 7,1
10 Moosach	67,4	75,1	+ 7,7
17 Obergiesing-Fasangarten	68,0	75,6	+ 7,6
22 Aubing-Lochhausen-Langwied	70,4	77,1	+ 6,7
25 Laim	69,8	77,3	+ 7,5
07 Sendling-Westpark	69,9	77,7	+ 7,8
20 Hadern	71,9	78,5	+ 6,6
12 Schwabing-Freimann	71,3	78,6	+ 7,3
08 Schwanthalerhöhe	70,0	78,7	+ 8,7
19 Thalkirchen-Obersendling	73,2	79,5	+ 6,3
18 Untergiesing-Harlaching	72,3	79,9	+ 7,6
06 Sendling	73,2	80,4	+ 7,2
15 Trudering-Riem	73,8	80,7	+ 6,9
09 Neuhausen-Nymphenburg	73,7	81,0	+ 7,3
23 Allach-Untermenzing	74,0	81,2	+ 7,2
13 Bogenhausen	74,8	81,2	+ 6,4
01 Altstadt-Lehel	74,6	81,3	+ 6,7
21 Pasing-Obermenzing	75,2	81,6	+ 6,4
05 Au-Haidhausen	74,4	81,7	+ 7,3
04 Schwabing-West	74,7	82,0	+ 7,3
02 Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt	73,1	82,1	+ 9,0
03 Maxvorstadt	74,2	82,4	+ 8,2
Gesamt	71,2	78,5	+ 7,3

Quelle: Wahlatlas München: Bundestagswahl 2013 und 2017 sowie eigene Berechnungen

Der Anteil der Nichtwähler*innen in der realisierten Stichprobe beträgt 11,1%, das heißt, dass Nichtwähler*innen deutlich unterrepräsentiert sind. Dies ist zum Teil sicher auf die Art der Stichprobenziehung nach Stadt- und nicht Wahlbezirken zurückzuführen. Das vorgesehene „Oversampeln“ war aufgrund der großen Schwankungsbreite der Wahlbeteiligung in den Stadtbezirken wohl nicht in dem Ausmaß erfolgreich. Unabhängig davon weisen die Daten darauf hin, dass die Strategie der Stichprobenziehung zumindest zum Teil erfolgreich war. Der Anteil der Nichtwähler*innen aus den Stadtbezirken mit niedriger Wahlbeteiligung beträgt 13%, während er bei den Stadtbezirken mit mittlerer Wahlbeteiligung bei 8% und

bei den Stadtbezirken mit hoher Wahlbeteiligung bei 10% liegt. Von den Befragten bezeichnet sich der überwiegende Teil selbst als sog. „Stammwähler*in“ (73%). Etwa ein Fünftel sieht sich laut eigener Einschätzung als „Wechselwähler*in“ (19%). Ein geringer Anteil von 3% sind „Gelegenheitswähler*innen“ und 2% sind echte „Nichtwähler*innen“. 3% unter allen Befragten haben bei der Bundestagswahl 2017 das erste Mal gewählt. Wie *Abbildung 2* zeigt, unterscheiden sich die beiden Wähler*innengruppen der Bundestagswahl 2017 zum Teil deutlich hinsichtlich des Wähler*innentypus. So sind Stammwähler*innen häufiger unter den Wähler*innen zu finden, während die Anteile der Gelegenheits- bzw. echten Nichtwähler*innen unter den Nichtwähler*innen im Vergleich klar höher sind.

Abbildung 2: (Nicht-)Wähler*innen und Wähler*innentypen



Die Befragten wurden gebeten maximal drei wichtige Gründe zu nennen, die für sie ausschlaggebend waren, bei der Bundestagswahl 2017 nicht zu wählen. Ihnen wurden dazu 22 Antwortmöglichkeiten vorgelegt und es bestand die Möglichkeit offen weitere Motive anzugeben³³. 45% der 109 Nichtwählerinnen gaben einen Grund für ihre Entscheidung an, etwa jede(r) Fünfte nannte zwei Gründe und die restlichen 34% führten drei wichtige Motive für ihre Entscheidung an. Wie *Abbildung 3* (in der lediglich die acht wichtigsten Gründe abgebildet sind) zeigt, stehen bei der Nichtwahlentscheidung drei Motive im Vordergrund: Der Vertrauensverlust in Politiker*innen (35%), die Tatsache, dass es parteipolitisch keine Alternativen gab („Ich wollte meine bisherige Partei nicht mehr wählen, aber es gefiel mir auch keine andere“) mit 33% der Nennungen und sog. „unechte Nichtwähler*innen“, die z.B. durch Krankheit usw. verhindert waren (32%). Erwähnenswert ist des Weiteren, dass etwa ein Viertel der Nichtwähler*innen angab, ihrer Partei aus Unzufriedenheit einen Dankzettel verpassen zu wollen. Über die acht wichtigsten Motive der Nichtwahl hinaus ist an dieser Stelle zudem zu erwähnen, dass 7% angeben, aus Protest nicht zur Wahl gegangen

³³ Folgende vier Motive wurden von den Befragten überhaupt nicht genannt: „Ich wusste nicht, dass Bundestagswahl war“, „Jemand hat mich gebeten nicht zu wählen“, „Ich gehe nur bei Landtagswahlen zur Wahl“ und „Ich gehe nur bei Kommunalwahlen zur Wahl“.

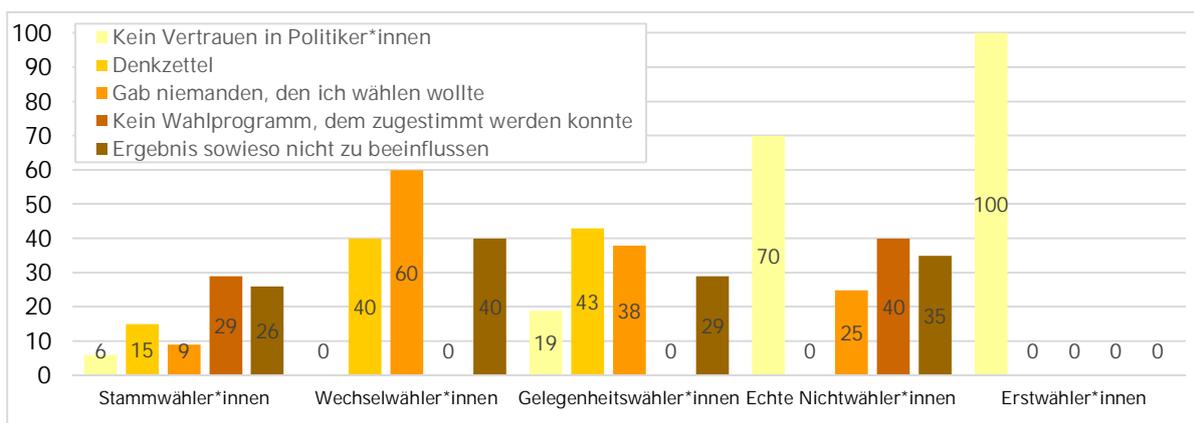
zu sein und 6% grundsätzlich nicht wählen gehen, also nach Schäfer (2013) sog. „Grundsätzliche Nichtwähler*innen“ sind.

Abbildung 3: Wichtigste Gründe für Nichtwahl



Wie aus *Abbildung 4* ersichtlich wird stehen bei den echten Nichtwähler*innen im Vergleich zu den anderen Wähler*innentypen zwei Aspekte für die Entscheidung, nicht wählen zu gehen, im Vordergrund: Der Vertrauensverlust in die Politiker*innen und ein Wahlprogramm, dem man zustimmen kann. Wechsel- und Gelegenheitswähler*innen zeichnen sich demgegenüber dadurch aus, dass für sie häufiger zwei Gründe eine Rolle spielen: Der „Denkartel“ für die eigene Partei sowie die Tatsache, dass es aus ihrer Sicht generell niemanden gab, den sie wählen wollten.

Abbildung 4: Wichtigste Gründe für Nichtwahl und Wähler*innentypus ³⁴



³⁴ Es ist zu berücksichtigen, dass die Fallzahl der Wechsel- und Erstwähler*innen mit 5 bzw. 4 so gering ist, dass die Ergebnisse für diese beiden Gruppen aufgrund der geringen Zellenbesetzung nicht aussagekräftig sind.

3.2.2 Demografische und sozio-ökonomische Struktur der Nichtwähler*innen

Eine im Zentrum der Untersuchung stehende Fragestellung ist die Analyse der Nichtwähler*innen hinsichtlich bestimmter demografischer und sozio-ökonomischer Merkmale. Mit anderen Worten: Zeichnen sich die Nichtwähler*innen durch bestimmte Aspekte aus, die sie eindeutig von der Gruppe der Wähler*innen unterscheiden? Es geht im weiteren Sinne also um die Frage: Welche Merkmale geben Hinweise auf die Nichtwähler*innen? Sie soll in diesem Kapitel geklärt werden, in dem demografische, sozio-ökonomische und weitere sozialstrukturelle Merkmale in Hinblick auf das Verhalten der Nichtwahl untersucht werden. Zwar lässt sich, wie eine Meta-Analyse von Smets und van Ham (2013) zeigt, kein einheitliches Erklärungsmodell für die Wahlteilnahme ableiten, aber viele Studien kommen immer wieder auf einen Kern von Erklärungsfaktoren zurück, die neben den demografischen und sozio-ökonomischen Merkmalen weitere Einflüsse wie etwa politische Weltsicht und politische Desillusionierung beinhalten.

3.2.2.1 Demografische Struktur der Nichtwähler*innen

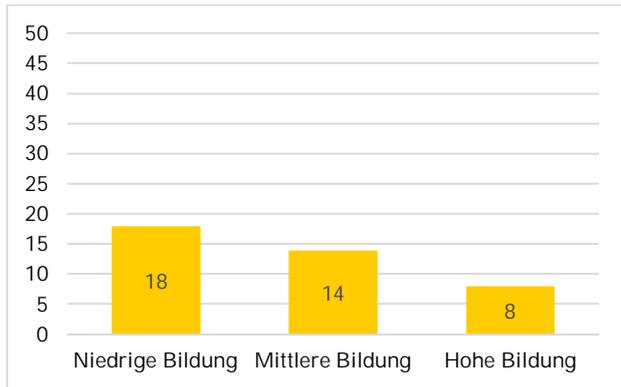
In einem ersten Schritt soll untersucht werden, ob die Entscheidung zur Wahl zu gehen oder nicht, mit demografischen Merkmalen der Befragten in Zusammenhang steht. Wie andere Untersuchungen zeigen (Schäfer/Schwandner/Manow, 2016), sind in einem einfachen demografischen Modell Effekte dieser Merkmale auf die Wahlteilnahme vorhanden. Zunächst werden die Zusammenhänge der Nichtwahl mit den demografischen Merkmalen bivariat untersucht.

Bildung

Bei der Interpretation der Abbildungen ist wichtig, zu berücksichtigen, dass es sich um bivariate Statistiken handelt, die keinerlei Aussage über kausale Zusammenhänge ermöglichen. Der Fokus liegt vielmehr auf der Analyse der Merkmalsverteilung zweier Variablen und es ist somit zum Beispiel lediglich der Vergleich zwischen Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem Bildungsstand³⁵ im Hinblick auf das Nichtwahlverhalten möglich, wie es bei der folgenden *Abbildung 5* der Fall ist. Hier gilt: Je niedriger der Bildungsstand, desto höher der Anteil der Nichtwähler*innen.

³⁵ Der Bildungsstand wird aus den Angaben zu den allgemein bildenden Schulabschlüssen sowie den beruflichen Ausbildungsabschlüssen gemäß der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (International Standard Classification of Education – ISCE97) zusammengefasst.

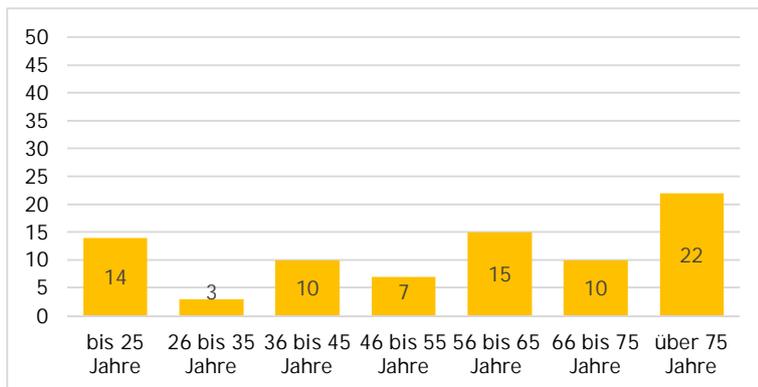
Abbildung 5: Nichtwähler*innen und Bildungsstand



Alter

Ob man sich an der Wahl beteiligt oder nicht hängt zudem höchst signifikant vom Alter der Befragten ab: Wie *Abbildung 6* darstellt finden sich die höchsten Nichtwähler*innenanteile unter den jüngsten Befragten bis 25 Jahre (14%), den 56- bis 65-Jährigen (15%) und vor allem den ältesten Münchnerinnen und Münchner (22%). Ein Mittelwertvergleich des Durchschnittsalters von Wähler*innen (52,5 Jahre) und Nichtwähler*innen (58,5 Jahre) stützt den Befund zusätzlich.

Abbildung 6: Nichtwähler*innen und Altersgruppen



Religionszugehörigkeit

Eine weitere Determinante ist die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Überdurchschnittlich oft sind Nichtwähler*innen unter den Katholiken (13%) und den Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften (16%) zu finden. Den geringsten Anteil weisen mit 4% die Mitglieder evangelischer Religionsgemeinschaften auf. Auch der Anteil der Konfessionslosen (10%) liegt noch unter dem durchschnittlichen Anteil.

Partnerschaft

Unsere Daten lassen den Schluss zu, dass ein Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und Partnerschaft besteht: Der Anteil der Nichtwähler*innen unter den Befragten, die mit Partner*innen zusammenleben (9%) ist hoch signifikant geringer als bei denjenigen, die derzeit keine Partner*innen haben (15%).

Es war daher auch anzunehmen, dass die Haushaltsgröße einen Einfluss auf das Wahlverhalten hat. Da der Anteil der Nichtwähler*innen bei den partnerlosen Befragten deutlich über dem durchschnittlichen Anteil liegt, war davon auszugehen, dass insbesondere Ein-Personen-Haushalte ebenfalls eine über dem Durchschnitt liegende Nichtwähler*innenquote aufweisen. Dies bestätigt unsere Untersuchung: Der Anteil der Nichtwähler*innen bei den Ein-Personen-Haushalten lag mit 15% deutlich über dem Anteil aller anderen Befragten. Zudem ist hier darauf zu verweisen, dass die Wahlbeteiligung jedoch nicht davon abhängt, ob sich Kinder im Haushalt befinden oder nicht.

Migrationshintergrund

Deutsche mit Migrationshintergrund (21%) gehen doppelt so oft nicht zur Wahl wie Deutsche (10%)³⁶.

*3.2.2.2 Sozio-ökonomische Struktur der Nichtwähler*innen*

Die Wahlentscheidung steht, wie einige Studien nahelegen, auch in Zusammenhang mit sozio-ökonomischen Faktoren, wie Einkommen, berufliche Stellung, Arbeitslosigkeit usw. (Elff/Roßteutscher, 2016; forsa, 2013; Schäfer/Schwandner/Manow, 2016). Zunächst werden erneut bivariate Zusammenhangsanalysen der Nichtwahl mit den wichtigsten sozio-ökonomischen Faktoren durchgeführt.

Einkommen

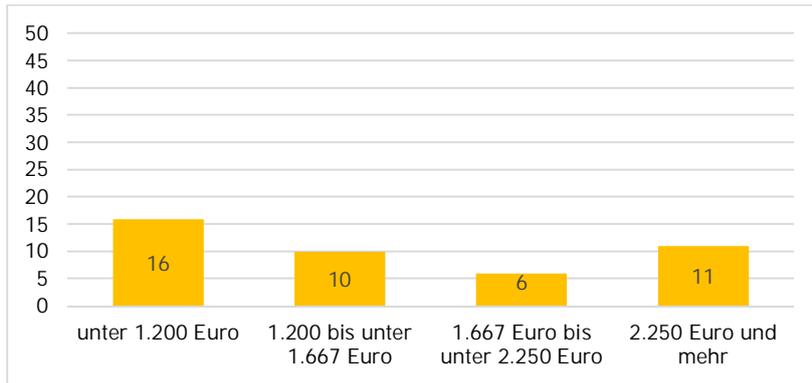
Das Wahlverhalten steht signifikant in Zusammenhang mit den Einkommensverhältnissen der Befragten, wie *Abbildung 7* zeigt. Splittet man das Pro-Kopf-Einkommen in Quantile³⁷, so zeigt sich, dass sich unter den unteren 25% der Einkommensverteilung 16% Nichtwähler*innen finden. Mit anderen Worten: Diejenigen, die am wenigsten verdienen beteiligen sich im Vergleich am geringsten an Wahlen³⁸.

³⁶ Auf die Bedeutung des Migrationshintergrundes für die Wahlbeteiligung weist auch Wüst (2012) hin.

³⁷ Ein Quantil ist ein Lagemaß bzw. anschaulicher ausgedrückt: ein Schwellenwert. Ein bestimmter Anteil der Werte ist kleiner als das Quantil, der Rest ist größer. Das 25%-Quantil (= Quartil) beispielsweise ist der Wert, für den gilt, dass 25% aller Werte kleiner sind als dieser Wert. Bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen liegen die Quartilsgrenzen bei folgenden Werten: 25% = 1.200 Euro; 50% = 1.667 Euro und 75% = 2.250 Euro. Das heißt in diesem Fall z.B.: 25% der Befragten haben ein Pro-Kopf-Einkommen, das geringer als 1.200 Euro ist.

³⁸ Wir verwenden in unserer Untersuchung nicht das absolute Einkommen als erklärende Variable, sondern die Einkommensquartile, da sie die Lage der Befragten bezüglich ihrer Einkommensposition hinreichend beschreiben und approximativ das individuelle Wohlstandsniveau abbilden. Zwar ist damit ein Informationsverlust verbunden, der jedoch für unsere Fragestellung hinzunehmen ist, da für uns weniger die absolute Einkommenshöhe relevant erscheint, sondern eher die Lage der Befragten in der Einkommensverteilung.

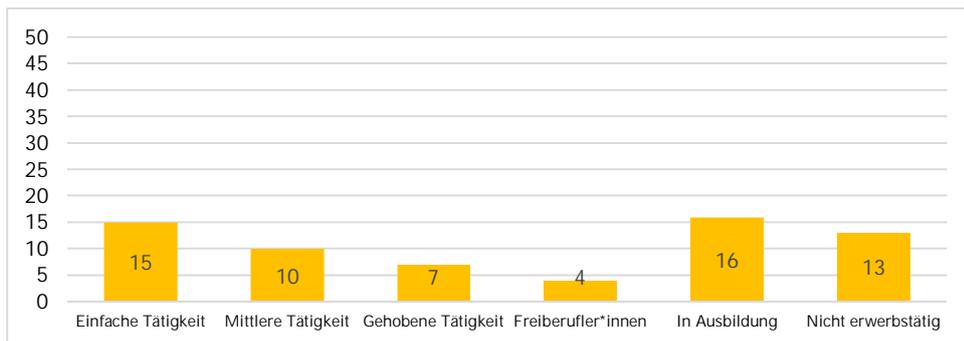
Abbildung 7: Nichtwähler*innen und Pro-Kopf-Einkommen (Quartile)



Berufliche Stellung

Zudem ist die Entscheidung nicht zu wählen abhängig von der beruflichen Stellung³⁹ der Befragten, wie aus *Abbildung 8* zu ersehen ist. Überdurchschnittlich hohe Anteile an Nichtwähler*innen finden sich bei den Befragten mit einfachen Tätigkeiten (15%) sowie bei Personen, die noch in Ausbildung sind (16%) und bei den nicht (mehr) Erwerbstätigen (13%).

Abbildung 8: Nichtwähler*innen und berufliche Stellung



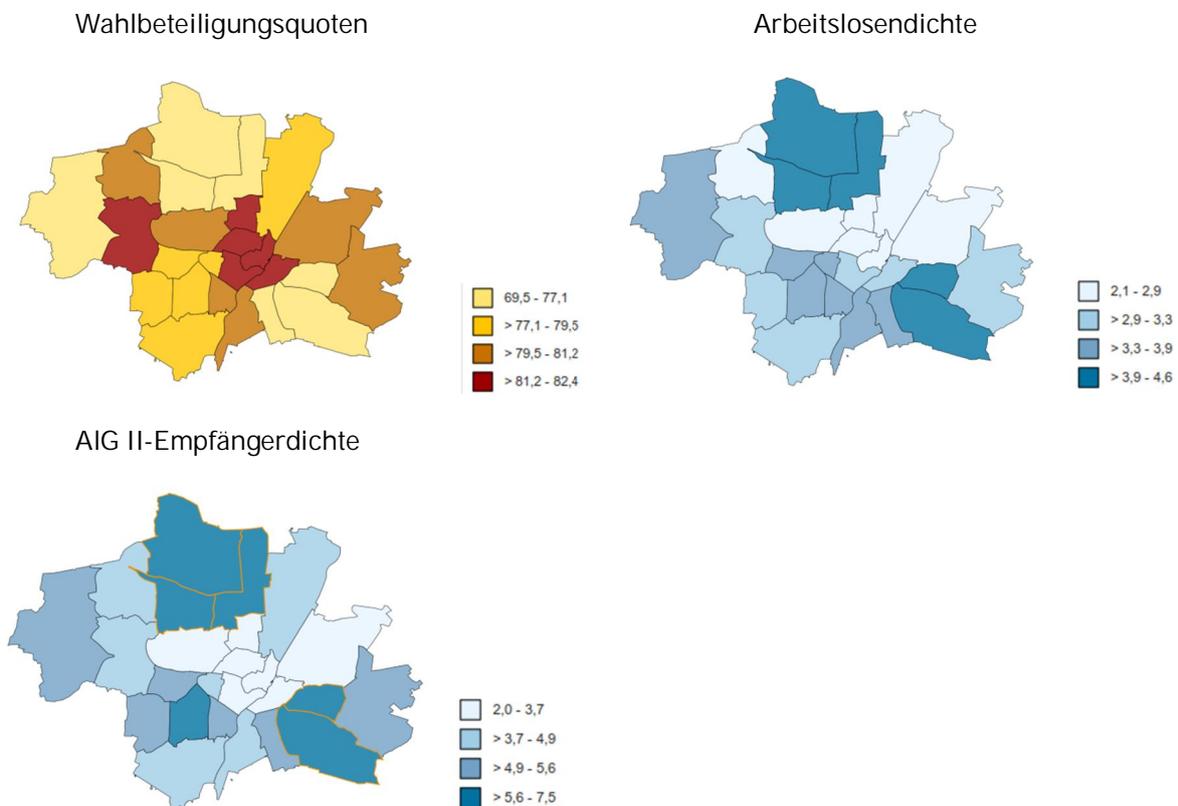
Arbeitslosigkeit

Wie die Daten aus dem Wahlatlas für die Landeshauptstadt München nahelegen (*Abbildung 9*), bestand auch bei der Bundestagswahl 2017 ein Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Arbeitslosenquote bzw. der Alg II-Empfängerdichte: Je höher die Arbeits-

³⁹ Die derzeitige berufliche Stellung wird dabei zu folgenden Kategorien neu zusammengefasst: „Einfache Tätigkeit“ (Ungelernte bzw. Angelernte, Angestellte mit einfacher Tätigkeit und Beamte im einfachen Dienst), „Mittlere Tätigkeit“ (Gelernte Arbeiter*in, Angestellte, die schwierige Aufgaben selbstständig erledigen und Beamte im mittleren Dienst), „Gehobene Tätigkeit“ (Meister*in usw., Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Beamte im gehobenen/höheren Dienst). Zudem werden Selbstständige und Freiberufler*innen zu einer Kategorie zusammengefasst. Die Kategorie „In Ausbildung“ wird unverändert beibehalten und Rentner*innen und Hausfrauen/-männer werden in die Kategorie „nicht erwerbstätig“ integriert.

losenquote bzw. der Anteil der AIG II-Empfänger*innen desto niedriger die Wahlbeteiligung⁴⁰.

Abbildung 9: Wahlbeteiligungsquoten und Arbeitslosen- sowie AIG II-Empfängerdichte zur Bundestagswahl 2017



Quelle: Wahlatlas München: Bundestagswahl 2017

Überprüft man diese Hypothese mit den Daten unserer Untersuchung, so zeigt sich bezogen auf die derzeitige Arbeitslosigkeit kein Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung. Nimmt man jedoch die Arbeitslosigkeitserfahrung der Befragten bei der Analyse in den Blick, so ergeben sich durchaus Zusammenhänge, die in diese Richtung weisen. So unterscheiden sich die Anteile der Nichtwähler*innen zwar nicht hinsichtlich einer Arbeitslosigkeitserfahrung generell sowie der Anzahl der Arbeitslosigkeitsphasen. Entscheidend ist hier vielmehr das Ausmaß der Arbeitslosigkeit pro Phase. Insbesondere bei Personen, die in ihrem Berufsleben mindestens einmal die Erfahrung von Langzeitarbeitslosigkeit machen mussten, ist der Anteil der Nichtwähler*innen besonders hoch (20%). Im Vergleich dazu beträgt dieser Anteil bei Befragten mit relativ kurzen Arbeitslosigkeitsphasen (bis sechs Monate) etwa 10% und bei denjenigen mit mittleren Arbeitslosigkeitsdauern (mehr als sechs, aber weniger als zwölf Monate) unterhalb von Langzeitarbeitslosigkeit rund 9%.

⁴⁰ Hier sei nochmals auf die Gefahr des „ökologischen Fehlschlusses“ verwiesen: Auf Grund dieser Korrelation zwischen Arbeitslosendichte bzw. AIG II-Empfängerdichte und der Wahlbeteiligung eines Stadtbezirks zu folgern, dass vor allem Arbeitslose und/oder AIG II-Empfänger*innen nicht wählen, hieße, einen „ökologischen Fehlschluss“ zu begehen (Diekmann, 2010: 134f.; King, 1997; Schoen, 2014a).

Bestätigt wird dieser Befund durch die Tatsache, dass die durchschnittliche Dauer pro Phase der Arbeitslosigkeit bei den Nichtwähler*innen 12,2 Monate betrug, während die Wähler*innen im Schnitt 7,4 Monate arbeitslos waren.

3.2.3 Weitere strukturelle Merkmale der Nichtwähler*innen

Individuelle Deprivation und ökonomische Zukunftsperspektive

Für die Wahlbeteiligung existieren Zusammenhänge mit der Einschätzung der (relativen) individuellen Deprivation⁴¹ sowie mit der Beurteilung der eigenen Zukunftsperspektive. Je deprivierter die Befragten sind, desto größer ist der Anteil an Nichtwähler*innen⁴².

Neben der individuellen Deprivation beeinflussen auch die ökonomischen Zukunftsperspektiven der Befragten das Wahlverhalten. Dabei zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der individuellen Deprivation: Je schlechter die zukünftige ökonomische Situation eingeschätzt wird, desto höher der Nichtwähler*innenanteil⁴³.

Schließlich zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang bei der Arbeitsmarktperspektive: Personen, die teilweise bis große Sorgen um ihren Arbeitsplatz haben gehen doppelt so oft nicht zur Wahl (17%) als Befragte, die allenfalls gering um ihren Arbeitsplatz besorgt sind (8%).

Lebenszufriedenheit

Einen wesentlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat die Lebenszufriedenheit, die als Maß für die kognitive Bewertung des eigenen Wohlbefindens dient (Pinquart/Sörensen, 2000)⁴⁴: Je unzufriedener die Befragten mit ihrem Leben insgesamt betrachtet sind, desto

⁴¹ Das Konzept der (relativen) Deprivation ist ein Ansatz, bei dem die subjektiv wahrgenommenen Diskrepanzen zwischen gefühltem Anspruch und tatsächlicher Situation (Kessler/Harth, 2008) im Fokus stehen. Walker und Smith (2002) fassen die Ausgangslage der Deprivationstheorie deshalb wie folgt zusammen: Durch den subjektiven Vergleich mit anderen Mitmenschen kann die Wahrnehmung entstehen, benachteiligt zu sein. Sichtet man die Forschungsliteratur dazu, wird deutlich, dass Deprivation ein uneindeutiger Begriff ist, wobei dabei zumeist auf ökonomische Aspekte Bezug genommen. Für die individuelle Deprivation wurde in der vorliegenden Untersuchung die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation („Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige finanzielle Lage?“) verwendet.

⁴² Unter den Personen, die ihre derzeitige ökonomische Situation als schlecht bezeichnen (hohe individuelle Deprivation) liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 17%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die ihre entsprechende Situation als mittel (mittleres Ausmaß individueller Deprivation) beschreiben 13% und bei denjenigen Befragten mit selbsteingeschätzter guter ökonomischer Situation (geringe individuelle Deprivation) 9%.

⁴³ Unter den Personen, die ihre zukünftige ökonomische Situation als schlechter als heute bezeichnen, beträgt der Anteil der Nichtwähler*innen 15%. Im Vergleich dazu machen diese Anteile bei denjenigen, die ihre entsprechende Situation als gleichbleibend beschreiben 10% und bei den Befragten mit selbsteingeschätzter besserer ökonomischer Perspektive 8% aus.

⁴⁴ Sie grenzt sich damit von affektiven Maßen der Lebensqualität (wie z.B. gute Laune, Freude, positiver und negativer Affekt usw.) ab und bezieht sich auf eine globale Einschätzung der Lebensqualität anhand von selbstgewählten Kriterien (=summarische Beurteilung sämtlicher Anteile des eigenen Lebens); vgl. hierzu etwa Heller/Judge/Watson, 2002 und Shin/Johnson, 1978.

höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen⁴⁵. Unter den Unzufriedenen liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 30%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die ihre entsprechende Situation als mittelmäßig beschreiben 15% und bei den Zufriedenen 8%. Bestätigt wird dieser Befund auch in diesem Fall dadurch, dass die durchschnittliche Zufriedenheit bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 6,8 aufweist, während die Wähler*innen auf der Zufriedenheitsskala im Mittel einen Wert von 7,8 haben, also einen ganzen Skalenpunkt mehr an Zufriedenheit aufzeigen.

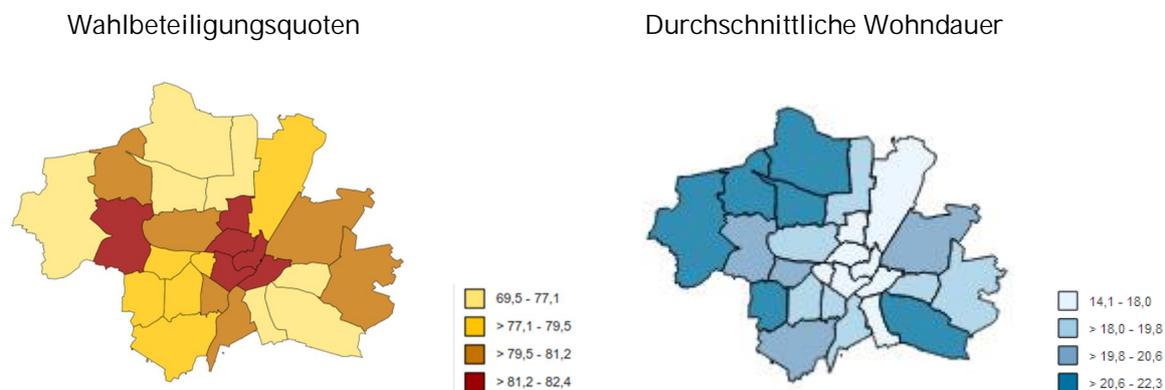
3.2.4 Spezifische Münchner Merkmale

Neben den vorher berichteten Aspekten wurden in unserer Untersuchung mit Blick auf die eigentlich im Mittelpunkt stehende Frage der Nichtwahl bei Kommunalwahlen noch spezifische Merkmale bei den Untersuchungsteilnehmer*innen abgefragt, die mit München in direktem Zusammenhang stehen.

Wohndauer

Wie die Daten aus dem Wahlatlas für die Landeshauptstadt München nahelegen (*Abbildung 10*), bestand bei der Bundestagswahl 2017 ein Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Wohndauer in München: Je länger die Wahlberechtigten bereits in München wohnen, desto niedriger die Wahlbeteiligung⁴⁶.

Abbildung 10: Wahlbeteiligungsquoten und Wohndauer (Bundestagswahl 2017)



Quelle: Wahlatlas München: Bundestagswahl 2017

Überprüft man diese Hypothese mit den Daten unserer Untersuchung⁴⁷, so bestätigt sich dieser Zusammenhang annähernd: Die durchschnittliche Wohndauer der Nichtwähler*

⁴⁵ Für die Analyse wird hier die 11-stufige Ratingskala (Werte 0 = sehr unzufrieden bis 10 = sehr zufrieden) zu drei Ausprägungen zusammengefasst: Unzufriedene (Werte 0 bis 2); Mittelmäßig Zufriedene (Werte 3 bis 7) und Zufriedene (Werte 8 bis 10). Die bei den Befragten insgesamt hohe Zufriedenheit spiegelt sich in der durchschnittlichen Bewertung wider (Mittelwert = 7,6). Zur Entwicklung und Validierung der Lebenszufriedenheits-Skala vgl. Beierlein et al. (2014).

⁴⁶ Der Korrelationskoeffizient von 0,3 weist jedoch auf einen schwachen Zusammenhang hin.

⁴⁷ Hier ist darauf hinzuweisen, dass wir in unserer Untersuchung lediglich die Wohndauer in München insgesamt und nicht im jeweiligen Stadtbezirk erhoben haben.

ler*innen liegt mit 41 Jahren vier Jahre über derjenigen der Wähler*innen; dieser Unterschied ist jedoch statistisch nicht signifikant.

Städtische Lebensqualität

Sowohl die persönliche Zufriedenheit mit dem Leben in München als auch die Lebensqualität in München stehen in einem Zusammenhang mit der Entscheidung, bei der Bundestagswahl 2017 zur Wahl gegangen zu sein oder nicht. Einen wesentlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat zunächst die persönliche Zufriedenheit mit dem Leben in München: Je unzufriedener die Befragten persönlich damit sind, desto höher ist ihr Anteil an Nichtwähler*innen⁴⁸. Unter den Unzufriedenen liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 32%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die mit ihrem Leben in München eher mittelmäßig zufrieden sind 15% und bei den Zufriedenen 8%⁴⁹.

Ein weiterer Aspekt mit dem die Wahlentscheidung in Abhängigkeit steht ist die Beurteilung der Lebensqualität in München. Der Anteil an Nichtwähler*innen beträgt bei den Münchnerinnen und Münchnern, die diese als gut empfinden 8%. Im Vergleich dazu finden sich unter denjenigen, die meinen, die Lebensqualität in München hätte einige Mängel und müsste verbessert werden, doppelt so viele Nichtwähler*innen (17%).

3.3 (Nicht-)Wähler*innen und politische Weltsicht und Partizipation

3.3.1 Politische Weltsicht der Nichtwähler*innen

Politisches Interesse und eigene politische Einordnung

Es war des Weiteren anzunehmen, dass das eigene politische Interesse mit der Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder nicht zusammenhängt. Auch Arnold/Freier/Kroh, 2015: 11 verweisen darauf, dass „das Interesse an Politik, (...) wichtige Faktoren [sind], die eine aktive Teilhabe am politischen Prozess begünstigen (...).“⁵⁰. Diesen Zusammenhang bestätigt unsere Untersuchung: Je uninteressierter die Befragten an Politik insgesamt sind, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen⁵¹. Unter den Uninteressierten liegt der Anteil der

⁴⁸ Für die Analyse wird erneut die 11-stufige Ratingskala (Werte 0=sehr unzufrieden bis 10=sehr zufrieden) zu drei Ausprägungen zusammengefasst: Unzufriedene (Werte 0 bis 2); Mittelmäßig Zufriedene (Werte 3 bis 7) und Zufriedene (Werte 8 bis 10). Die bei den Befragten insgesamt hohe persönliche Zufriedenheit spiegelt sich in der durchschnittlichen Bewertung wieder (Mittelwert = 7,6).

⁴⁹ Bestätigt wird dieser Befund abermals dadurch, dass die durchschnittliche Zufriedenheit bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 6,9 aufweist, während die Wähler*innen auf der Zufriedenheitsskala im Mittel einen Wert von 7,7 haben.

⁵⁰ In der Wahlforschung dient das politische Interesse generell als Indikator für die individuelle politische Involvierung. Sie erweist sich zudem beständig als eines der Merkmale, das den stärksten Einfluss auf die Wahlbeteiligung zeigt (Falter/Schumann, 1994; Krimmel, 1997; Verba/Nie/Kim, 1978).

⁵¹ Auch in diesem Fall wird die 11-stufige Ratingskala (Werte 0 = überhaupt kein Interesse bis 10 = sehr großes Interesse) zu drei Ausprägungen zusammengefasst: Uninteressierte (Werte 0 bis 2); Mittelmäßig Interessierte (Werte 3 bis 7) und Interessierte (Werte 8 bis 10). Das bei den Befragten eher hohe Interesse spiegelt sich in der durchschnittlichen Einordnung wieder (Mittelwert = 7,1).

Nichtwähler*innen bei 35%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die ihr entsprechendes Interesse als mittel beschreiben 14% und bei den Interessierten 6%⁵².

Interessant ist darüber hinaus, dass ein Zusammenhang zwischen der Nichtwahlentscheidung und der eigenen politischen Orientierung besteht: Je weiter rechts sich die Befragten selbst politisch gesehen einordnen, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen⁵³. Unter den politisch Rechten liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 16%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die sich politisch in der Mitte verorten 12% und bei den politisch Linken 2%⁵⁴.

Vertrauen in und Zufriedenheit mit politische(n) Institutionen und Demokratie

Es ist ferner anzunehmen, dass die Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder nicht, mit dem Vertrauen in politische Institutionen zusammenhängt; diese Annahme wird durch die Daten unserer Untersuchung bestätigt: Je geringer das Vertrauen der Münchnerinnen und Münchner in den Bundestag bzw. in die politischen Parteien allgemein ist, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen (*Abbildung 11*)⁵⁵. Bestätigt wird dieser Befund dadurch, dass das Vertrauen in politische Institutionen bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 2,6 aufweist⁵⁶, während die Wähler*innen auf dieser Skala im Mittel einen Wert von 2,8 haben, also ein statistisch signifikant höheres Vertrauen aufweisen.

⁵² Bestätigt wird dieser Befund auch hier dadurch, dass das durchschnittliche politische Interesse bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 6,0 aufweist, während die Wähler*innen auf dieser Skala im Mittel einen Wert von 7,3 haben, also in ihrem Interesse deutlich darüber liegen.

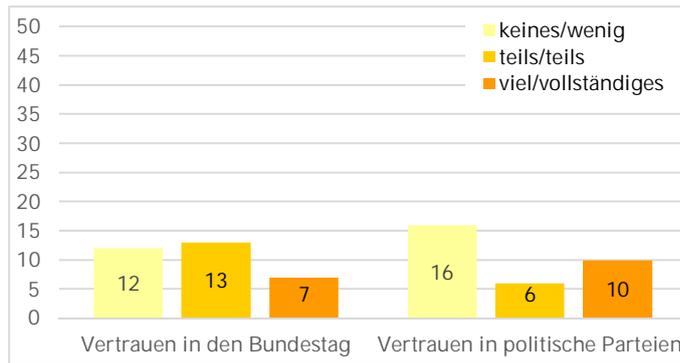
⁵³ Auch im vorliegenden Fall wird die 11-stufige Ratingskala (Werte 0 = ganz links bis 10 = ganz rechts) für die Analyse zu drei Ausprägungen zusammengefasst: Politische Linke (Werte 0 bis 2); Politische Mitte (Werte 3 bis 7) und Politische Rechte (Werte 8 bis 10). Dass sich die Befragten insgesamt eher der politischen Mitte zugehörig sehen, zeigt sich in der durchschnittlichen Zuordnung (Mittelwert = 4,8).

⁵⁴ Der Mittelwert der Nichtwähler*innen auf der politischen Skala liegt in diesem Fall bei 5,4 und unterscheidet sich damit statistisch höchst signifikant von demjenigen der Wähler*innen (4,7).

⁵⁵ Dieser Aspekt ist von besonderer Bedeutung, da man aus den bisherigen Studien zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in München weiß, dass insbesondere das verlorene Vertrauen in politische Institutionen auch abwertende Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Gruppen, wie etwa Muslimen, Geflüchteten, Langzeitarbeitslosen, Homosexuellen usw., in besonderem Maße beeinflusst (Fröhlich/Ganser/Köhler, 2016).

⁵⁶ Zum Bereich „Vertrauen in politische Institutionen“ wird ein Index gebildet, in den die drei Items „Vertrauen in den Bundestag“, „Vertrauen in die bisherige Bundesregierung“ und „Vertrauen in die politischen Parteien“ (fünfstufige Skala von 1 = keines/sehr wenig bis 5 = sehr viel/vollständiges) eingehen. Der Index erweist sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,85 als reliabel.

Abbildung 11: Nichtwähler*innen und Vertrauen in politische Institutionen



Es ist ebenfalls von der Annahme auszugehen, dass die Wahlentscheidung mit der Zufriedenheit mit der Arbeit dieser Institutionen zusammenhängt, zumal Vertrauen und Zufriedenheit jeweils höchst signifikant positiv korrelieren⁵⁷. Dies bestätigt unsere Untersuchung jedoch nicht. Die Wahlentscheidung hängt also hauptsächlich vom Vertrauen in die politischen Institutionen ab.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat zudem die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland: Je unzufriedener die Befragten sind, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen. Unter den Unzufriedenen liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 16%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die mit der Demokratie in Deutschland nur teilweise zufrieden sind 14% und bei den Zufriedenen 9%.

3.3.2 Nichtwähler*innen und politische Partizipation

In diesem Abschnitt geht es nun um die Klärung der Frage, welche Einstellungen zu bestimmten politischen Themen Wähler*innen und Nichtwähler*innen auszeichnen.

Politische Beteiligung und Desillusionierung

In diesem Zusammenhang spielen zunächst die Dimensionen der Demokratieentleerung eine Rolle. Nach Heitmeyer (2001) sind dies: Demokratieermäßigung (Wirtschaft: Effizienzorientierung und Lobbyismus), Demokratieaushöhlung (staatliche Überwachung, Kontrolle, Einschränkung von Bürgerrechten) und Demokratievernachlässigung (passive Zivilgesellschaft). In dieser Arbeit wurden die Merkmale Vertrauen in politische Institutionen (siehe oben) und politische Desillusionierung⁵⁸ operationalisiert. Unter denjenigen Befragten, die politisch in einem hohen Maße desillusioniert sind, liegt der Anteil der Nichtwähler*innen

⁵⁷ Vertrauen in und Zufriedenheit mit der Arbeit der jeweiligen Institution korrelieren jeweils höchst signifikant positiv (Bundestag: Kendal's tau = 0,712; politische Parteien: Kendal's tau = 0,604 und bisherige Bundesregierung: Kendal's tau = 0,768), das heißt: Je höher das Vertrauen in die jeweilige Institution, desto zufriedener sind die Befragten mit dieser Institution und umgekehrt.

⁵⁸ Zu diesem Bereich wird ein Index gebildet, in den die beiden Items „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ und „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ (fünfstufige Skala von 1=stimme gar nicht zu bis 5=stimme voll und ganz zu) eingehen. Der Index erweist sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,66 als reliabel.

bei 19%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die ein mittleres Ausmaß politischer Desillusionierung verspüren 10% und bei den kaum Desillusionierten 5%⁵⁹.

Bedeutung von Politik

Von Interesse ist für unsere Fragestellung, inwieweit sich Nichtwähler*innen und Wähler*innen in der Bedeutungszumessung von Politik als demokratischem Instrument unterscheiden. In dieser Arbeit wird die Bedeutungszumessung von Politik operationalisiert. Hierzu wurde vorab eine Faktorenanalyse⁶⁰ mit dem Ziel durchgeführt, die sechs zu diesem Bereich formulierten Aussagen auf wenige Dimensionen zu reduzieren. Das Ergebnis zeigt die Extraktion von einem Faktor bzw. einer Dimension⁶¹. Diese Dimension kann mit dem Etikett „Bedeutungszumessung von Politik“ versehen werden und besteht aus fünf der sechs abgefragten Variablen⁶². Unter denjenigen Befragten, die der Politik und Wahlen eine geringe Bedeutung beimessen, liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 50%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die eine mittlere Bedeutung angeben 30% und bei denen, die eine hohe Bedeutung in Politik und Wahlen sehen 9%⁶³.

Politische Information

Das Ausmaß der Information über Politik bzw. die verständliche Vermittlung von Politik steht ebenfalls in einem Zusammenhang damit, ob man sich dafür entschieden hat, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen oder nicht. In den Index, der dieses theoretische Kon-

⁵⁹ Bestätigt wird dieser Befund erneut dadurch, dass die der Wert des Desillusionierungsindex bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 3,3 aufweist, während die Wähler*innen im Mittel einen Wert von 2,6 angeben.

⁶⁰ Das Ziel der Faktorenanalyse ist die Datenreduktion, wobei eine relativ große Anzahl von Variablen auf eine kleinere Anzahl von sog. Faktoren reduziert wird, ohne dabei wesentlich an Information zu verlieren. Die Grundannahme ist, dass Variable, die miteinander korrelieren, auch partiell das gleiche darstellen, also eine grundlegende Dimension (= Faktor) darstellen. Da diese Faktoren im Gegensatz zu den Variablen unkorreliert sind, kann durch wenige Faktoren fast vollständig der Informationsgehalt einer Vielzahl von Variablen wiedergegeben werden. Die Faktorenanalyse ist also ein multivariates Verfahren der Datenanalyse, das aus einer Vielzahl von metrischen Variablen voneinander unabhängige Einflussfaktoren herauszukristallisieren versucht (Datenreduktion), die dann weiteren Analysen zu Grunde gelegt werden können; vgl. Wolff/Bacher, 2010.

⁶¹ KMO = 0,814. Fünf von sechs Einzelitems laden hoch auf einem Faktor und können damit einer Dimension zugeordnet werden.

⁶² In den Index gingen die Items „Es ist sehr wichtig, dass möglichst viele Bürger*innen wählen gehen“, „Sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen ist in der Demokratie die Pflicht jeder Bürgerin/Jedes Bürgers“, „Wählen zu können ist ein wichtiges Vorrecht“, Die Wähler*innen entscheiden mit ihrer Stimme darüber, welche Politik in Deutschland gemacht wird“ und „Was in der Politik passiert ist sehr wichtig“ (fünfstufige Skala von 1 = stimme gar nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu) eingegangen sind. Der Index erwies sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,73 als reliabel.

⁶³ Dieses Ergebnis bestätigt sich abermals dadurch, dass der Wert des Bedeutungsindex bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 4,0 aufweist, während die Wähler*innen im Mittel einen Wert von 4,5 angeben.

strukt misst, gingen vier Variablen ein⁶⁴. Unter den Untersuchungsteilnehmer*innen, die die Information über Politik als nicht ausreichend und unverständlich bezeichnen, liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 12%. Noch höher ist dieser Anteil in diesem Fall bei denjenigen, die hier eine ambivalente Beurteilung abgeben (15%), während er bei denen, die sich ausreichend und verständlich informiert fühlen bei 3% liegt⁶⁵.

Bürger*innenbeteiligung

Direkte Beteiligungsmodelle im politischen Bereich werden von unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung immer wieder gefordert (Bürklin/Klein 1998; Stock, 2013). Daher war auch die Bedeutung von Modellen direkter Demokratie für die Wahlentscheidung von Interesse. In den Index, der dieses theoretische Konstrukt misst, gingen nach vorheriger analytischer Überprüfung durch eine Faktorenanalyse drei Variablen ein⁶⁶. Von den Befragten, die direkter Demokratie eine große Bedeutung zuweisen, haben 10% nicht an der Wahl teilgenommen. Der Nichtwähler*innenanteil ist hier bei denjenigen noch höher, die der direkten politischen Beteiligung der Bürger*innen eine eher mittelmäßige Bedeutung zuweisen (16%), während er bei denjenigen, die ihr keine Bedeutung beimessen bei nur 2% liegt.

3.3.3 *Regressionsanalytische Überprüfung der Zusammenhänge*

Zur Überprüfung der Zusammenhänge für die Entscheidung Wahl oder Nichtwahl wurden logistische Regressionsmodelle berechnet. Das Ziel von Regressionsmodellen ist, den Einfluss mehrerer unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable (Wahl- oder Nichtwahl) zu schätzen (Best/Wolf, 2010)⁶⁷. Die Ergebnisse der Regression sind in *Tabelle 6* angegeben. Wir untersuchen dabei zunächst den Einfluss von demografischen Merkmalen (Modell 1) und nehmen dann jeweils die wichtigen erklärenden Merkmale bzw. Variablen in das Grundmodell auf und erweitern es entsprechend. Modell 2 berücksichtigt zusätzlich die

⁶⁴ „Ich fühle mich von der Politik ausreichend informiert“, „Die Medien berichten in ausreichendem Maße über Politik“, „Man kann immer gut verstehen, was die Politiker*innen meinen“ und „Man kann immer gut verstehen, was die Medien über Politik berichten“ (fünfstufige Skala von 1 = stimme gar nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu). Der Index erweist sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,77 als reliabel.

⁶⁵ Dieses Ergebnis bestätigt sich neuerlich dadurch, dass der Wert des Bedeutungsindex bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 2,7 aufweist, während die Wähler*innen im Mittel einen Wert von 3,0 angeben.

⁶⁶ „Bürger*innenentscheide sind ein gutes Mittel, um wichtige politische Fragen zu entscheiden“, „Über Wahlen hinaus sollten die Bürger*innen an möglichst vielen politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden“ und „Verbindliche Entscheidungen für alle sollten nur gewählte Volksvertreter*innen treffen“ (fünfstufige Skala von 1 = stimme gar nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu; wobei das letzte Item entsprechend umcodiert wurde). Der Index erweist sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,71 als reliabel.

⁶⁷ Multivariate Regressionsanalysen zeigen, in welchem Ausmaß sich Zuschreibungen für die untersuchten Merkmale der Befragten im Mittel unterscheiden, wenn alle anderen Merkmale konstant gehalten werden. Gegenüber einer einfachen bivariaten Darstellung bieten Regressionsanalysen zum einen den Vorteil, dass gruppenspezifische Unterschiede bei statistischer Kontrolle der anderen Einflüsse auf statistische Signifikanz getestet werden. Zum zweiten sind Regressionskoeffizienten um den Einfluss anderer struktureller Merkmale statistisch bereinigt und können daher als genuiner Effekt des jeweiligen Merkmals interpretiert werden.

sozio-ökonomischen Merkmale. In Modell 3 gehen weitere wichtige strukturelle Eigenschaften der Befragten ein. Die Variablen der langfristigen politischen Einstellungskonstellationen (politische Weltsicht) werden in Modell 4 integriert, bevor in Modell 5 schließlich die erklärenden Variablen der kurzfristigen politischen Einstellungen aufgenommen werden und damit das Gesamtmodell betrachtet wird, das alle Determinanten der individuellen Wahlentscheidung umfasst⁶⁸. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist (wie bei den bivariaten Statistiken im vorherigen Kapitel) zu beachten, dass signifikante Werte kein „Beweis“ für einen kausalen Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängiger Variable sind. Dies liegt daran, dass bei der Messung von Merkmalen, die die Wahlbeteiligung positiv oder negativ beeinflussen, immer die Gefahr besteht, relevante Aspekte nicht zu erfassen (Problem „unbeobachtbarer“ Einflussgrößen). Zwar geben die bisherigen Forschungsergebnisse bzw. Erklärungsansätze wichtige Hinweise darauf, welche Merkmale erfasst werden sollten, aber da es sich dabei oft um nicht direkt messbare Größen handelt, wie zum Beispiel subjektive Wahrnehmungen, besteht die Unsicherheit, ob tatsächlich genau das Beabsichtigte gemessen wird. Ein weiterer Aspekt ist das Problem sozialer Erwünschtheit⁶⁹.

3.3.3.1 Operationalisierung der erklärenden Variablen

Vor der Darstellung der Ergebnisse sind noch einige Hinweise zur Operationalisierung der erklärenden Variablen notwendig. Dazu haben wir die unabhängigen Variablen der Regressionsmodelle mit ihrem jeweiligen Wertebereich bzw. ihren jeweiligen Ausprägungen in der nachfolgenden *Tabelle 5* zusammengestellt.

⁶⁸ Koeffizientenvergleiche zwischen verschiedenen logistischen Modellen sind jedoch nicht unproblematisch, da hier die Regressionskoeffizienten mit der unbeobachteten Heterogenität konfundiert sind, und zwar selbst dann, wenn die im Modell nicht berücksichtigten unabhängigen Variablen mit den im Modell enthaltenen unabhängigen Variablen nicht korreliert sind. Unter anderem deshalb kann man die logarithmierten Odds ebenso wie die Odds Ratios nicht direkt als Effektmaß interpretieren. Ferner kann man sie nicht zwischen Modellen mit unterschiedlichen unabhängigen Variablen innerhalb einer Stichprobe vergleichen. Eine geeignete Lösung, um dennoch Koeffizienten zu erhalten, die vergleichbar sind, ist die Berechnung durchschnittlicher marginaler Effekte (Average Marginal Effects - AME). Diese weisen den durchschnittlichen Effekt einer unabhängigen Variablen auf die Wahrscheinlichkeit, dass die abhängige Variable den Wert 1 annimmt, aus. Genauer gesagt gibt der durchschnittliche marginale Effekt an, um wie viel Prozentpunkte sich die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses im Mittel aller Beobachtungen verändert, wenn sich die unabhängige Variable um eine Einheit erhöht (Auspurg/Hinz, 2011: 62ff.; Behnke, 2015: 87ff.; Kohler/Kreuter, 2012: 344f.; Mood, 2010). In der vorliegenden Studie wurden für die Regressionsmodelle deshalb durchschnittliche marginale Effekte berechnet, um diesem Problem Rechnung zu tragen.

⁶⁹ Soziale Erwünschtheit liegt vor, wenn Befragte Antworten geben, von denen sie glauben, dass sie eher auf Zustimmung treffen, als die individuell korrekte Antwort.

Tabelle 5: Messung der unabhängigen Variablen

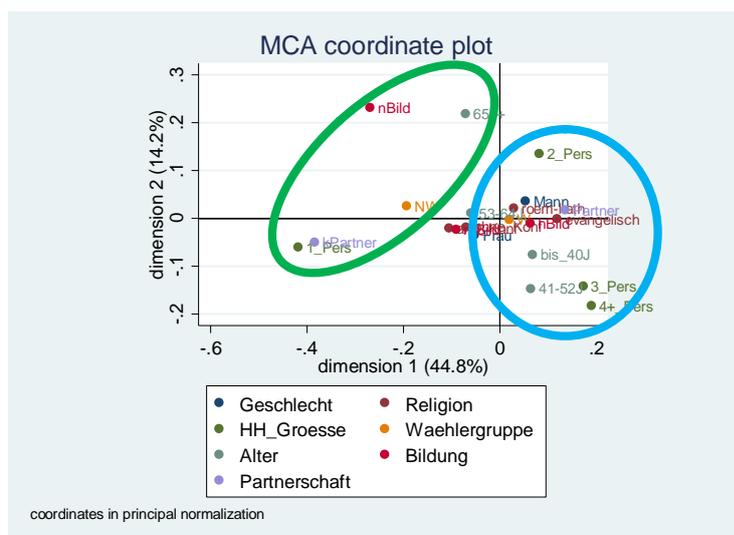
Unabhängige Variable	Wertebereich/Ausprägungen
Demografische Merkmale	
Geschlecht (Dummyvariable)	„männlich“ (= Referenzkategorie (RK)), „weiblich“
Bildung (Dummyvariable)	Der Bildungsstand wurde aus den Angaben zu den allgemein bildenden Schulabschlüssen sowie den beruflichen Ausbildungsabschlüssen gemäß der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (International Standard Classification of Education – ISCE97) zusammengefasst. „hohe Bildung“ (= RK), „mittlere Bildung“, „niedrige Bildung“
Alter in Jahren und Alter in Jahren quadriert	Um den u-förmigen Zusammenhang zwischen Alter und Wahlentscheidung zu modellieren muss neben dem Alter zusätzlich das quadrierte Alter mit berücksichtigt werden.
Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft (Dummyvariable)	„evangelisch“ (= RK), „konfessionslos“, „römisch-katholisch“, „andere Konfession“
Partnerschaft (Dummyvariable)	„ohne Partner*in“ (= RK), „mit Partner*in“
Single-Haushalt (Dummyvariable)	„kein Single-Haushalt“ (= RK), „Single-Haushalt“
Sozio-ökonomische Merkmale	
Berufliche Stellung (Dummyvariable)	Die derzeitige berufliche Stellung wurde zu folgenden Kategorien zusammengefasst: „Einfache Tätigkeit“ (Ungelernte bzw. Angelernte, Angestellte mit einfacher Tätigkeit und Beamte im einfachen Dienst), „Mittlere Tätigkeit“ (Gelernte Arbeiter*in, Angestellte, die schwierigere Aufgaben selbstständig erledigen und Beamte im mittleren Dienst), „Gehobene Tätigkeit“ (Meister*in usw., Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Beamte im gehobenen/höheren Dienst). Zudem wurden Selbstständige und Freiberufler*innen zu einer Kategorie zusammengefasst. Die Kategorie „In Ausbildung“ wurde unverändert beibehalten und Rentner*innen und Hausfrauen/-männer wurden in die Kategorie „Nicht erwerbstätig“ integriert. „gehobene Tätigkeit“ (= RK), „einfache Tätigkeit“, „mittlere Tätigkeit“, „freiberufliche Tätigkeit“, „in Ausbildung“, „nicht erwerbstätig“
Einkommen (Dummyvariable)	Der Analyse zugrunde liegt das Pro-Kopf-Einkommen = Haushaltsnettoeinkommen geteilt durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder und nicht das Nettoäquivalenzeinkommen, da in der Befragung lediglich die Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und nicht unter 15 Jahren erhoben wurden. In der Analyse werden, um Ergebnisverzerrungen zu vermeiden, nur Haushaltseinkommen bis 15.000 €/Monat berücksichtigt, da es sich bei höheren Angaben eventuell um Fehlangaben handelt und möglicherweise das Jahreseinkommen berichtet wurde. Dadurch werden 16 Angaben aus der Berechnung ausgeschlossen. Zudem wurde das Pro-Kopf-Einkommen in Quartile gesplittet. „oberes Einkommensquartil“ (= RK), „unteres Einkommensquartil“, „2. Einkommensquartil“, „3. Einkommensquartil“

Weitere strukturelle Merkmale	
Lebenszufriedenheit	0 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“
Individuelle Deprivation (Dummyvariable)	Die Einschätzung der derzeitigen finanziellen Lage wurde zu drei Kategorien zusammengefasst: „sehr“ und „eher schlecht“ (hohe individuelle Deprivation); „teils/teils“ (mittlere individuelle Deprivation) sowie „eher“ und „sehr gut“ (geringe individuelle Deprivation) „geringe individuelle Deprivation“ (= RK), „mittlere individuelle Deprivation“, „hohe individuelle Deprivation“
Ökonomische Zukunftsperspektive (Dummyvariable)	Die Einschätzung der zukünftigen finanziellen Lage wurde dabei zu drei Kategorien zusammengefasst: „bessere Aussichten“ (= RK), „gleichbleibende Aussichten“, „schlechtere Aussichten“
Langfristige politische Einstellungskonstrukte (Politische Weltsicht)	
Politisches Interesse	0 „überhaupt kein Interesse“ bis 10 „sehr großes Interesse“
Politische Orientierung	0 „ganz links“ bis 10 „ganz rechts“
Vertrauen in politische Institutionen	Index aus den drei Items „Vertrauen in den Bundestag“, „Vertrauen in die bisherige Bundesregierung“ und „Vertrauen in die politischen Parteien“. 1 „keines/sehr wenig Vertrauen“ bis 5 „sehr viel/vollständiges Vertrauen“
Demokratiezufriedenheit (Dummyvariable)	Die Einschätzung der Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert wurde zu drei Kategorien zusammengefasst: „zufrieden“ (= RK), „teils/teils“, „unzufrieden“
Kurzfristige politische Einstellungsmuster	
Politische Desillusionierung	Index aus den beiden Items „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ und „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. 1 „keine politische Desillusionierung“ bis 5 „große politische Desillusionierung“
Bedeutung von Politik	Index aus den fünf Items „Es ist sehr wichtig, dass möglichst viele Bürger*innen wählen gehen“, „Sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen ist in der Demokratie die Pflicht jeder Bürgerin/jedes Bürgers“, „Wählen zu können ist ein wichtiges Vorrecht“, Die Wähler*innen entscheiden mit ihrer Stimme darüber, welche Politik in Deutschland gemacht wird“ und „Was in der Politik passiert ist sehr wichtig“. 1 „keine Bedeutung“ bis 5 „große Bedeutung“
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung	Index aus den drei Items „Bürger*innenentscheide sind ein gutes Mittel, um wichtige politische Fragen zu entscheiden“, „Über Wahlen hinaus sollten die Bürger*innen an möglichst vielen politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden“ und „Verbindliche Entscheidungen für alle sollten nur gewählte Volksvertreter*innen treffen“, wobei das letzte Item entsprechend umcodiert wurde 1 „keine Bedeutung“ bis 5 „große Bedeutung“
Ausreichende und verständliche Information zum politischen Geschehen	Index aus den vier Items „Ich fühle mich von der Politik ausreichend informiert“, „Die Medien berichten in ausreichendem Maße über Politik“, „Man kann immer gut verstehen, was die Politiker*innen meinen“ und „Man kann immer gut verstehen, was die Medien über Politik berichten“ 1 „nicht ausreichende und unverständliche Information bis 5 „ausreichende und verständliche Information“

3.3.3.2 Nichtwähler*innen und demografische Merkmale

Wie die bivariate Analyse ergab, sind Zusammenhänge des politischen Verhaltens (Wahl bzw. Nichtwahl) mit bestimmten demografischen Merkmalen der Befragten zu beobachten. Dies bestätigt bekannte Forschungsergebnisse (forsa, 2013; Güllner, 2013; Neu, 2012; Petersen et al., 2013; Schäfer 2013, 2015; Schäfer/Vehrkamp/Gagné, 2013). Zunächst soll untersucht werden, ob Nichtwähler*innen und Wähler*innen charakteristische demografische Merkmale aufweisen. Dazu wurde zunächst eine multiple Korrespondenzanalyse durchgeführt, die dazu dient, soziale Gruppen mit ihren spezifischen (also ähnlichen) Merkmalen zu rekonstruieren⁷⁰. Wie *Abbildung 12* zeigt, gehen die Ausprägungen der Analyseeinheit „Wählergruppe“ mit unterschiedlichen Bündeln von demografischen Variablen einher. Nichtwähler*innen liegen näher an den Merkmalen niedrige Bildung, über 64-Jährige, keine Partnerschaft und Single-Haushalte (grüne Umrandung)⁷¹. Um die Wähler*innen konzentriert sich hingegen ein Großteil der restlichen Eigenschaften (blaue Umrandung).

Abbildung 12: Demografische Merkmale der (Nicht-)Wähler*innen (Multiple Korrespondenzanalyse)⁷²



⁷⁰ Zweck dieser Analyse, die auch Homogenitätsanalyse genannt wird, ist es, Quantifizierungen zu finden, die optimal in dem Sinne sind, dass die Kategorien so weit wie möglich voneinander getrennt sind. Objekte innerhalb derselben Kategorie sollten also eng beieinander und solche in unterschiedlichen Kategorien möglichst weit entfernt voneinander dargestellt werden. Die Analyse fällt am erfolgreichsten aus, wenn sie die jeweiligen Objekte in Klumpen mit der gleichen Kategorie (oder ähnlichen Kategorien) aufteilen (Meulman/Heiser, 2011: 222ff.; StataCorp, 2011). Zu berücksichtigen ist, dass die Korrespondenzanalyse lediglich ein exploratives (abbildendes) Verfahren darstellt, das dazu beitragen soll, bestimmte strukturelle Aspekte aufzudecken und darzustellen.

⁷¹ Dies deckt sich im Ansatz mit den Erkenntnissen aus der bivariaten Zusammenhanganalyse.

⁷² Das Achsenkreuz konzentriert die Variablenausprägungen, die in vielen Fällen vorkommen: Je näher die verschiedenen Merkmale beieinanderstehen, desto häufiger kommen sie bei den einzelnen Befragten vor.

Um den Einfluss der demografischen Merkmale auf die Wahlentscheidung (Wahl oder Nichtwahl) überprüfen zu können, bietet sich - wie oben angeführt - ein logistisches Regressionsmodell an (*Tabelle 6*). Die abhängige Variable nimmt den Wert eins an, wenn die Befragten bei der Bundestagswahl nicht gewählt haben und im anderen Fall (Wähler*innen) den Wert null. Im Modell 1 werden die Effekte der demografischen Merkmale überprüft. Es zeigt sich, dass lediglich das Alter und die Konfession einen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit haben, nicht wählen zu gehen. Mit jedem weiteren Lebensalter sinkt z.B. die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen um knapp einen Prozentpunkt. Hier ist jedoch ein quadratischer Alterseffekt zu beachten, das heißt, die Wahrscheinlichkeit Nichtwähler*in zu sein nimmt zunächst bis zu einem bestimmten Alter ab, bevor sie dann mit steigendem Alter wieder anwächst. Zudem ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahl zu gehen bei Menschen römisch-katholischen Glaubens zehn Prozentpunkte höher als bei evangelischen Befragten⁷³. Dieses Ergebnis bestätigt zum Teil einen Befund von Schäfer (2015: 108), der den Schluss zieht, dass rein soziodemografische Merkmale nur eine relativ geringe Rolle für das Wahlverhalten spielen.

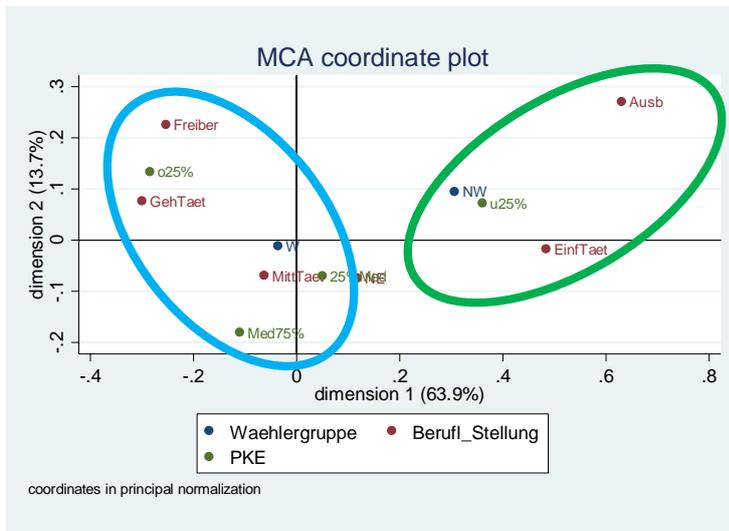
3.3.3.3 Nichtwähler*innen und sozio-ökonomische Merkmale

Die bivariaten Analysen zeigen ebenfalls Zusammenhänge mit sozio-ökonomischen Merkmalen der Befragten und bestätigen damit teilweise ebenfalls Ergebnisse anderer Untersuchungen (Elff/Roßteutscher, 2016; forsa, 2013; Güllner, 2013; Schäfer/Schwandner/Manow, 2016). Die multiple Korrespondenzanalyse weist hier darauf hin, dass Nichtwähler*innen näher an den Merkmalen „einfache Tätigkeit“ und „unteres Einkommensquartil“ liegen (*Abbildung 13*)⁷⁴.

⁷³ Entsprechend ist diese Wahrscheinlichkeit bei Konfessionslosen 8,4 Prozentpunkte höher als bei Personen, die evangelischen Religionsgemeinschaften angehören.

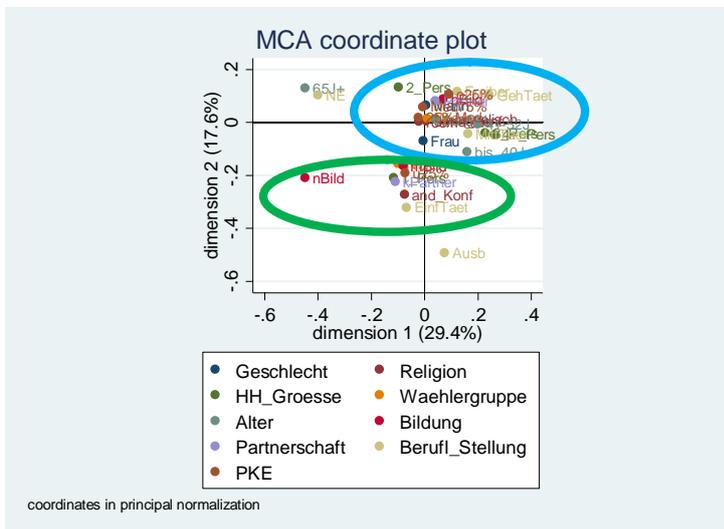
⁷⁴ Auch dies deckt sich ansatzweise mit den Ergebnissen aus der bivariaten Zusammenhangsanalyse.

Abbildung 13: Sozio-ökonomische Merkmale der (Nicht-)Wähler*innen (Multiple Korrespondenzanalyse)



Eine Gesamtanalyse der demografischen und sozio-ökonomischen Merkmale zeigt in der multiplen Korrespondenzanalyse eine relative Nähe der Nichtwähler*innen zu niedriger und mittlerer Bildung, Single-Haushalten, keiner Partnerschaft, einfachen Tätigkeiten und dem unteren Einkommensquartil.

Abbildung 14: Demografische und sozio-ökonomische Merkmale der (Nicht-)Wähler*innen (Multiple Korrespondenzanalyse)



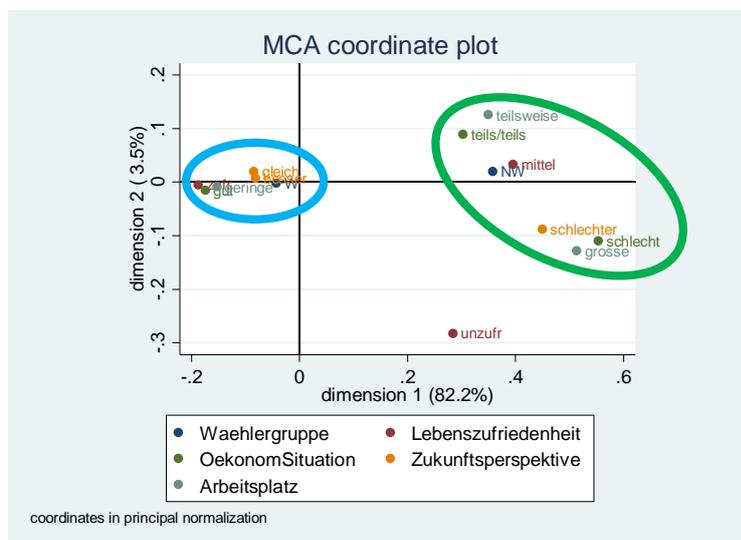
Nimmt man die sozio-ökonomischen Merkmale der Befragten (Art der Tätigkeit und Einkommen) mit in das Regressionsmodell auf, so zeigt Modell 2 (Tabelle 6), dass die von Schäfer (2015: 108) behauptete Rolle des Einkommens sich in unserer Untersuchung an dieser Stelle nicht bestätigt. Es ist vielmehr so, dass von sozio-ökonomischen Merkmalen kein signifikanter Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit Nichtwähler*in zu sein ausgeht. Durch die Hinzunahme der sozio-ökonomischen Merkmale auf Individualebene verliert der

positive Zusammenhang mit dem Alter seine Signifikanz. Dagegen bleiben die konfessionsbedingten Einflüsse erhalten und der Effekt der Single-Haushalte wird signifikant. So ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahl zu gehen bei Menschen römisch-katholischen Glaubens 9,9 Prozentpunkte höher als bei evangelischen Befragten⁷⁵. Single-Haushalte haben eine 10,1 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit Nichtwähler*innen zu sein als alle anderen Haushalte.

3.3.3.4 Nichtwähler*innen und weitere strukturelle Merkmale

Wahlentscheidungen werden häufig von weiteren für die Individuen essentiellen Merkmalen mitbestimmt. Hierzu gehören vor allem die allgemeine Lebenszufriedenheit als Maß für die kognitive Bewertung des eigenen Wohlbefindens (Pinquart/Sörensen, 2000), die relative individuelle Deprivation (gemessen über die finanzielle Situation) sowie die subjektiv wahrgenommenen Zukunftsperspektiven. Die multiple Korrespondenzanalyse weist hier darauf hin, dass Nichtwähler*innen näher an den Merkmalen einer „mittleren individuellen Deprivation“ und „mittleren Lebenszufriedenheit“ sowie einer nur teilweise positiven bis schlechten Zukunftsperspektive liegen (Abbildung 15).

Abbildung 15: Weitere strukturelle Merkmale der (Nicht-)Wähler*innen (Multiple Korrespondenzanalyse)



Integriert man diese Merkmale in das Regressionsmodell, so zeigt Modell 3 (Tabelle 6), dass durch deren Aufnahme der positive Zusammenhang mit dem Alter wieder signifikant wird. Darüber hinaus bleiben die konfessionsbedingten Einflüsse robust und der Effekt der Single-Haushalte ist nun neuerlich nicht statistisch signifikant. Die sozio-ökonomischen Merkmale üben weiterhin keine signifikanten Einflüsse auf die Wahlentscheidung aus. Dagegen wirkt die allgemeine Lebenszufriedenheit höchst signifikant auf die Entscheidung,

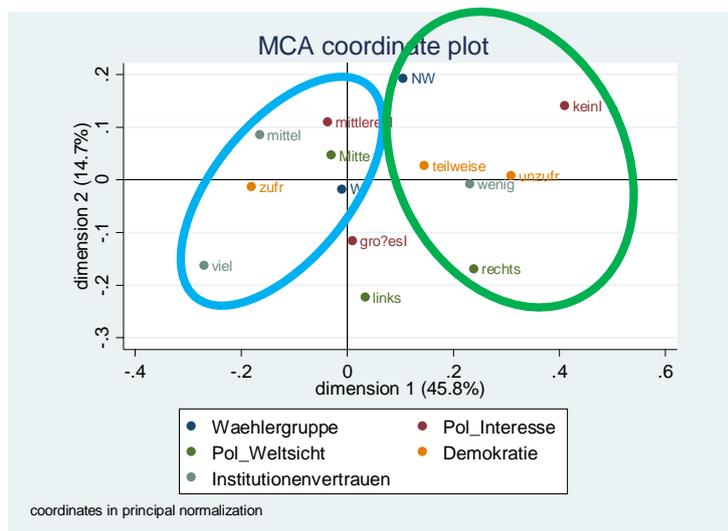
⁷⁵ Entsprechend ist diese Wahrscheinlichkeit bei Konfessionslosen 8,4 Prozentpunkte höher als bei Personen, die evangelischen Religionsgemeinschaften angehören.

zur Wahl zu gehen oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahl zu gehen sinkt mit jedem weiteren Punkt auf der Lebenszufriedenheits-Skala um 1,9 Prozentpunkte.

3.3.3.5 Nichtwähler*innen und langfristige politische Einstellungskonstrukte

Der vierte, für Wahlentscheidungen bestimmende Einflussbereich, ist in langfristigen Einstellungskonstellationen (politische Weltsicht) zu finden. Hierzu gehören die eigene politische Verortung innerhalb des Links-Rechts-Schemas, die Demokratiezufriedenheit, das Vertrauen in politische Institutionen sowie das eigene politische Interesse. Die multiple Korrespondenzanalyse weist hier darauf hin, dass Nichtwähler*innen mehr oder weniger nahe an den Merkmalen einer rechten politischen Gesinnung, einer Unzufriedenheit mit der Demokratie, einem geringen Vertrauen in politische Institutionen sowie einem geringen politischen Interesse liegen (Abbildung 16).

Abbildung 16: (Nicht-)Wähler*innen und langfristig (stabile) Einstellungskonstrukte (Multiple Korrespondenzanalyse)



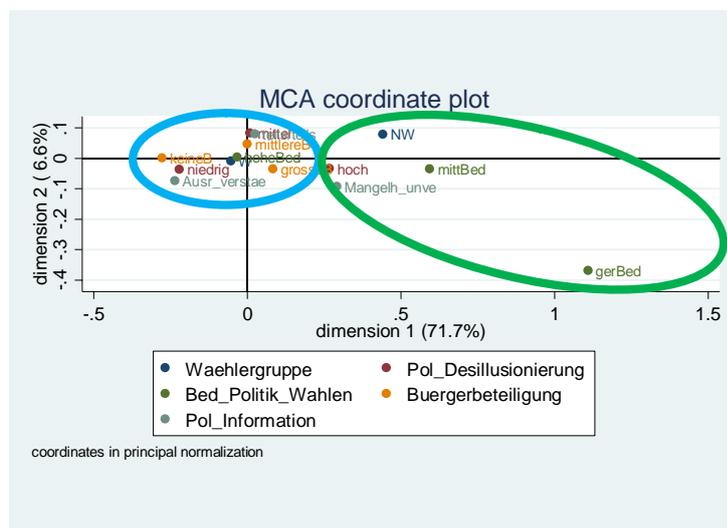
Nimmt man diese erklärenden Variablen zusätzlich in das Regressionsmodell auf, so verliert der positive Zusammenhang mit dem Alter seine Signifikanz. Dagegen bleiben die konfessionsbedingten Einflüsse auch in diesem Modell robust. Zusätzlich wird der Effekt des Pro-Kopf-Einkommens (2. Einkommensquartil) signifikant und die allgemeine Lebenszufriedenheit wirkt weiterhin hoch signifikant auf die Entscheidung ein, zur Wahl zu gehen oder nicht. Schließlich tragen mit Ausnahme des Vertrauens in politische Institutionen alle Variablen aus dem Bereich der langfristigen Einstellungskonstrukte signifikant zur Erklärung der Wahlentscheidung bei (Tabelle 6; Modell 4). In dem um die langfristigen Einstellungskonstrukte erweiterten Modell ist die Wahrscheinlichkeit Nichtwähler*in zu sein bei römisch-katholischen Befragten 15 Prozentpunkte höher als bei evangelischen Untersu-

chungsteilnehmer*innen⁷⁶. Der Effekt der Lebenszufriedenheit bleibt ebenfalls hoch signifikant und robust⁷⁷. Die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen, sinkt zudem mit jedem zusätzlichen Punkt auf der Skala des politischen Interesses um 2,6 Prozentpunkte und steigt mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 1,8 Prozentpunkte. Sind die befragten Personen mit der Demokratie unzufrieden, so weisen sie eine um 9,6 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, nicht wählen zu gehen, als Münchnerinnen und Münchner, die damit zufrieden sind.

3.3.3.6 Nichtwähler*innen und kurzfristige politische Einstellungen

Ein letzter für Wahlentscheidungen wichtiger Einflussbereich, der in unserer Untersuchung Gegenstand ist, sind kurzfristige politische Einstellungen. Hierzu gehören die politische Desillusionierung, die Bedeutung von Politik und Wahlen, die Bewertung von direkter Demokratie (Bürger*innenbeteiligung) sowie die politische Information. Die multiple Korrespondenzanalyse weist hier darauf hin, dass Nichtwähler*innen mehr oder weniger nahe an den Merkmalen einer „hohen politischen Desillusionierung“, einer „mittleren bis geringen Bedeutung von Politik und Wahlen“ sowie einer Einschätzung der Information zum politischen Geschehen als nicht ausreichend und unverständlich liegen (Abbildung 17).

Abbildung 17: (Nicht-)Wähler*innen und Einstellungen zur politischen Partizipation (Multiple Korrespondenzanalyse)



Integriert man schließlich die kurzfristigen politischen Einstellungen der Befragten in die Regression und kontrolliert damit die jeweiligen erklärenden Variablen aus den fünf Einflussbereichen in einem Gesamtmodell (Tabelle 6; Modell 5) erweisen sich lediglich einzelne demografische (Konfession), sozio-ökonomische (Pro-Kopf-Einkommen) und weitere

⁷⁶ Entsprechend ist diese Wahrscheinlichkeit bei Konfessionslosen 12,7 Prozentpunkte höher als bei Personen, die evangelischen Religionsgemeinschaften angehören.

⁷⁷ Die Wahrscheinlichkeit, nicht zur Wahl zu gehen, sinkt mit jedem Punkt mehr auf der Lebenszufriedenheits-Skala um 1,9 Prozentpunkte.

strukturelle Merkmale (Lebenszufriedenheit) sowie langfristige Einstellungsmuster der politischen Weltsicht (Interesse, Verortung, Vertrauensverlust und Demokratiezufriedenheit) und kurzfristige Einstellungen der politischen Partizipation (Desillusionierung und Information über politisches Geschehen) als signifikant für die Erklärung des Wahlverhaltens.

Dabei bleibt insbesondere der Konfessionseffekt über alle Modelle hinweg signifikant. Ähnliches gilt für die Lebenszufriedenheit (Modelle 3 bis 5) sowie das politische Interesse, die politische Einstellung und die Demokratiezufriedenheit (Modelle 4 und 5). Im Gesamtmodell ist beispielweise die Wahrscheinlichkeit der konfessionslosen Befragten, nicht zur Wahl zu gehen elf Prozentpunkte und diejenige von Katholiken um 14,1 Prozentpunkte höher als bei Angehörigen evangelischer Religionsgemeinschaften. Die Wahrscheinlichkeit, nicht zur Wahl zu gehen, sinkt mit jedem Punkt mehr Lebenszufriedenheit auf der 11-stufigen Skala um zwei Prozentpunkte. Sie sinkt zudem mit jedem zusätzlichen Punkt des politischen Interesses um 2,3 Prozentpunkte und steigt mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 1,6 Prozentpunkte. Sind die befragten Personen mit der Demokratie unzufrieden, so weisen sie eine um 11,3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, nicht wählen zu gehen, als Münchnerinnen und Münchner, die damit zufrieden sind. Darüber hinaus steigt die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der Nichtwähler*innen zu gehören, mit jedem Punkt, mit dem das Vertrauen in die politischen Institutionen abnimmt, um sechs Prozentpunkte. Schließlich und letztlich hat die Einschätzung der politischen Information einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen oder nicht. Steigt die Einschätzung der Information (Ausführlichkeit und Verständlichkeit) um einen Punkt, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen, um 3,7 Prozentpunkte.

Die Nichtwähler*innen sind also katholisch oder konfessionslos, verfügen über relativ niedrige Einkommen, sind mit ihrem Leben alles in allem unzufriedener, politisch wenig interessiert und mit der Demokratie unzufrieden. Sie verorten sich politisch eher rechts, haben wenig Vertrauen in die politischen Institutionen und fühlen sich nicht ausreichend sowie nicht verständlich über das politische Geschehen informiert.

Tabelle 6: Determinanten der individuellen Wahlentscheidung
(logistische Regression; 1= Nichtwähler*innen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Demografische Merkmale					
Geschlecht (1=weiblich)	- 0,008 (0,018)	- 0,012 (0,021)	- 0,007 (0,021)	- 0,011 (0,022)	0,006 (0,025)
Niedrige Bildung (RK = hohe Bildung)	0,073 (0,052)	0,056 (0,058)	0,082 (0,064)	0,062 (0,063)	0,048 (0,048)
Mittlere Bildung (RK = hohe Bildung)	0,042 (0,024)	0,042 (0,025)	0,043 (0,025)	0,013 (0,024)	- 0,026 (0,024)
Alter (in Jahren)	- 0,008 (0,003) *	- 0,006 (0,004)	- 0,009 (0,004) *	- 0,006 (0,005)	- 0,005 (0,005)
Alter quadriert	0,001 (0,000) **	0,000 (0,000)	0,001 (0,000) *	0,000 (0,000)	0,000 (0,000)
Konfessionslos (RK = Evangelisch)	0,084 (0,039) *	0,084 (0,038) *	0,078 (0,037) *	0,127 (0,051) *	0,110 (0,056) *
Römisch-katholisch (RK = Evangelisch)	0,100 (0,040) *	0,099 (0,041) *	0,104 (0,040) **	0,150 (0,052) **	0,141 (0,050) **
Andere Konfession (RK = Evangelisch)	0,122 (0,149)	0,172 (0,162)	0,150 (0,149)	0,258 (0,183)	0,251 (0,183)
Partnerschaft (1=mit Partner*in)	0,025 (0,034)	0,042 (0,031)	0,034 (0,033)	0,004 (0,035)	- 0,028 (0,044)
Haushaltsgröße (1=Ein-Personen-Haushalt)	0,088 (0,053)	0,101 (0,051) *	0,083 (0,050)	0,033 (0,041)	- 0,005 (0,042)
Sozio-ökonomische Merkmale					
Einfache Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)		- 0,019 (0,048)	- 0,026 (0,046)	0,001 (0,061)	0,009 (0,057)
Mittlere Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)		0,013 (0,033)	0,001 (0,031)	- 0,009 (0,033)	- 0,001 (0,032)
Freiberufliche Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)		- 0,025 (0,042)	- 0,016 (0,044)	0,000 (0,051)	0,007 (0,052)
In Ausbildung (RK = gehobene Tätigkeit)		0,010 (0,055)	0,000 (0,052)	0,060 (0,077)	0,083 (0,109)
Nicht Erwerbstätig (RK = gehobene Tätigkeit)		- 0,036 (0,040)	- 0,034 (0,042)	- 0,020 (0,042)	- 0,038 (0,039)
Unteres Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)		0,030 (0,034)	- 0,001 (0,035)	- 0,023 (0,034)	- 0,023 (0,031)
2. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)		- 0,027 (0,029)	- 0,041 (0,030)	- 0,056 (0,027) *	- 0,067 (0,029) *
3. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)		- 0,044 (0,025)	- 0,048 (0,025)	- 0,046 (0,027)	- 0,036 (0,028)

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Weitere strukturelle Merkmale					
Lebenszufriedenheit			- 0,023 (0,006) ***	- 0,019 (0,006) **	- 0,020 (0,006) **
Hohe individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)			- 0,039 (0,029)	- 0,055 (0,026) *	- 0,052 (0,035)
Mittlere individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)			- 0,017 (0,026)	- 0,011 (0,027)	0,011 (0,032)
Schlechte Zukunftsaussichten (RK = bessere)			0,032 (0,049)	- 0,009 (0,040)	- 0,075 (0,028) **
Gleichbleibende Zukunftsaussichten (RK = bessere)			0,036 (0,032)	0,027 (0,030)	- 0,002 (0,034)
Politische Weltsicht					
Politisches Interesse				- 0,026 (0,006) ***	- 0,023 (0,007) ***
Politische Einstellung				0,018 (0,006) **	0,016 (0,007) *
Vertrauen in politische Institutionen				0,010 (0,014)	0,073 (0,022) **
Unzufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)				0,096 (0,036) **	0,113 (0,042) **
Teilweise zufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)				0,054 (0,031)	0,039 (0,028)
Kurzfristige politische Einstellungen					
Politische Desillusionierung					0,060 (0,015) ***
Bedeutung von Politik					- 0,042 (0,023)
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung					- 0,016 (0,018)
Politische Information					- 0,037 (0,017) *
Pseudo Loglikelihood	- 230,392	- 204,735	- 192,156	- 162,080	- 126,820
Pseudo R ²	0,060	0,068	0,107	0,180	0,283
N	807	710	683	625	553

Anmerkung: Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (AMEs) und robuste Standardfehler (in Klammern); * = $p < 0,05$ ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

3.4 (Nicht-)Wähler*innen und deren Einstellungen zu stadtspezifischen Themen

In diesem Abschnitt steht die Frage im Mittelpunkt, ob sich Wähler*innen und Nichtwähler*innen hinsichtlich ihrer Einstellungen zu bestimmten stadtspezifischen Themen unterscheiden.

3.4.1 *Interesse an der Münchner Kommunalpolitik*

Wie bereits eingangs berichtet bezeichnen sich weit mehr als ein Drittel der Befragten selbst als (sehr) interessiert an der Münchner Kommunalpolitik (36%)⁷⁸. Dass neben dem politischen Interesse insgesamt auch das Interesse an der Münchner Kommunalpolitik mit der Wahlentscheidung zusammenhängt bestätigt unsere Untersuchung ebenfalls: Je uninteressierter die Befragten an der Münchner Kommunalpolitik insgesamt sind, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen. Unter den kommunalpolitisch Uninteressierten liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 19%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die ihr entsprechendes Interesse als mittel beschreiben 13% und bei den Interessierten 6%⁷⁹.

3.4.2 *Information über die Münchner Kommunalpolitik*

Das Ausmaß der Information über das politische Geschehen in München bzw. die verständliche Vermittlung über dieses Geschehen stehen ebenfalls in einem Zusammenhang mit der Entscheidung für oder gegen eine Beteiligung an der Bundestagswahl. In den Index, der dieses theoretische Konstrukt auf kommunalpolitischer Ebene misst, gingen vier Variablen ein⁸⁰. Unter den Untersuchungsteilnehmer*innen, die die Information über die Münchner Kommunalpolitik als nicht ausreichend und unverständlich bezeichnen, liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 17%. Im Vergleich dazu beträgt er bei Befragten mit ambivalenter

⁷⁸ Anteil der (sehr) Interessierten (Werte 8 bis 10) basierend auf einer 11-stufigen Ratingskala (Werte 0 = überhaupt kein Interesse bis 10 = sehr großes Interesse). Das hohe Interesse zeigt sich auch in diesem Fall in der durchschnittlichen Beurteilung des Interesses (Mittelwert = 7,1). Der Anteil der Uninteressierten (Werte 0 bis 2) beträgt lediglich 3%; der Rest zeichnet sich durch ein mittleres Interesse an Politik aus.

⁷⁹ Bestätigt wird dieser Befund auch hier dadurch, dass das durchschnittliche Interesse an der Kommunalpolitik bei den Nichtwähler*innen einen Skalenwert von 5,4 aufweist, während die Wähler*innen auf dieser Skala im Mittel einen Wert von 6,6 haben, also in ihrem Interesse deutlich darüber liegen.

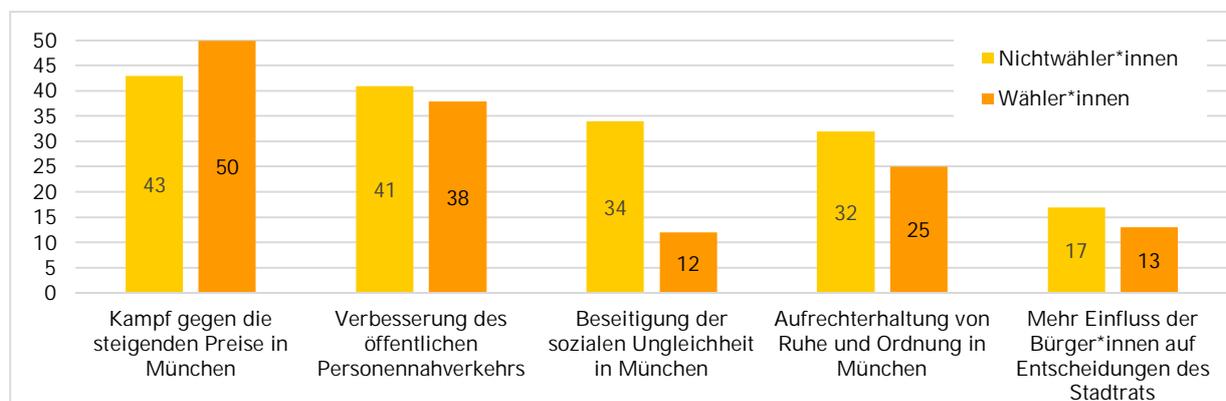
⁸⁰ „Ich fühle mich von der Politik in München ausreichend informiert“, „Die Medien berichten in ausreichendem Maße über das politische Geschehen in München“, „Man kann immer gut verstehen, was die Münchner Kommunalpolitiker*innen meinen“ und „Man kann immer gut verstehen, was die Medien über das politische Geschehen in München berichten“ (fünfstufige Skala von 1 = stimme gar nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu). Der Index erweist sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,84 als reliabel.

Beurteilung 10%, während er bei denen, die sich ausreichend und verständlich informiert fühlen bei 7% liegt⁸¹.

3.4.3 Wichtigste Ziele der Münchner Kommunalpolitik

Von Belang für unsere Untersuchung war die Frage, ob sich Wähler*innen und Nichtwähler*innen dahingehend unterscheiden lassen, welche Zielsetzungen der Kommunalpolitik sie als vordringlich erachten. Wie aus *Abbildung 18* ersichtlich wird, stehen für die beiden Wähler*innengruppen zum Teil jeweils andere Ziele im Vordergrund⁸². Unabhängig davon, dass die wichtigsten Ziele für beide Gruppen der Kampf gegen die steigenden Preise in München und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sind, differenzieren sie sich am deutlichsten beim Ziel der Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München. Dieses steht für 34% der Nichtwähler*innen im Vordergrund und für 12% der Wähler*innen.

Abbildung 18: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und (Nicht-)Wähler*innen



Neben der unterschiedlichen Bewertung einzelner Ziele durch Wähler*innen und Nichtwähler*innen war es von Interesse zu analysieren, ob eine unterschiedliche Einschätzung der Zielbewertung Münchner Kommunalpolitik hinsichtlich der fünf, für die Wahlentscheidung wesentlichen, Untersuchungsdimensionen vorliegt, um damit zielgruppenspezifisch unterschiedliche Dimensionen bei den Bürgerinnen und Bürgern festmachen und sie über diese ansprechen zu können. Zunächst wurden dazu erneut die Zusammenhänge zwischen zwei Merkmalen untersucht. Hier und in den folgenden Abschnitten, die sich mit den Themen „wichtigste Probleme in München“, „mögliche Anreize für die Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl“, „vernachlässigte kommunalpolitische Themen“ und „Informati-

⁸¹ Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die Unterschiede in den Mittelwerten dieses Index (Nichtwähler*innen: 2,9; Wähler*innen: 3,1).

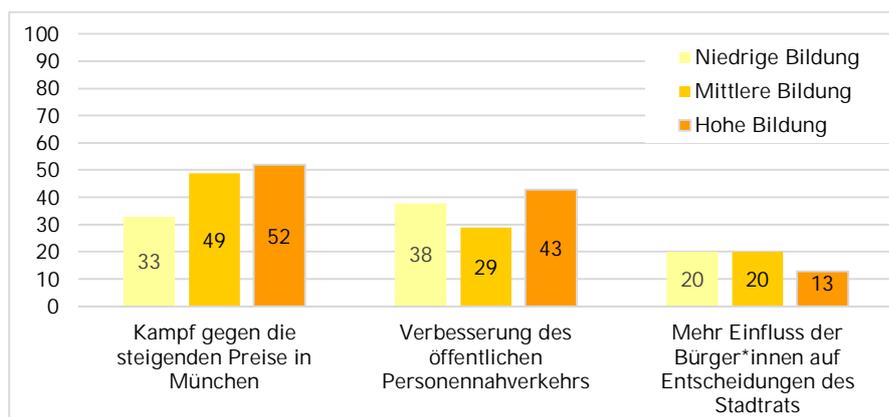
⁸² Zur Analyse wurden hier die Nennungen des wichtigsten und zweitwichtigsten Ziels zusammengefasst.

onsquellen“ befassen, werden dabei lediglich solche Zusammenhänge in den Blick genommen, die theoretisch begründet und/oder hinreichend plausibel erscheinen⁸³.

Unsere Daten zeigen vorneweg einen signifikanten geschlechtsspezifischen Zusammenhang bei zwei Zieldimensionen: Frauen wünschen sich hoch signifikant häufiger eine Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München als Männer (35% gegenüber 28%), während diese öfter die Verbesserung des ÖPNV als Ziel der Kommunalpolitik sehen als die weiblichen Befragten (45% gegenüber 33%).

Die Einschätzung kommunalpolitischer Ziele ist zudem signifikant abhängig vom Bildungsstand der Befragten. Dies betrifft namentlich drei der fünf abgefragten Zieldimensionen (*Abbildung 19*). Das Ziel mehr Einfluss der Bürger*innen auf die Entscheidungen des Stadtrates zu erhalten wird etwa von den niedrig und mittel Gebildeten häufiger als wichtig erachtet. Umgekehrt gilt, dass vornehmlich die Hochgebildeten überdurchschnittlich hohe Anteile bei der Einschätzung der Ziele „Bekämpfung der steigenden Preise“ und „Verbesserung des ÖPNV“ aufweisen.

Abbildung 19: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und Bildung



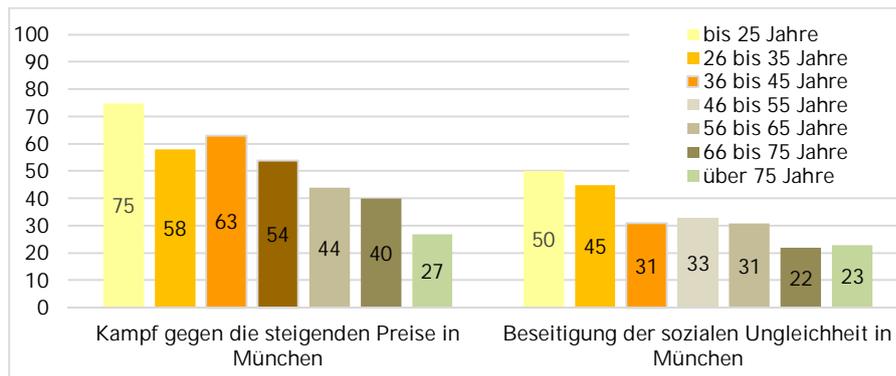
Wie *Abbildung 20* darstellt, finden sich bezogen auf das Ziel der Bekämpfung steigender Preise überdurchschnittlich hohe Anteile unter den Befragten bis 45 Jahre⁸⁴. Ähnliches ergibt sich bei der Bewertung der Beseitigung von sozialer Ungleichheit. Auch hier weisen die beiden jüngsten Altersgruppen über dem Durchschnitt liegende Anteile auf⁸⁵.

⁸³ Eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Nutzung spezifischer Informationsquellen und der Konfession wird daher zum Beispiel nicht durchgeführt, da es theoretisch nicht begründet ist, dass Mitglieder unterschiedlicher Konfessionen ein jeweils anderes Informationsverhalten aufweisen. Eine Analyse des Zusammenhangs mit dem Alter oder dem Bildungsstand ist hier jedoch zum Beispiel sinnvoll.

⁸⁴ Bestätigt wird dieses Ergebnis, wenn man das Durchschnittsalter mit betrachtet, das sich ebenfalls höchst signifikant unterscheidet. Danach sind diejenigen, die dieses Ziel nennen im Schnitt 49,6 Jahre alt und damit im Mittel ca. fünf Jahre jünger als diejenigen, die dieses Ziel nicht angeführt haben.

⁸⁵ Betrachtet man hier das Durchschnittsalter, so bestätigt sich dieser Zusammenhang erneut. Danach sind diejenigen, die dieses Ziel angeben im Mittel 49,4 Jahre alt und damit durchschnittlich mehr als sieben Jahre jünger als diejenigen, die dieses Ziel nicht genannt haben.

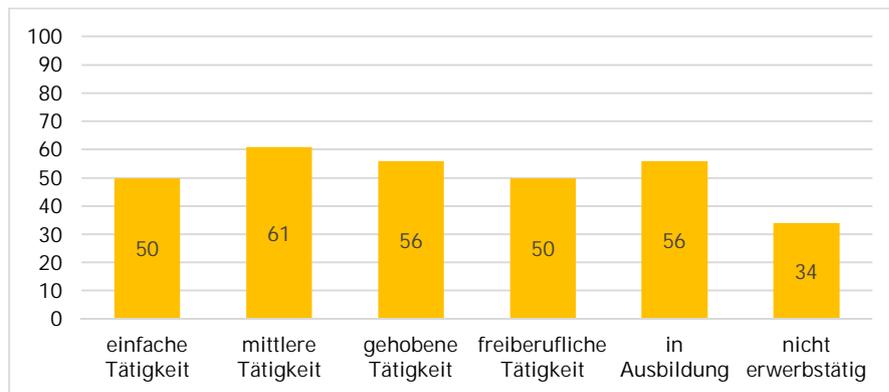
Abbildung 20: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und Alter



Schließlich ist die Bewertung des Ziels der Bekämpfung steigender Preise abhängig von der Konfession der Befragten: Katholiken nennen dieses Ziel in deutlich geringerem Ausmaß als die anderen Untersuchungsteilnehmer*innen (Römisch-katholisch: 43%; Konfessionslos: 51%; Andere Konfession: 54% und Evangelisch: 57%).

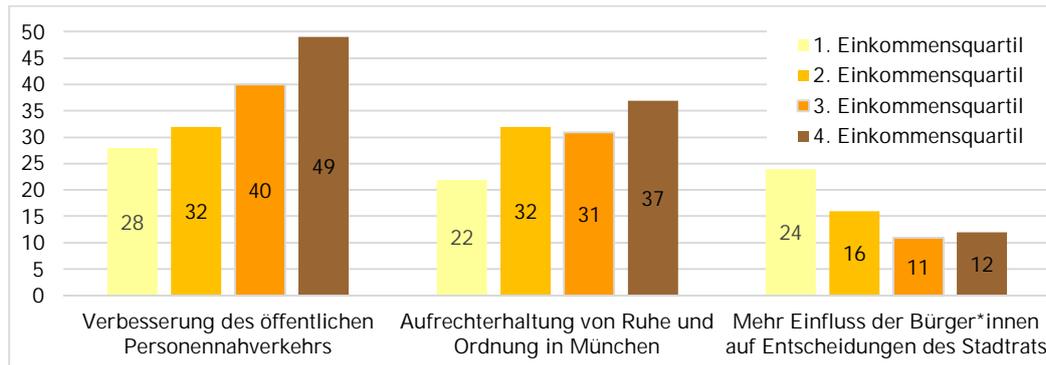
Hinsichtlich der beiden sozio-ökonomischen Merkmale sind ebenfalls Zusammenhänge mit der Bewertung einzelner Ziele vorhanden. Zum einen besteht eine unterschiedliche Einschätzung bezüglich des Ziels der Bekämpfung steigender Preise in Abhängigkeit vom beruflichen Status: Besonders Befragte mit mittlerer oder gehobener Tätigkeit sowie sich in Ausbildung befindliche Personen stellen diese Ziel im Vergleich häufiger in den Vordergrund (*Abbildung 21*).

Abbildung 21: Bekämpfung steigender Preise und berufliche Stellung



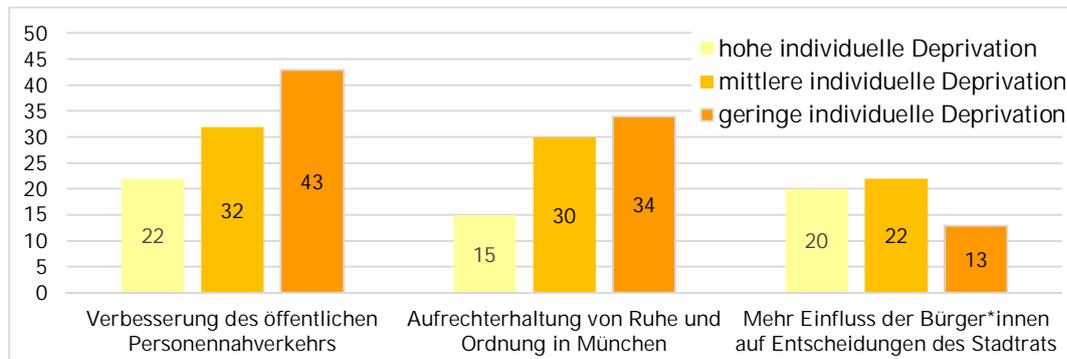
Zum zweiten ist die Beurteilung von drei Zieldimensionen abhängig vom Einkommen, wie *Abbildung 22* zeigt. Erstens ergibt sich: Je höher das Einkommen, desto höher der Anteil beim Ziel „Verbesserung des ÖPNV“. Ein annähernd ähnlicher Zusammenhang ist zweitens beobachtbar bei der Zieldimension „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in München“. Umgekehrt gilt aber: Je geringer das Einkommen, desto eher empfinden die Befragten es als wichtig, dass die Bürger*innen mehr Einfluss auf Entscheidungen des Stadtrats haben sollten.

Abbildung 22: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und Einkommen



Von den weiteren strukturellen Merkmalen spielt speziell die individuelle Deprivation eine Rolle (*Abbildung 23*): Es zeigen sich dabei ähnliche Zusammenhänge wie beim Einkommen.

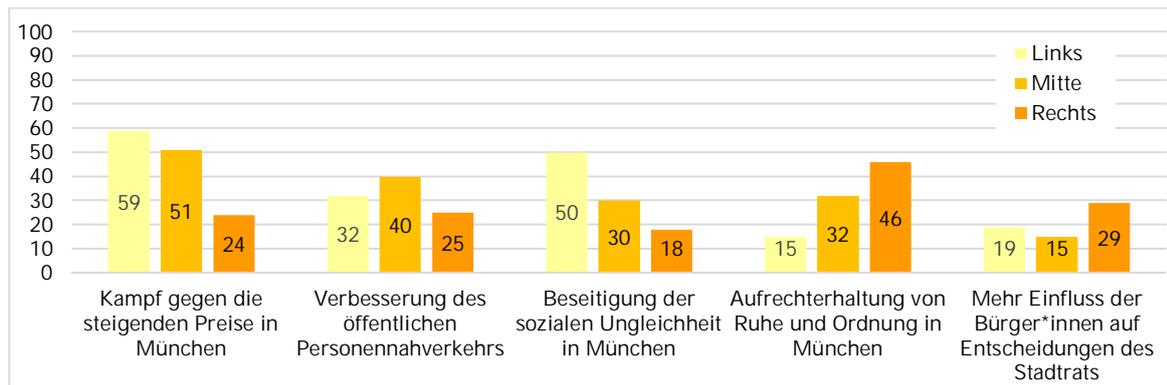
Abbildung 23: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und individuelle Deprivation



Des Weiteren ist die Forderung nach Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in München abhängig von der Lebenszufriedenheit: Personen, die mit ihrem Leben alles in allem zufrieden sind nennen dieses Ziel öfter als die anderen Befragten (zufrieden: 34%; teils/teils: 26%; unzufrieden: 25%).

Betrachtet man die langfristig stabilen Einstellungskonstellationen (politische Weltsicht), so weisen hier drei der vier Einflussfaktoren Zusammenhänge mit der Beurteilung der Zieldimensionen der Münchner Kommunalpolitik auf. Dabei hängt die Bedeutung aller fünf Ziele von der politischen Orientierung der Befragten ab (*Abbildung 24*). So messen rechtsorientierte Befragte der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie dem Ziel der Einflussnahme auf Entscheidungen des Stadtrates mehr Bedeutung bei als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Umgekehrt finden linksorientierte Personen den Kampf gegen die steigenden Preise in München und die Beseitigung sozialer Ungleichheit wichtiger. Schließlich hat die Verbesserung des ÖPNV für die Münchnerinnen und Münchner, die sich der politischen Mitte zuordnen im Vergleich die größte Bedeutung.

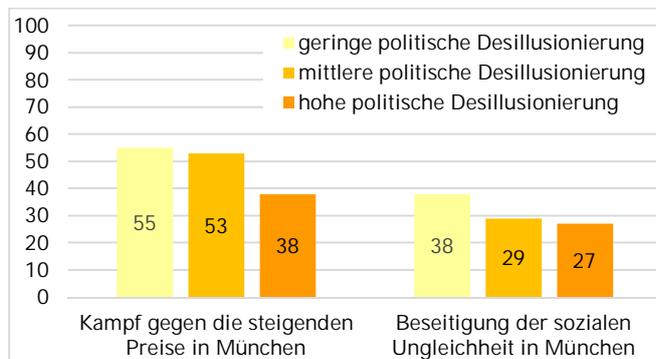
Abbildung 24: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und politische Orientierung



Das Ziel der Bekämpfung steigender Preise hängt darüber hinaus mit dem Vertrauen in politische Institutionen (wenig Vertrauen: 41%; mittleres Vertrauen: 56%; viel Vertrauen: 50%) sowie mit der Demokratiezufriedenheit (unzufrieden: 41%; teils/teils: 45%; zufrieden: 52%) zusammen.

Schließlich beeinflussen kurzfristige politische Einstellungsmuster die Bewertung der kommunalpolitischen Zielsetzungen in München, wobei vornehmlich die politische Desillusionierung zu nennen ist (*Abbildung 25*). Eine geringe politische Desillusionierung geht dabei sowohl mit einer häufigeren Nennung des Kampfes gegen steigende Preise als auch der Beseitigung der sozialen Ungleichheit einher.

Abbildung 25: Wichtigste Ziele Münchner Kommunalpolitik und politische Desillusionierung



Abschließend kann man festhalten, dass es bezüglich der Bewertung der wichtigsten Ziele der Münchner Kommunalpolitik Zusammenhänge mit unabhängigen Variablen aus dem Erklärungsmodell der Nichtwähler*innen gibt. Für die einzelnen Ziele sind dies folgende:

- 1) Kampf gegen die steigenden Preise in München: Alter, Bildung, Konfession, berufliche Stellung, politische Orientierung, Vertrauen in politische Institutionen, Demokratiezufriedenheit und politische Desillusionierung
- 2) Verbesserung des ÖPNV: Geschlecht, Bildung, Partnerschaft, Einkommen, wirtschaftliche Situation und politische Orientierung

- 3) Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München: Wähler*innengruppe, Geschlecht, Alter, Partnerschaft, politische Orientierung und politische Desillusionierung
- 4) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in München: Einkommen, Lebenszufriedenheit, wirtschaftliche Situation und politische Orientierung
- 5) Mehr Einfluss der Bürger*innen auf Entscheidungen des Stadtrats: Bildung, Einkommen, wirtschaftliche Situation und politische Orientierung

Zur empirischen Überprüfung dieser Zusammenhänge wurden erneut logistische Regressionsmodelle berechnet. Wir untersuchen dabei den Einfluss aller Variablen aus dem Gesamtmodell auf das jeweilige Ziel und nehmen die Wähler*innengruppe zusätzlich in das Modell auf. Es lassen sich im Einzelnen folgende Ergebnisse festhalten (*Tabelle 7*):

Bei Kontrolle der Drittvariablen wird deutlich, dass das Ziel der *Bekämpfung der steigenden Preise* in München hauptsächlich von der Konfession und beruflichen Stellung sowie den kurz- und langfristigen Einstellungen der Befragten (politische Orientierung und politische Desillusionierung) signifikant beeinflusst wird. Katholiken geben dieses Ziel mit einer um 17 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit an wie Personen, die evangelischen Religionsgemeinschaften angehören. Des Weiteren nennen nicht Erwerbstätige dieses Ziel mit einer um 23,2 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit wie Personen mit gehobenen Tätigkeiten. Die Wahrscheinlichkeit, dieses wichtige Ziel anzugeben, steigt mit jedem Punkt auf der Skala des politischen Vertrauens um 4,3 Prozentpunkte und sinkt mit jedem zusätzlichen Punkt des Index der Bedeutung von Politik um 13,2 Prozentpunkte.

Auf die Bewertung des kommunalpolitischen Ziels der *Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs* wirken ausschließlich demografische und sozio-ökonomische Merkmale signifikant. Sind die Befragten weiblich, weisen sie im Vergleich zu Männern eine um 10,4 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Ziel zu nennen. Im Vergleich zu Befragten mit hoher Bildung ist die Wahrscheinlichkeit bei Personen mit mittlerer Bildung um 11,5 Prozentpunkte geringer. Verglichen mit Personen, die gehobene Tätigkeiten ausüben, weisen diejenigen, die sich in Ausbildung befinden, eine um 32,8 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Ziel anzugeben. Letztlich besteht bei den Befragten des untersten Einkommensquartils bezogen auf die Referenzkategorie eine um 12,5 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit dieses Ziel anzugeben.

Die Angabe des Ziels der *Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München* wird maßgeblich von der Wähler*innengruppe, vom Geschlecht, der beruflichen Tätigkeit und der politischen Orientierung geprägt. Nichtwähler*innen geben diese Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München mit einer um 19,1 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit an als Wähler*innen. Frauen nennen dieses Ziel mit einer um neun Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit. Sie ist zudem bei den nicht Erwerbstätigen um 20,5 Prozentpunkte höher als

bei den Befragten in gehobenen Tätigkeiten. Schließlich sinkt die Wahrscheinlichkeit mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 4,9 Prozentpunkte.

Das Ziel, die *Ruhe und Ordnung in München aufrecht zu erhalten*, wird von der Haushaltsgröße, vom Einkommen, der individuellen Deprivation, der politischen Orientierung und dem Vertrauen in politische Institutionen gesteuert. Leben die Befragten in Single-Haushalten erwähnen sie dieses Ziel im Vergleich zu allen anderen Haushalten mit einer um 14 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit. In Referenz zum obersten Einkommensquartil besteht bei den Befragten des untersten Einkommensquartils eine um 15,9 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit dieses Ziel anzugeben. Verglichen mit Personen, die in geringem Ausmaß individuell depriviert sind, weisen die hoch Deprivierten eine um 22,1 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Ziel anzugeben. Mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen steigt sie um 5,5 Prozentpunkte und mit jedem Punkt auf der Skala des Vertrauens in politische Institutionen sinkt sie um 7,1 Prozentpunkte.

Auf die Bewertung des Ziels *mehr Einfluss auf Entscheidungen des Stadtrats* haben zu wollen, wirkt nur die Lebenszufriedenheit signifikant: Die Wahrscheinlichkeit, dieses Ziel zu nennen, steigt mit jedem Punkt auf der Skala der Lebenszufriedenheit um 2,1 Prozentpunkte.

Tabelle 7: Determinanten der Zielsetzung Münchner Kommunalpolitik
(logistische Regression; 1= Ziel genannt)

	Modell 1 Steigende Preise	Modell 2 ÖPNV	Modell 3 Soziale Un- gleichheit	Modell 4 Ruhe und Ordnung	Modell 5 Einfluss Stadtrat
Wähler*innengruppe (1=Nichtwähler*innen)	- 0,120 (0,064)	-0,038 (0,071)	0,191 (0,055) **	- 0,050 (0,066)	- 0,009 (0,055)
Demografische Merkmale					
Geschlecht (1=weiblich)	0,022 (0,044)	- 0,104 (0,044) *	0,090 (0,042) *	0,021 (0,041)	0,028 (0,034)
Niedrige Bildung (RK = hohe Bildung)	- 0,054 (0,098)	0,073 (0,103)	- 0,069 (0,104)	0,040 (0,097)	- 0,026 (0,062)
Mittlere Bildung (RK = hohe Bildung)	0,015 (0,048)	- 0,115 (0,050) *	- 0,051 (0,049)	0,069 (0,052)	0,061 (0,037)
Alter (in Jahren)	- 0,007 (0,009)	0,013 (0,009)	- 0,000 (0,009)	- 0,011 (0,009)	0,010 (0,007)
Alter quadriert	0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)	0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)
Konfessionslos (RK = Evangelisch)	- 0,095 (0,056)	0,014 (0,058)	- 0,047 (0,054)	0,097 (0,055)	0,044 (0,046)
Römisch-katholisch (RK = Evangelisch)	- 0,170 (0,056) **	0,004 (0,058)	0,033 (0,055)	0,093 (0,056)	- 0,001 (0,046)
Andere Konfession (RK = Evangelisch)	- 0,266 (0,142)	- 0,060 (0,136)	- 0,018 (0,117)	0,039 (0,159)	0,035 (0,119)
Partnerschaft (1=mit Partner*in)	0,004 (0,063)	- 0,090 (0,059)	0,032 (0,061)	- 0,016 (0,065)	0,007 (0,041)
Haushaltsgröße (1=Ein-Personen-Haushalt)	- 0,007 (0,070)	- 0,081 (0,062)	0,079 (0,072)	- 0,140 (0,060) *	0,083 (0,056)
Sozio-ökonomische Merkmale					
Einfache Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,033 (0,098)	- 0,001 (0,115)	0,017 (0,103)	- 0,126 (0,089)	0,116 (0,096)
Mittlere Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,011 (0,058)	0,079 (0,058)	0,017 (0,053)	- 0,042 (0,053)	0,069 (0,055)
Freiberufliche Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,004 (0,085)	0,025 (0,087)	- 0,010 (0,082)	- 0,085 (0,074)	0,057 (0,070)
In Ausbildung (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,170 (0,114)	0,328 (0,106) **	- 0,058 (0,109)	0,005 (0,122)	0,138 (0,130)
Nicht Erwerbstätig (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,233 (0,084) **	0,049 (0,083)	0,205 (0,078) **	0,042 (0,084)	- 0,023 (0,060)
Unteres Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,070 (0,066)	- 0,125 (0,064) *	- 0,005 (0,065)	- 0,159 (0,052) **	0,083 (0,057)
2. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,059 (0,059)	- 0,066 (0,057)	0,001 (0,059)	- 0,088 (0,051)	0,036 (0,046)
3. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,060 (0,059)	0,003 (0,058)	0,047 (0,058)	- 0,023 (0,051)	- 0,058 (0,039)

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

	Modell 1 Steigende Preise	Modell 2 ÖPNV	Modell 3 Soziale Un- gleichheit	Modell 4 Ruhe und Ordnung	Modell 5 Einfluss Stadtrat
Weitere strukturelle Merkmale					
Lebenszufriedenheit	- 0,023 (0,013)	0,011 (0,015)	- 0,019 (0,012)	0,008 (0,014)	- 0,021 (0,010) *
Hohe individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	- 0,039 (0,088)	- 0,162 (0,088)	0,139 (0,096)	- 0,221 (0,063) ***	0,081 (0,093)
Mittlere individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	- 0,005 (0,057)	- 0,022 (0,058)	- 0,095 (0,051)	0,015 (0,054)	0,049 (0,050)
Schlechte Zukunftsaussichten (RK = bessere)	- 0,111 (0,082)	0,115 (0,083)	0,011 (0,075)	- 0,115 (0,067)	- 0,006 (0,057)
Gleichbleibende Zukunftsaussichten (RK = bessere)	- 0,001 (0,062)	0,095 (0,059)	- 0,036 (0,054)	- 0,009 (0,054)	- 0,036 (0,047)
Politische Weltansicht					
Politisches Interesse	0,004 (0,012)	- 0,006 (0,012)	- 0,001 (0,011)	0,015 (0,012)	0,008 (0,010)
Politische Einstellung	- 0,024 (0,012) *	0,013 (0,012)	- 0,048 (0,011) ***	0,055 (0,010) ***	0,003 (0,009)
Vertrauen in politische Institutionen	0,059 (0,038)	0,023 (0,037)	- 0,008 (0,036)	- 0,071 (0,034) *	0,020 (0,029)
Unzufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,099 (0,070)	0,061 (0,071)	- 0,004 (0,065)	0,009 (0,065)	- 0,022 (0,057)
Teilweise zufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,090 (0,059)	- 0,050 (0,061)	0,053 (0,057)	- 0,090 (0,057)	0,045 (0,044)
Kurzfristige politische Einstellungen					
Politische Desillusionierung	- 0,021 (0,024)	- 0,010 (0,024)	- 0,020 (0,023)	0,035 (0,022)	- 0,021 (0,018)
Bedeutung von Politik	- 0,132 (0,056) *	- 0,039 (0,055)	0,020 (0,050)	0,018 (0,050)	- 0,003 (0,040)
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung	0,026 (0,026)	- 0,025 (0,027)	0,012 (0,026)	0,004 (0,023)	0,004 (0,019)
Politische Information	0,024 (0,035)	0,008 (0,036)	- 0,034 (0,033)	0,049 (0,033)	- 0,038 (0,025)
Pseudo Loglikelihood	- 340,139	- 345,958	- 315,662	- 301,718	- 213,142
Pseudo R ²	0,110	0,065	0,111	0,128	0,102
N	553	553	553	553	553

Anmerkung: Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (AMEs) und robuste Standardfehler (in Klammern); * = $p < 0,05$ ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

Kommunalpolitisch umstritten ist, wieviel Bedeutung die (Nicht-)Wähler*innen den Themen „Sicherheit und Ordnung“, „Geflüchtete“ (in der negativen Konnotation als „Überfremdung“) und der Frage der „sozialen Ungleichheit“ beimessen. Hierzu liefert die Untersuchung interessante Ergebnisse. Dabei wird deutlich, dass unterschiedliche Frageformen durchaus zu anderen Ergebnissen führen können. Wie sich zeigt weist auch unsere Untersuchung auf entsprechende Effekte hin. Die ungestützte (offene) Abfrage, beispielsweise von Problemlagen, wichtigen Themenbereichen usw., lenkt die Befragten nicht in Bezug auf

Form oder Inhalt ihrer Antwort und beschränkt damit nicht ihre Aussagemöglichkeiten. Sie lässt damit alle möglichen Antwortkategorien zu und es erfolgt keine Verzerrung der Aussage durch ein vorgegebenes Bezugssystem („halo“-Effekt; Diekman, 2010: 464f.) oder durch die Einzwängung der Antworten in ein Kategoriensystem. Im Gegensatz dazu wird hier von den Befragten gewissermaßen verlangt, sich an etwas zu erinnern und dies dann spontan darzustellen⁸⁶. Bei gestützten (geschlossenen) Frageformen, in denen die Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind, sind natürlich oft solche Kategorien vorgegeben, die die Befragten bis dahin gar nicht im Bewusstsein hatten, die sie also eigentlich nicht erinnern, sondern im Moment der Fragestellung entdecken und für ihre Aussage verwenden (Diekmann, 2010: 476f.). In unserer Untersuchung wird dies an folgendem Beispiel deutlich (*Tabelle 8*): Bei der gestützten Abfrage der wichtigsten Ziele der Münchner Kommunalpolitik wurden zum Beispiel die unten aufgeführten Kategorien. Können die Befragten in eigenen Worten (also ungestützt) aktuelle Probleme und Herausforderungen der Kommunalpolitik in München benennen, werden bestimmte Probleme („Kampf gegen die steigenden Preise“ und „Verbesserung des ÖPNV“) ähnlich oft angeführt, andere hingegen in einem weitaus geringerem Ausmaß angegeben („Beseitigung der sozialen Ungleichheit“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“)⁸⁷. Obwohl die beiden Themen „soziale Ungleichheit“ und „Sicherheit“ im Wahlkampf eine große Rolle spielten, zeigt sich, dass diese – auch medial stark bespielten Themen – bei den Bürger*innen nicht so wichtig sind, wenn ihre Antworten nicht in ein Kategoriensystem eingezwängt sind, das ihnen Unterstützung bei der Erinnerungs- und/oder Wiedererkennung leistet⁸⁸.

⁸⁶ Es ist jedoch auch auf Nachteile der ungestützten Abfrage hinzuweisen, die in den Schwierigkeiten der nachträglichen Kategorisierung und Quantifizierung der individuellen Antworten sowie in den höheren Anforderungen an die kognitiven Fähigkeiten der Befragten (selbstständige Formulierung der eigenen Antwort) liegen.

⁸⁷ Hier zeigt sich zudem, dass entsprechende Ergebnisse auch von der Frageformulierung abhängen (Diekmann, 2010: 458ff.). Bei der offenen Frage nach den wichtigsten Problemen in München ergeben sich für die beiden Kategorien „steigende (Miet-)Preise“ und „Verbesserung des ÖPNV“ noch ähnliche Ergebnisse wie bei der geschlossenen Frage. Vergleicht man die beiden offenen Fragen (in der zweiten Frage wird nach wichtigen, aber kommunalpolitisch vernachlässigten Themen gefragt), so zeigt sich, dass diese beiden Themenbereiche bei der zweiten Frage in einem deutlich geringerem Ausmaß angeführt werden.

⁸⁸ Dies gilt lokalpolitisch gesehen unter anderem auch für die Themen „Geflüchtete“ und „Nachverdichtung“.

Tabelle 8: Gestützte und ungestützte Abfrage kommunalpolitisch wichtiger Themen

Kategorien	Gestützte Abfrage	Ungestützte Abfrage	
		Wichtigste Probleme	Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen
Kampf gegen die steigenden Preise	49%	43%	22%
Verbesserung des ÖPNV	38%	38%	12%
Beseitigung der sozialen Ungleichheit	31%	12%	11%
Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung	31%	9%	7%

3.4.4 Einschätzung der Münchner Kommunalpolitik

Ein weiterer Aspekt, der insbesondere aus Münchner Sicht von Bedeutung ist, ist die Frage, wie die Wähler*innen und Nichtwähler*innen die Münchner Kommunalpolitik einschätzen. Wie *Abbildung 26* ganz allgemein zeigt, werden von den Befragten vier Gesichtspunkte mit vergleichsweise hoher Zustimmung versehen. Die politischen Beteiligungsmöglichkeiten in München sehen die Befragten überwiegend positiv (62%) und der größere Teil von ihnen wäre darüber hinaus bereit, sich einzubringen, wenn im eigenen Stadtteil ein größeres Projekt geplant würde (51%). Zudem sind die meisten Bürger*innen davon überzeugt, dass sie mit ihrer Stimme Einfluss auf die Politik in München ausüben können (51%). Die überwiegende Mehrheit der Befragten wünscht sich, dass Mitglieder des Stadtrats häufiger in die verschiedenen Münchner Stadtteile kommen, um mit den Bürger*innen zu sprechen (63%), wobei sie es gleichzeitig nicht gut fänden, wenn Kommunalpolitiker*innen von Tür zu Tür gingen, um sich dort mit ihnen auszutauschen (53%)⁸⁹. Wie die weitere Auswertung zeigt, bewerten die beiden Wähler*innengruppen einzelne dieser Aspekte zum Teil sehr unterschiedlich (*Abbildung 27*). Die größten Gegensätze ergeben sich bei

- der Beurteilung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten in München,
- der Einschätzung, dass es keinen Unterschied für das was in München passiert macht, was man wählt,
- der Beteiligungsbereitschaft bei größeren Projekten im eigenen Stadtteil und
- dem Wunsch, dass Mitglieder des Stadtrats häufiger in die verschiedenen Münchner Stadtteile kommen, um mit den Bürger*innen zu sprechen.

⁸⁹ Dies deckt sich mit Ergebnissen eines Feldexperiments zu Mobilisierungspotenzialen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz. Die Hälfte der Befragten fand Haustürbesuche im Wahlkampf teilweise bis sehr negativ. Zudem waren diese Besuche aus ihrer Sicht weniger oder überhaupt nicht hilfreich (63%); nur jede(r) Zehnte beurteilte sie als eher/sehr hilfreich. Schließlich wiesen drei Viertel der Befragten diesen Haustürbesuchen überhaupt keinen Einfluss auf ihre Entscheidung zu, an der Kommunalwahl teilzunehmen (Faas/Hohmann, 2014: 25ff.)

Abbildung 26: Einschätzung verschiedener Aspekte der Münchner Kommunalpolitik

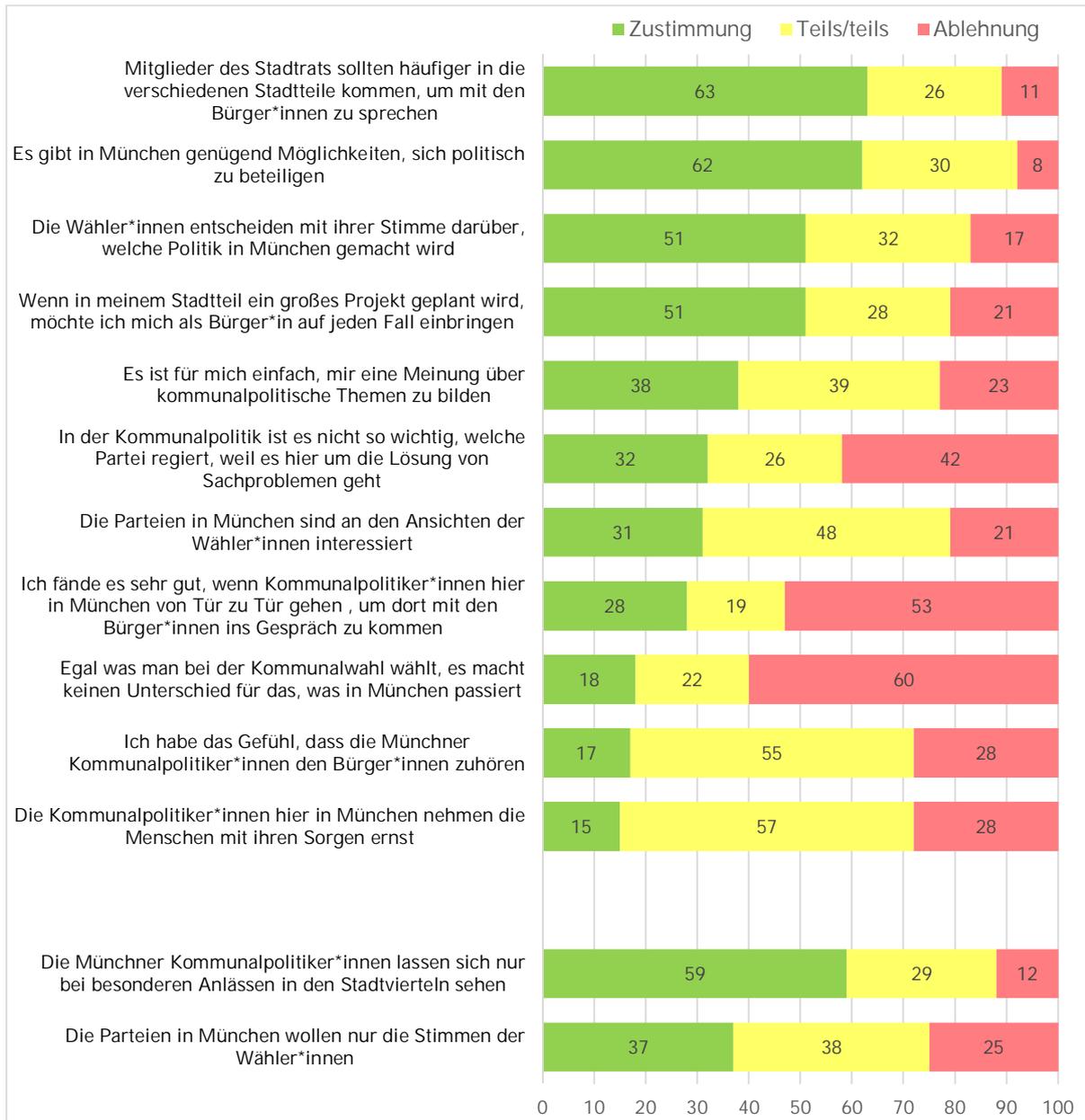
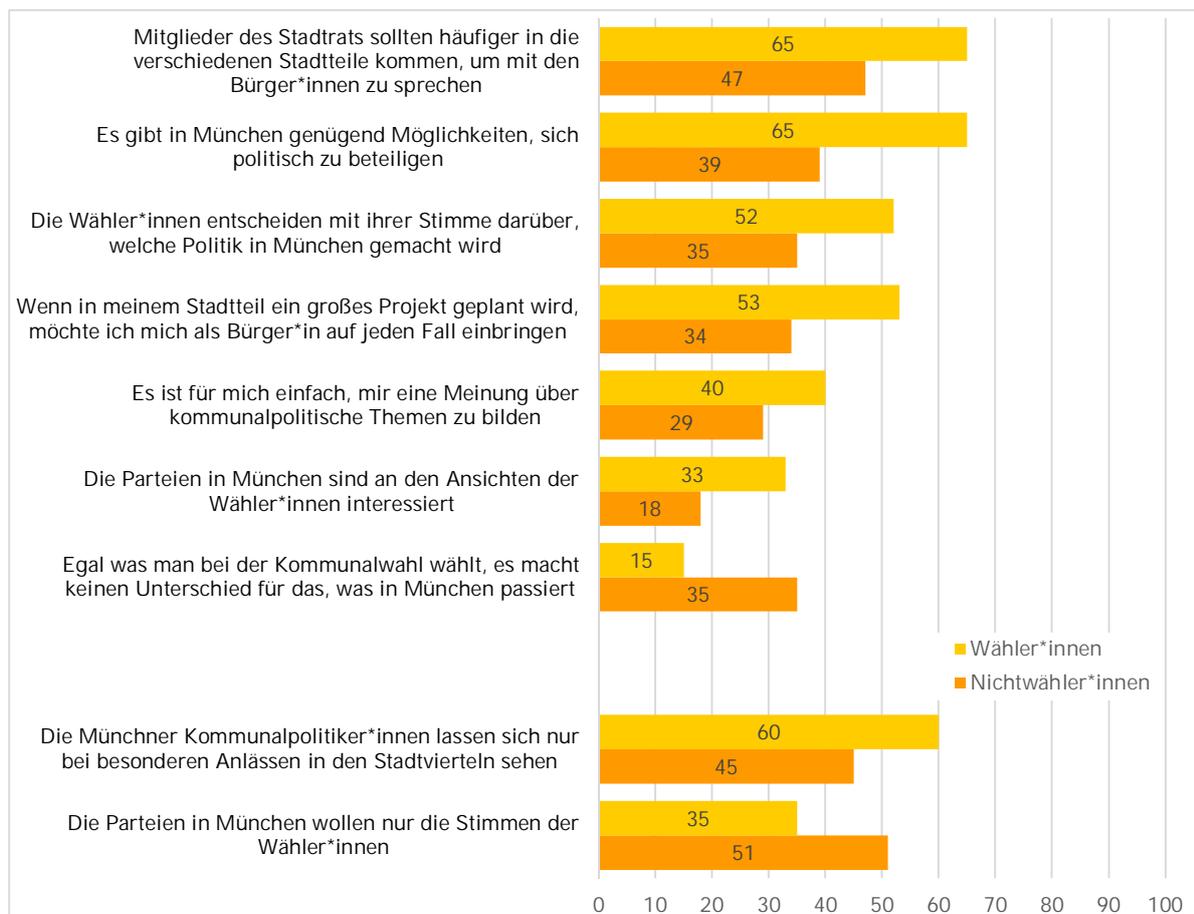


Abbildung 27: Einschätzung verschiedener Aspekte der Münchner Kommunalpolitik und (Nicht-)Wähler*innen



3.4.5 Beurteilung der Möglichkeiten von Kommunalpolitik

Von Interesse ist für unsere Fragestellung, inwieweit Nichtwähler*innen und Wähler*innen die Einschränkungen der Kommunalpolitik durch Bundes- und/oder Landesgesetze erkennen. Hierzu wurde erneut eine Faktorenanalyse mit dem Ziel durchgeführt, die vier zu diesem Bereich formulierten Aussagen – falls möglich – dimensional zu reduzieren. Das Ergebnis zeigt die Extraktion von einem Faktor bzw. einer Dimension⁹⁰. Diese Dimension kann mit dem Etikett „Einschränkung von Kommunalpolitik“ versehen werden und besteht aus drei der vier abgefragten Variablen⁹¹. Während zwei Drittel der Wähler*innen eine Einschränkung der Kommunalpolitik durch gesetzliche Vorgaben des Bundes oder der Länder sehen, sind dies bei den Nichtwähler*innen lediglich 41%. Diese Gruppe sieht im

⁹⁰ KMO = 0,660. Drei von vier Einzelitems laden hoch auf einem Faktor und können damit einer Dimension zugeordnet werden.

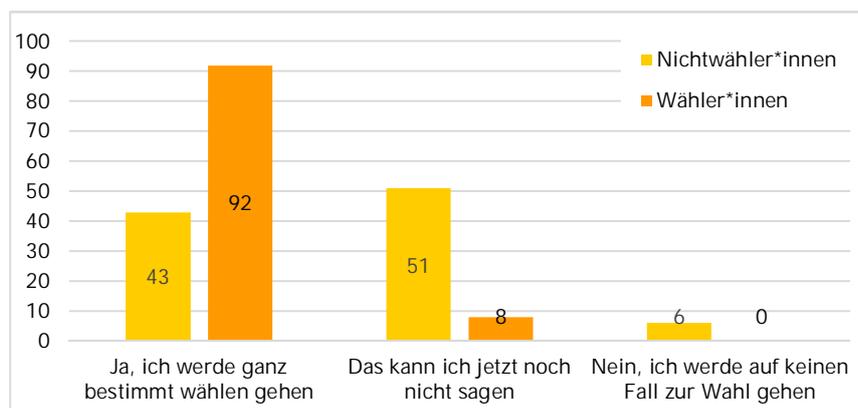
⁹¹ In den Index gehen die Items „Kommunalpolitik muss oft Bundes- und/oder Landesgesetze umsetzen“, „Die Kommunalpolitik hat für viele Bereiche (z.B. Sozialgesetze) nur eingeschränkte Befugnisse)“ und „Die Kommunalpolitik ist in ihren Gestaltungsmöglichkeiten häufig durch Bundes- und/oder Landesgesetze eingeschränkt“ ein (fünfstufige Skala von 1=stimme gar nicht zu bis 5=stimme voll und ganz zu). Der Index erweist sich mit einem Cronbach's Alpha von 0,72 als reliabel.

Vergleich dagegen eine entsprechende Einschränkung nur teilweise (53% gegenüber 31%). Zudem sind doppelt so viele Nichtwähler*innen wie Wähler*innen der Meinung entsprechende Einschränkungen gebe es nicht (6% gegenüber 3%)⁹².

3.4.6 Wahlabsicht: Münchner Kommunalwahl 2020

Die Absicht, sich bei der nächsten Kommunalwahl in München im Frühjahr 2020 zu beteiligen steht ebenfalls in einem Zusammenhang damit, ob man an der Bundestagswahl 2017 teilgenommen hat oder nicht. Wie aus nachfolgender *Abbildung 28* ersichtlich wird, finden sich unter den Nichtwähler*innen häufiger Personen, die jetzt noch unsicher über ihre Wahlabsicht sind bzw. die bereits zum derzeitigen Zeitpunkt explizit davon ausgehen, sich nicht an der Stadtratswahl 2020 zu beteiligen. Beide Anteile sind unter den Wähler*innen deutlich niedriger. Diese wiederum sind sich im Vergleich höchst signifikant öfter bereits jetzt sicher, bei der nächsten Münchner Kommunalwahl zur Wahl zu gehen.

Abbildung 28: Wahlabsicht für Münchner Kommunalwahl 2020 und (Nicht-)Wähler*innen



3.4.7 Motivationsanreize für die Teilnahme an der Münchner Kommunalwahl 2020

Ein Ziel der Untersuchung war es, stadtspezifische Themen und sonstige Gründe bzw. Motivationsanreize zu erfassen, die eine mögliche Wahlbeteiligung bei der nächsten Stadtratswahl im Frühjahr 2020 beeinflussen können. Zunächst sollen die Motivationsanreize in den Blick genommen werden, die aus Sicht der Befragten eine mögliche Beteiligung an dieser Wahl herstellen können⁹³. 656 der 998 Befragten (rund zwei Drittel) haben sich zu dieser Frage geäußert und gaben dazu insgesamt 853 Hinweise. Diese 853 Antworten wurden zu insgesamt zwanzig Kategorien mit inhaltlich jeweils ähnlichen Äußerungen zusammengefasst. *Tabelle 9* zeigt diese kategorisierten Motivationsanreize.

⁹² Dieses Ergebnis wird bestätigt, wenn man den Wert des Index betrachtet: Bei den Nichtwähler*innen weist dieser einen Skalenwert von 3,4 auf, während die Wähler*innen einen Mittelwert von 3,7 angeben.

⁹³ Diese Motivationsanreize wurden offen abgefragt („Was glauben Sie, wäre nötig, um die Menschen dazu zu bewegen, bei der nächsten Stadtratswahl hier in München wählen zu gehen?“)

Tabelle 9: Motivationsanreize für die nächste Stadtratswahl
(n = 656; Mehrfachantworten möglich)

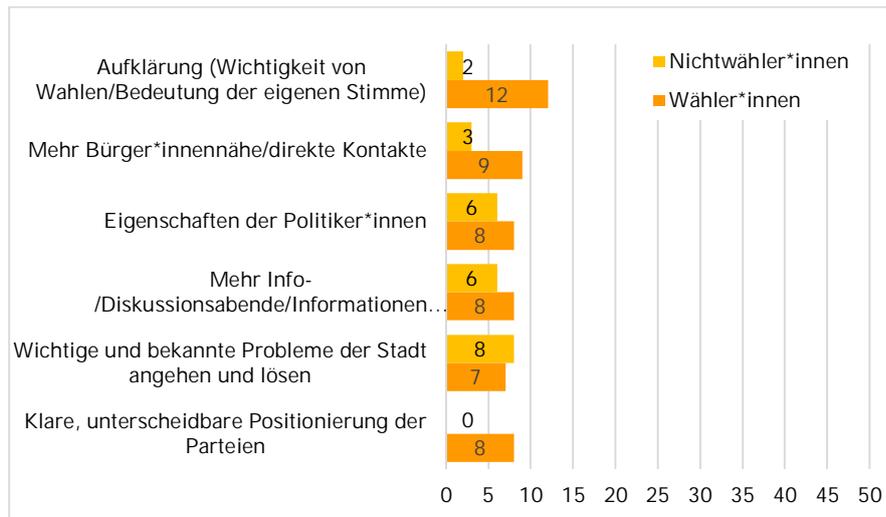
Motivationsanreize	Prozent
Aufklärung über die Wichtigkeit von Wahlen/die Bedeutung der eigenen Stimme	11
Eigenschaften der Politiker*innen: Glaubwürdig, ehrlich, menschlich	8
Mehr Info-/Diskussionsabende und Information allgemein	8
Mehr Bürgernähe/direkte Kontakte der Kommunalpolitiker*innen zu den Bürger*innen	8
Wichtige und bekannte Probleme der Stadt angehen und lösen	8
Klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien	7
Einfache, verständliche Darstellung der und Information über Inhalte, Ziele, wichtige Themen	5
Versprechen/Versprochenes einhalten	5
Sorgen und Wünsche der Bürger*innen ernst nehmen	4
Pläne/Vorhaben/geplante Maßnahmen klar darstellen und umsetzen	4
Mehr Sachinformation/Auftritte in Presse, TV, Radio, sozialen Medien	3
Mehr Transparenz (politische Entscheidungen, Themen, Lösungsansätze)	3
Wähler*innen ausführlich zuhören	2
Vertrauen wiederherstellen/aufbauen	2
Wahlpflicht einführen	2
Mehr Werbung	2
Vorschläge, die direkt auf Wahlvorgang eingehen (Online, längere Öffnung der Wahllokale usw.)	2
Mehr Interesse der Politiker an den Bürger*innen	1
Gabe von Incentives (Freikarten für Bäder usw.)	1
Sonstige Angaben	2

Die sich anschließende Frage ist nun, ob sich Wähler*innen und Nichtwähler*innen hier in einzelnen Einschätzungen unterscheiden, da daraus direkte Hinweise für die mögliche Motivierung von Nichtwähler*innen folgen könnten. Zunächst ist nochmals darauf zurückzukommen, dass insgesamt 34% der Befragten hier keine Angaben machten. Bereits in diesem Fall unterscheiden sich die beiden Gruppen höchst signifikant. Während 64% der Nichtwähler*innen sich zu dieser Frage überhaupt nicht äußerten, beträgt dieser Anteil unter den Wähler*innen lediglich 30%. Eine ähnliche Verteilung zeigt sich bei den insgesamt gemachten Angaben. Jeweils ungefähr doppelt so viele Wähler*innen wie Nichtwähler*innen haben eine (49% gegenüber 26%) oder zwei Angaben (21% gegenüber 10%) zu entsprechenden Gründen und/oder Voraussetzungen für eine mögliche Wahlbeteiligung gemacht⁹⁴. Nichtwähler*innen sind damit schwer zu greifen, da sie sich mit möglichen

⁹⁴ Ein Mittelwertvergleich bestätigt dieses Ergebnis: Wähler*innen machten im Schnitt 0,9 Angaben, Nichtwähler*innen demgegenüber 0,5.

Hinweisen auf Wahlbeteiligungsanreize deutlich zurückhalten. Dies wird auch klar, wenn man die sechs am häufigsten genannten Aspekte in den Blick nimmt (*Abbildung 29*). Zunächst ist festzuhalten, dass sich lediglich bei der Hälfte dieser sechs Gesichtspunkte höchst signifikante Unterschiede zwischen den Angaben der Wähler*innen und Nichtwähler*innen zeigen („Aufklärung“, „Bürger*innennähe“ und „Positionierung der Parteien“). Im Vergleich stellen jedoch Nichtwähler*innen keinen dieser Aspekte eindeutig in den Vordergrund. Dies gilt übrigens auch für fast alle anderen Bereiche.

Abbildung 29: Motivationsanreize für die Stadtratswahl 2020 und (Nicht-)wähler*innen

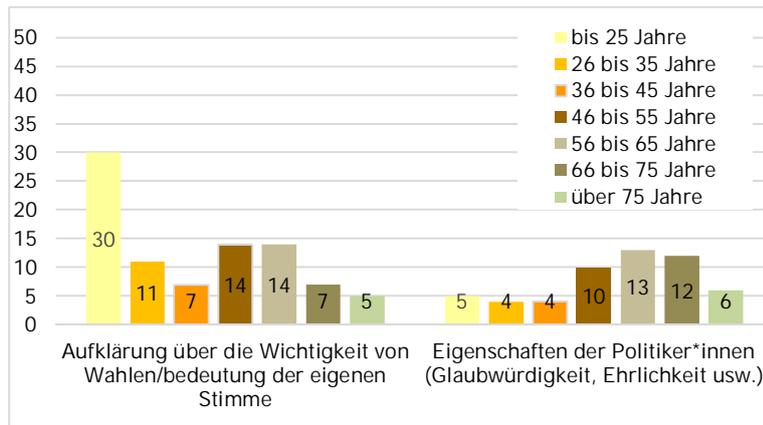


Des Weiteren soll auch hier untersucht werden, ob eine unterschiedliche Einschätzung dieser Anreize in Abhängigkeit der wesentlichen Merkmale der Befragten vorliegt, um damit Hinweise zu erhalten, wie Motivationslagen der Bürgerinnen und Bürgern zielgruppenspezifisch aufgegriffen werden können. Dabei beschränken wir uns auf die am häufigsten genannten Anreize.

Unsere Daten zeigen zuerst, dass der Vorschlag einer „klaren, unterscheidbaren Positionierung der Parteien“ signifikant mit dem Bildungsstand der Befragten zusammenhängt: Je höher der Bildungsstand, desto höher die Anteile der Befragten, die dies vorschlagen (niedrige Bildung: 2%; mittlere Bildung: 3%; hohe Bildung: 10%).

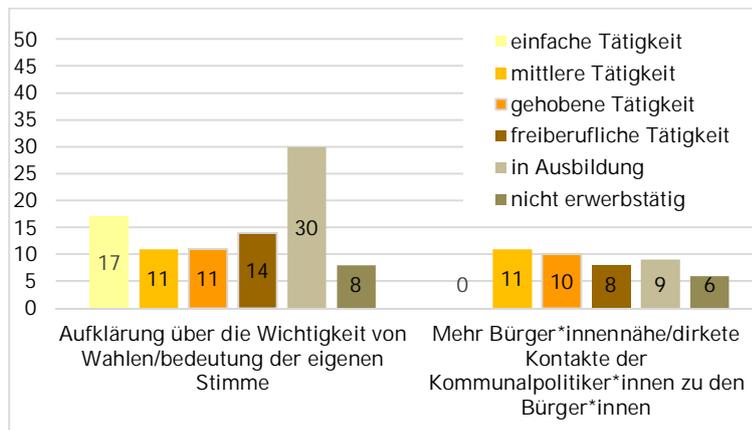
Die Nennung einzelner Motivationsanreize ist außerdem signifikant abhängig vom Alter der Befragten. *Abbildung 30* zeigt, dass jüngere Befragte bis 25 Jahre vorrangig die Aufklärung über die Wichtigkeit von Wahlen als Mittel zur Steigerung der Wahlmotivation sehen. Aus der Sicht älterer Befragter motivieren positive Eigenschaften von Politiker*innen (Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit usw.) eher zur Wahl.

Abbildung 30: Motivationsanreize für die Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl und Alter



Ferner sind hinsichtlich der beiden sozio-ökonomischen Merkmale Zusammenhänge mit der Nennung von Motivationsanreizen festzuhalten. Hier besteht eine unterschiedliche Einschätzung in Bezug auf die beiden Anreize „Aufklärung“ und „größere Bürger*innennähe“ in Abhängigkeit des beruflichen Status (*Abbildung 31*). Hauptsächlich Befragte mit einfacher Tätigkeit sowie sich in Ausbildung befindliche Personen stellen den Aspekt der „Aufklärung“ häufiger in den Vordergrund, während eine „größere Bürgernähe“ vor allem aus Sicht der Befragten mit mittlerer oder gehobener Tätigkeit dazu beitragen kann, dass sich die Münchner*innen bei der nächsten Stadtratswahl beteiligen.

Abbildung 31: Motivationsanreize für die Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl und berufliche Stellung



Von den weiteren strukturellen Merkmalen spielt nur die individuelle Deprivation eine Rolle und zwar bezogen auf die „klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien“: Je geringer die Deprivation, desto höher sind die Anteile (hohe Deprivation: 1%; mittlere Deprivation: 6%; geringe Deprivation: 8%).

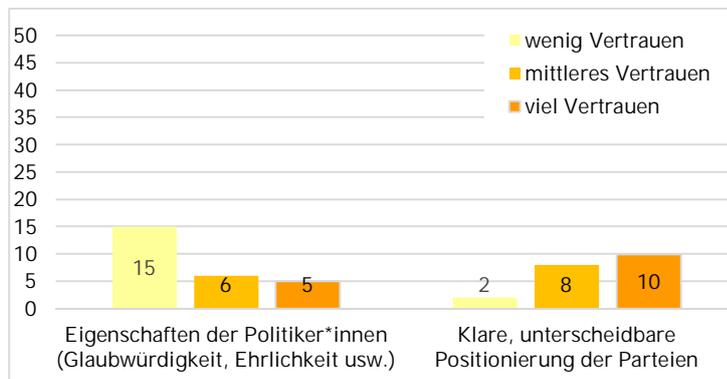
Betrachtet man die langfristig stabilen Einstellungskonstellationen, so weisen hier die politische Orientierung, das Vertrauen in politische Institutionen (*Abbildung 32*) und die Demo-

kratiezufriedenheit (Abbildung 33) Zusammenhänge mit der Nennung einzelner Motivationsanreize auf.

Linksorientierte Menschen sind häufiger als Befragte, die sich selbst politisch der Mitte oder rechts zuordnen, der Meinung, eine umfassendere Information sowie Informations- und Diskussionsabende können einen Beitrag dazu leisten, die Bürger*innen dazu zu motivieren, zur nächsten Stadtratswahl zu gehen (Links: 16%; Mitte: 8%; Rechts: 3%).

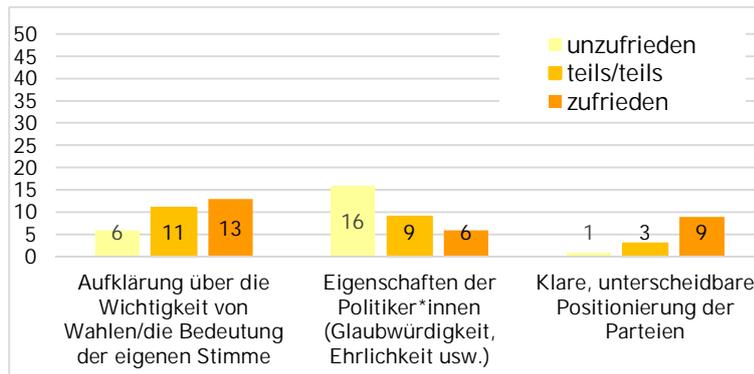
Darüber hinaus messen Befragte, die wenig Vertrauen in politische Institutionen haben den „Eigenschaften der Politiker*innen“ mehr Bedeutung bei der Motivation zur Wahlteilnahme bei, als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Umgekehrt finden Personen mit viel Vertrauen in die politischen Institutionen eine „klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien“ für die Wahlmotivation wichtiger.

Abbildung 32: Motivationsanreize für die Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl und Vertrauen in politische Institutionen



Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bezogen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie: Befragte, die mit der Demokratie unzufrieden sind messen den „Eigenschaften der Politiker*innen“ mehr Bedeutung bei. Umgekehrt finden Untersuchungsteilnehmer*innen, die mit der Demokratie zufrieden sind, eine „klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien“ wichtiger, um die Bürger*innen zu motivieren. Überdies nennen sie auch den Aspekt der „Aufklärung“ signifikant häufiger als diejenigen, die mit der Demokratie nicht zufrieden sind.

Abbildung 33: Motivationsanreize für die Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl und Demokratiezufriedenheit



Zudem beeinflussen weitere politische Einstellungsmuster die Vorschläge zur Motivation, wobei hier die politische Desillusionierung und die Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung im Vordergrund stehen. Eine geringe politische Desillusionierung geht mit einer häufigeren Nennung des „Aufklärungsaspekts“ einher (gering: 15%; mittel: 10%; hoch: 8%). Ferner finden Personen, die einer Bürger*innenbeteiligung nur geringe Bedeutung zuweisen, eine „klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien“ hoch signifikant wichtiger als Wahlanreiz (geringe Bedeutung: 14%; mittlere Bedeutung: 7%; große Bedeutung: 5%).

Bezüglich der Vorschläge von Anreizen zur Wahlmotivation bestehen Zusammenhänge mit unabhängigen Variablen aus dem allgemeinen Erklärungsmodell. Diese betreffen für die wichtigsten Motivationsanreize folgende Zusammenhänge⁹⁵:

- 1) Aufklärung über die Wichtigkeit von Wahlen/die Bedeutung der eigenen Stimme: Wähler*innengruppe, Alter, berufliche Stellung, Demokratiezufriedenheit und politische Desillusionierung
- 2) Eigenschaften der Politiker*innen (Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit usw.): Alter, Vertrauen in politische Institutionen und Demokratiezufriedenheit
- 3) Mehr Informations- und Diskussionsabende bzw. Informationen allgemein: Politische Orientierung
- 4) Mehr Bürger*innennähe/direkte Kontakte der Kommunalpolitiker*innen zu den Bürger*innen: Berufliche Stellung
- 5) Klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien: Bildung, wirtschaftliche Situation, Vertrauen in politische Institutionen, Demokratiezufriedenheit und Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung

⁹⁵ Hinsichtlich des ebenfalls häufig genannten Anreizes „Wichtige und bekannte Probleme der Stadt angehen und lösen“ zeigen sich keinerlei Zusammenhänge mit den entsprechenden erklärenden Variablen.

Zur empirischen Überprüfung der Zusammenhänge wurden erneut logistische Regressionsmodelle berechnet (*Tabelle 10*). Wir untersuchen dabei den Einfluss dieser Merkmale auf den jeweiligen Motivationsanreiz, wobei wir lediglich die drei Anreizstrukturen „Aufklärung“, „Eigenschaften der Politiker*innen“ und „klare Positionierung der Parteien“ in den Blick nehmen, da bei den anderen beiden Aspekten lediglich geringe Zusammenhänge beobachtbar sind. Auch in diesem Fall und nehmen wir die Wähler*innengruppe zusätzlich in das Modell auf. Im Einzelnen lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

Bei Kontrolle der Drittvariablen wird deutlich, dass der genannte Lösungsvorschlag der „Aufklärung“ hauptsächlich vom Geschlecht, der Bildung, dem Einkommen, der politischen Desillusionierung und der politischen Information signifikant beeinflusst wird. Frauen haben eine um sechs Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit diesen Aspekt zu nennen. Niedriggebildete weisen demgegenüber eine um 8,5 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Vorschlag zu machen als Hochgebildete. Die Wahrscheinlichkeit ist bei den Personen des 3. Einkommensquartils um 7,5 Prozentpunkte geringer als bei den Befragten des obersten Einkommensquartils. Sie sinkt schließlich mit jedem zusätzlichen Punkt des Index der politischen Desillusionierung um 3,9 Prozentpunkte und mit jedem zusätzlichen Punkt des Index der politischen Information um 4,8 Prozentpunkte.

Auf die Nennung des Vorschlags, der sich auf positive Eigenschaften von Politiker*innen bezieht wirken nur die Tatsache in einer Partnerschaft zu leben bzw. das Vertrauen in politische Institutionen signifikant ein. Im Vergleich zu den Personen, die nicht mit einem Partner bzw. Partnerin zusammenleben, weisen diejenigen, die in einer Partnerschaft leben eine um 7,1 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Aspekt vorzuschlagen. Mit jedem Punkt, den die Untersuchungsteilnehmer*innen mehr Vertrauen in politische Institutionen auf der entsprechenden Skala haben, sinkt die Wahrscheinlichkeit, diese Empfehlung auszusprechen um 4,5 Prozentpunkte.

Nennungen, die sich auf den Vorschlag einer klaren, eindeutigen Positionierung der Parteien beziehen sind insbesondere von kurz- und langfristigen politischen Einstellungskonstrukten signifikant beeinflusst. Die Wahrscheinlichkeit, diesen Vorschlag zu machen, ist bei denjenigen, die von gleichbleibenden Zukunftsaussichten ausgehen um 6,6 Prozentpunkte höher als bei den Befragten, die ihre ökonomische Zukunft besser einschätzen. Im Vergleich zu den Personen, die mit der Demokratie zufrieden sind, weisen damit Unzufriedene eine um 16,5 Prozentpunkte und teilweise Zufriedene eine um 9,8 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Aspekt vorzuschlagen. Schließlich sinkt mit jedem Punkt, die die Befragten der Bürger*innenbeteiligung mehr Bedeutung zuweisen die Wahrscheinlichkeit diesen Vorschlag anzuführen, um vier Prozentpunkte.

Tabelle 10: Determinanten der Motivationsanreize zur nächsten Stadtratswahl (logistische Regression; 1= Anreiz genannt)

	Modell 1 „Aufklärung“	Modell 2 „Eigenschaften Politiker*innen“	Modell 3 „Klare Positionierung“
Wähler*innengruppe (1=Nichtwähler*innen)	k.F.	0,028 (0,050)	k.F.
Demografische Merkmale			
Geschlecht (1=weiblich)	0,060 (0,029) *	0,007 (0,025)	- 0,039 (0,026)
Niedrige Bildung (RK = hohe Bildung)	- 0,085 (0,033) **	0,034 (0,060)	- 0,039 (0,055)
Mittlere Bildung (RK = hohe Bildung)	- 0,046 (0,031)	- 0,004 (0,030)	- 0,052 (0,028)
Alter (in Jahren)	0,003 (0,007)	0,002 (0,006)	- 0,006 (0,006)
Alter quadriert	- 0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)	0,000 (0,000)
Konfessionslos (RK = Evangelisch)	0,035 (0,039)	- 0,022 (0,032)	- 0,028 (0,033)
Römisch-katholisch (RK = Evangelisch)	0,026 (0,040)	- 0,024 (0,032)	0,006 (0,033)
Andere Konfession (RK = Evangelisch)	0,128 (0,106)	0,235 (0,123)	k.F.
Partnerschaft (1=mit Partner*in)	- 0,022 (0,035)	0,071 (0,028) *	0,031 (0,031)
Haushaltsgröße (1=Ein-Personen-Haushalt)	0,004 (0,039)	0,030 (0,050)	0,030 (0,047)
Sozio-ökonomische Merkmale			
Einfache Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	0,100 (0,093)	- 0,039 (0,042)	- 0,040 (0,056)
Mittlere Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	0,023 (0,039)	- 0,042 (0,032)	0,005 (0,032)
Freiberufliche Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,044 (0,038)	- 0,037 (0,041)	0,019 (0,044)
In Ausbildung (RK = gehobene Tätigkeit)	0,215 (0,129)	- 0,015 (0,065)	- 0,035 (0,067)
Nicht Erwerbstätig (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,017 (0,056)	0,080 (0,052)	- 0,072 (0,038)
Unteres Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	- 0,007 (0,042)	- 0,028 (0,036)	- 0,030 (0,029)
2. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	- 0,013 (0,036)	0,005 (0,036)	0,020 (0,036)
3. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	- 0,075 (0,030)	0,018 (0,036)	0,013 (0,035)

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

	Modell 1 „Aufklärung“	Modell 2 „Eigenschaften Politiker*innen“	Modell 3 „Klare Positionierung“
Weitere strukturelle Merkmale			
Lebenszufriedenheit	0,005 (0,007)	0,010 (0,008)	0,009 (0,008)
Hohe individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	0,063 (0,067)	- 0,017 (0,054)	k.F.
Mittlere individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	- 0,054 (0,029)	0,068 (0,044)	0,024 (0,042)
Schlechte Zukunftsaussichten (RK = bessere)	0,091 (0,076)	0,012 (0,048)	0,034 (0,074)
Gleichbleibende Zukunftsaussichten (RK = bessere)	0,014 (0,032)	- 0,013 (0,038)	0,066 (0,031) *
Politische Weltsicht			
Politisches Interesse	0,003 (0,008)	0,008 (0,007)	0,001 (0,007)
Politische Einstellung	0,003 (0,006)	0,004 (0,006)	- 0,003 (0,008)
Vertrauen in politische Institutionen	- 0,003 (0,023)	- 0,045 (0,021) *	0,012 (0,022)
Unzufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,090 (0,056)	0,039 (0,036)	- 0,164 (0,060) **
Teilweise zufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	0,044 (0,038)	- 0,034 (0,035)	- 0,098 (0,047) *
Kurzfristige politische Einstellungen			
Politische Desillusionierung	- 0,039 (0,017) *	- 0,000 (0,012)	0,006 (0,013)
Bedeutung von Politik	- 0,004 (0,033)	0,021 (0,035)	- 0,036 (0,029)
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung	- 0,009 (0,017)	- 0,010 (0,016)	- 0,040 (0,015) **
Politische Information	- 0,048 (0,022) *	- 0,023 (0,018)	- 0,004 (0,023)
Pseudo Loglikelihood	- 159,209	- 144,541	- 129,169
Pseudo R ²	0,122	0,139	0,160
N	499	553	459

Anmerkung: Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (AMEs) und robuste Standardfehler (in Klammern); * = $p < 0,05$ ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

3.4.8 Problemlagen in München

Im zweiten Schritt sollen nun die stadt spezifischen Probleme unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie dazu beitragen, dass sich Münchnerinnen und Münchner für eine Beteiligung an Wahlen entscheiden oder nicht⁹⁶. 902 der 998 Befragten (90%) haben sich zu dieser Frage geäußert und nannten dabei 2.448 Problembereiche. Diese 2.448 Antworten wurden zu insgesamt 22 Kategorien mit inhaltlich jeweils ähnlichen Äußerungen zusammengefasst. In *Tabelle 11* sind die kategorisierten Problembereiche aufgeführt. Es zeigt

⁹⁶ Auch diese Problemlagen wurden offen abgefragt („Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit die größten Probleme in München?“)

sich, dass bei unserer Untersuchung vier Problembereiche im Vordergrund stehen, die bereits in der Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016 genannt wurden⁹⁷. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die Probleme bzw. Problembereiche auf kommunalpolitischer Ebene deutlich von denjenigen auf bundesdeutscher Ebene unterscheiden⁹⁸.

Tabelle 11: Derzeit größte Probleme in München (n = 902; Mehrfachantworten möglich)

Größte Probleme in München	Prozent
Bezahlbare Mieten/Immobilienpreise (zu teuer, zu hoch)	43
Individualverkehr - Aufkommen und Dichte (Staus usw.)	41
Wohnungsmangel/-not/zu wenig Wohnungen	35
ÖPNV ausbauen, verbessern	20
Soziale Ungleichheit (Reich-Arm, Kinder-/Altersarmut usw.)	12
Kita, Kiga, Schulen usw. (Angebot, Ausbau, Verbesserung)	12
Zu hoher Zuzug	10
Geflüchtete, „Überfremdung“ (negative Konnotation)	10
Sozialer Wohnungsbau	5
Kriminalität/Sicherheit	5
Hohe Lebenshaltungskosten/Preise allgemein	5
ÖPNV zu teuer	3
Bettler, Obdachlose	3
Geflüchtete - positive Konnotationen (Integration usw.)	3
Nachverdichtung/Versiegelung von Grünflächen	3
Luft- und Umweltverschmutzung	2
Gentrifizierung	2
Radwegeausbau	2
Lärmbelastung	1
Sauberkeit/Müll in der Stadt	1
Sonstige Angaben	15

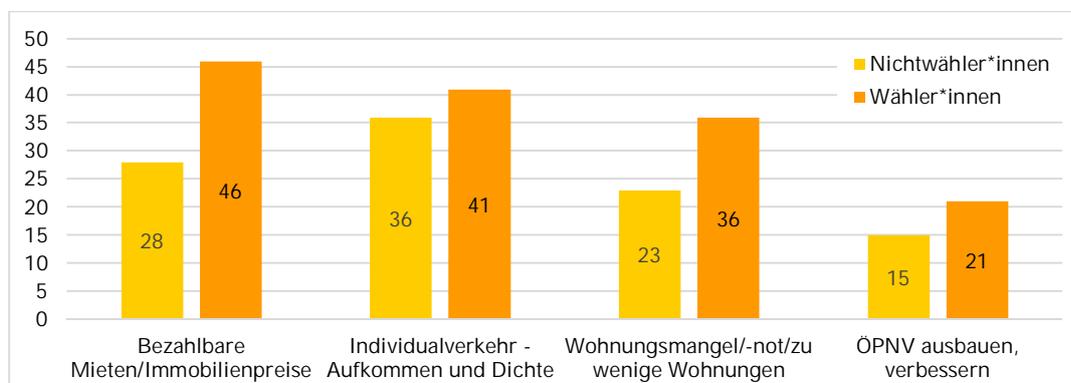
Auch hier schließt sich die Frage an, ob sich Wähler*innen und Nichtwähler*innen in der Einschätzung von Problemlagen unterscheiden, da sich daraus Hinweise für mögliche Bereiche ergeben, über die man Nichtwähler*innen ansprechen kann. Zunächst ist darauf zurückzukommen, dass insgesamt rund 10% der Befragten hier keine Angaben machten. Bereits in diesem Fall unterscheiden sich die beiden Gruppen höchst signifikant. Während 30% der Nichtwähler*innen sich zu dieser Frage nicht äußerten, beträgt der Anteil unter den Wähler*innen lediglich 7%. Ähnliches zeigt sich bei den insgesamt genannten Prob-

⁹⁷ Auch hier waren es „zu hohe Mieten (44%)“, „zu wenig Wohnraum (43%)“ „ÖPNV (27%)“ und „Verkehr (25%)“ (INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung, 2017: 51).

⁹⁸ Hier stehen „Flüchtlinge/Migration“ (48%), „Innere Sicherheit“ (14%) und „Soziale Gerechtigkeit“ (11%) im Vordergrund (Giesselmann et al., 2017: 197)

lembereichen. Sind die Anteile bei den Wähler*innen bzw. Nichtwähler*innen, die jeweils ein oder zwei Problem(e) angeben annähernd gleich, so nennen Wähler*innen höchst signifikant häufiger sowohl drei (50% gegenüber 34%) als auch vier und mehr Problembereiche (13% gegenüber 3%)⁹⁹. Die Gruppe der Nichtwähler*innen ist also erneut schwerer zu greifen, da sie sich auch mit möglichen Hinweisen auf problemzentrierte Möglichkeiten, sie anzusprechen, unverkennbar zurückhält (*Abbildung 34*). Es ist zu beobachten, dass sich lediglich bei zwei der vier Aspekte signifikante Unterschiede zwischen den Angaben der Wähler*innen und Nichtwähler*innen zeigen („Bezahlbare Mieten/Immobilienpreise“ und „Wohnungsmangel/-not“), wobei beide Problembereiche von den Wähler*innen häufiger angeführt werden.

Abbildung 34: Größte Probleme in München und (Nicht-)wähler*innen



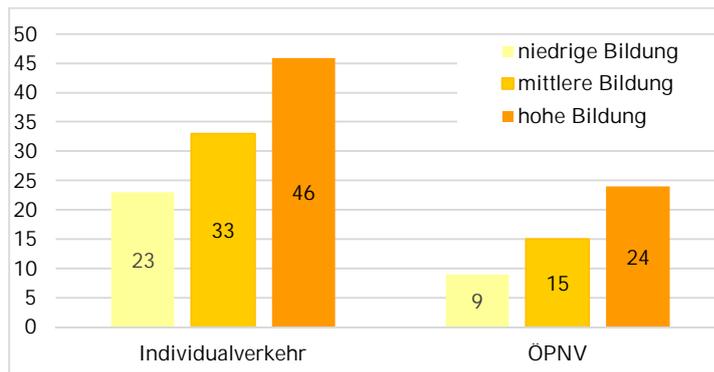
Darüber hinaus ist es von Interesse zu analysieren, ob sich in Abhängigkeit der wesentlichen Merkmale bzw. Einstellungskonstrukte der Befragten eine unterschiedliche Problempassung äußert. Dabei beschränken wir uns auf die vier am häufigsten genannten Aspekte.

Es ergeben sich etwa signifikante geschlechtsspezifische Zusammenhänge mit den verkehrsrelevanten Problembereichen: Männer nennen signifikant häufiger als Frauen sowohl den „Individualverkehr“ (47% gegenüber 36%) als auch den „ÖPNV“ (23% gegenüber 18%) als größte Probleme in München.

Die beiden Problembereiche, die den Verkehr in München fokussieren hängen zudem signifikant mit dem Bildungsstand der Befragten zusammen (*Abbildung 35*): Je höher der Bildungsstand, desto höher die Anteile der Befragten, die diese beiden Problembereiche angeben.

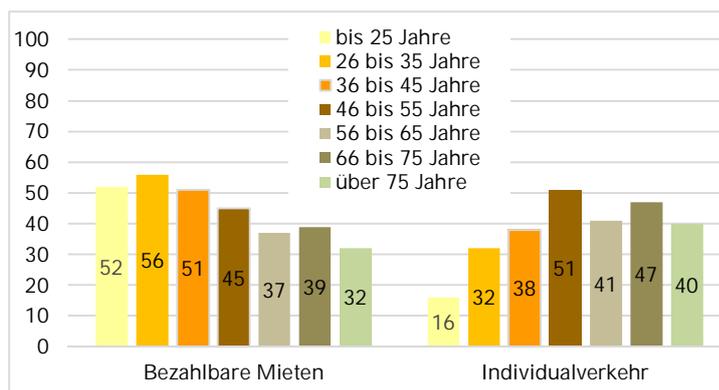
⁹⁹ Ein Mittelwertvergleich bestätigt dieses Ergebnis: Wähler*innen nannten im Schnitt 2,6 Probleme, Nichtwähler*innen demgegenüber lediglich 1,7.

Abbildung 35: Größte Probleme in München und Bildung



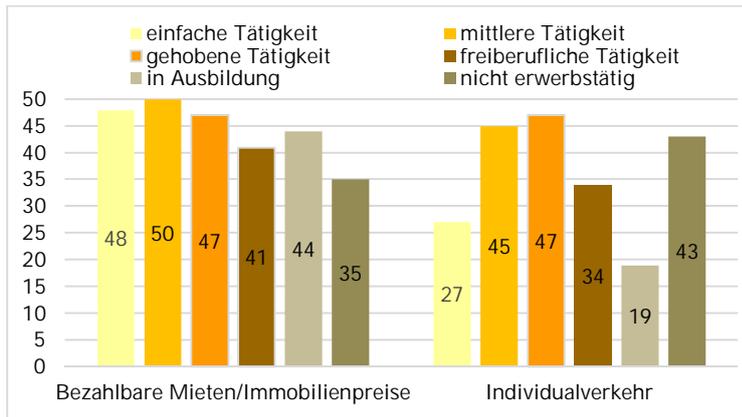
Die Nennung einzelner Probleme hängt zudem signifikant vom Alter der Befragten ab. Wie *Abbildung 36* darstellt finden sich bezogen auf den Bereich „bezahlbare Mieten/Immobilienpreise“ überdurchschnittliche hohe Anteile unter den Befragten bis 45 Jahre, während der „Individualverkehr“ von den älteren Befragten über 45 Jahre häufiger als großes Problem in München angeführt wurde.

Abbildung 36: Größte Probleme in München und Alter



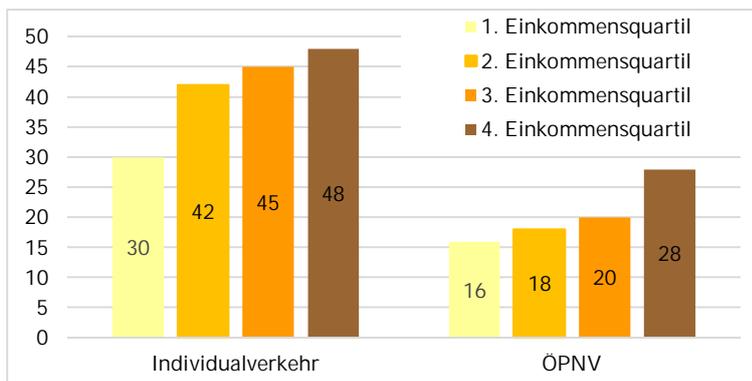
Es besteht des Weiteren eine unterschiedliche Einschätzung hinsichtlich „bezahlbarer Mieten“ und des „Individualverkehrs“ in Abhängigkeit des beruflichen Status (*Abbildung 37*): Insbesondere Befragte in freiberuflicher Tätigkeit sowie nicht Erwerbstätige sehen das Problem der „bezahlbaren Mieten“ in geringerem Ausmaß, während der „Individualverkehr“ vor allem von Befragten mit mittlerer oder gehobener Tätigkeit sowie von nicht Erwerbstätigen häufiger als großes Problem in München angeführt wird.

Abbildung 37: Größte Probleme in München und berufliche Stellung



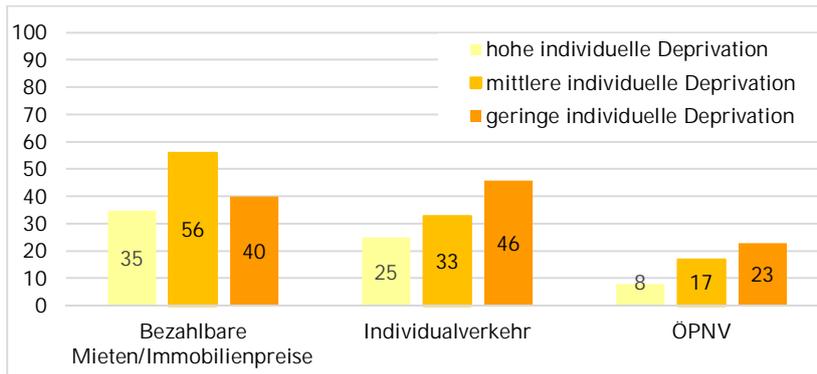
Die Probleme, die den Verkehr in München betreffen hängen zudem signifikant vom Einkommen ab (*Abbildung 38*): Je höher das Einkommen, desto höher die Anteile der Befragten, die diese beiden Problembereich angeben.

Abbildung 38: Größte Probleme in München und Einkommen



Von den sozialstrukturellen Merkmalen spielt einerseits die individuelle Deprivation eine Rolle und das bezogen auf „bezahlbare Mieten“, „Individualverkehr“ und „ÖPNV“ (*Abbildung 39*). Das Problem bezahlbaren Wohnraums scheint vor allem für diejenigen Befragten von größerem Belang, die in mittlerem Ausmaß depriviert sind. Für die Verkehrsbereiche gilt dagegen: Je geringer die individuelle Deprivation, desto höher sind die Anteile der Befragten, die diese beiden Aspekte angeben.

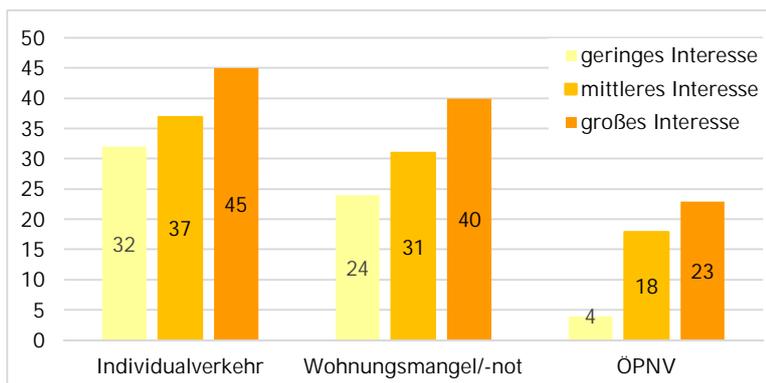
Abbildung 39: Größte Probleme in München und wirtschaftliche Situation



Betrachtet man die langfristig stabilen Einstellungskonstellationen, so weisen hier alle vier Einflussvariablen Zusammenhänge mit der Nennung einzelner Problembereiche auf.

Je höher das politische Interesse der Befragten, desto häufiger nennen sie die beiden verkehrsrelevanten Bereiche („Individualverkehr“ und „ÖPNV“) sowie das Problem des Wohnungsmangels in München (Abbildung 41).

Abbildung 41: Größte Probleme in München und politisches Interesse

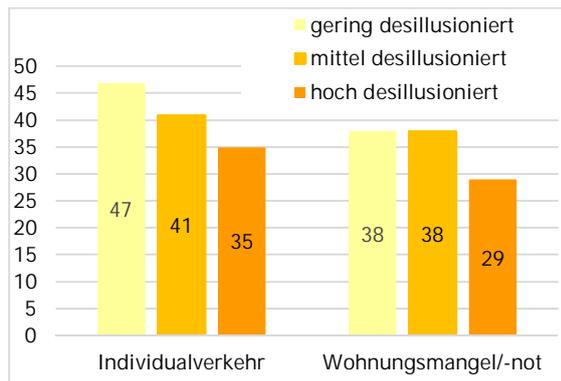


Linksorientierte Menschen sind häufiger als Personen, die sich selbst als politisch der Mitte oder rechts zugehörig bezeichnen, der Meinung, bezahlbare Mieten seien ein großes Problem in München (Links: 52%; Mitte: 44%; Rechts: 30%).

Zudem weist die Demokratiezufriedenheit einen Zusammenhang mit dem Thema „Individualverkehr“ auf: Zufriedene messen diesem Problem mehr Bedeutung zu (unzufrieden: 13%; teils/teils: 20%; zufrieden: 22%).

Schließlich und letztlich beeinflussen weitere politische Einstellungsmuster die Problempassung, wobei hier die politische Desillusionierung im Vordergrund steht (Abbildung 42). Eine niedrige politische Desillusionierung geht mit einer häufigeren Nennung der Problembereiche „Wohnungsmangel/-not“ und „Individualverkehr“ einher.

Abbildung 42: Größte Probleme in München und politische Desillusionierung



Unterschiedliche Häufigkeiten von Problemnennungen hängen schließlich und letztlich auch mit der Bedeutung zusammen, die die Befragten sowohl der Politik als auch der Bürger*innenbeteiligung zumessen. Je höher die Bedeutung von Politik, desto häufiger wird das Problem „bezahlbare Mieten“ genannt (gering: 0%; mittel: 33%; hoch: 45%). Umgekehrt gilt für die Bürger*innenbeteiligung: Je geringer die Bedeutung, desto öfter wird der „ÖPNV“ als Problem angegeben (gering: 25%; mittel: 23%; hoch: 17%).

Zusammenfassend kann man hier festhalten, dass es bezüglich der größten Probleme in München Zusammenhänge mit unabhängigen Variablen aus unserem allgemeinen Erklärungsmodell gibt, und zwar folgende:

- 1) Bezahlbare Mieten/Immobilienpreise: Alter, berufliche Stellung, wirtschaftliche Situation, politische Orientierung und Bedeutung von Politik/Wahlen
- 2) Individualverkehr: Geschlecht, Bildung, Alter, Partnerschaft, Single-Haushalt, berufliche Stellung, Einkommen, wirtschaftliche Situation, ökonomische Zukunftsperspektive, politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit und politische Desillusionierung
- 3) Wohnungsmangel/-not: Politisches Interesse und politische Desillusionierung
- 4) ÖPNV: Geschlecht, Bildung, Einkommen, wirtschaftliche Situation, ökonomische Zukunftsperspektive, politisches Interesse und Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen sind in *Tabelle 12* angegeben. Wir untersuchen dabei den Einfluss der entsprechenden Merkmale auf drei der vier wichtigsten Problembereiche¹⁰⁰. Explizit lassen sich folgende Ergebnisse berichten:

Es wird deutlich, dass auf das genannte Problem „bezahlbare Mieten“ sowohl demografische Merkmale als auch die individuelle Deprivation sowie die politische Orientierung signifikant einwirken. Gehören die Befragten einer anderen Religionsgemeinschaft an, so haben sie eine um 40,1 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, dieses Problem als

¹⁰⁰ Den Problembereich „Wohnungsmangel/-not“ betrachten wir nicht genauer, da bei ihm lediglich Zusammenhänge mit zwei Merkmalen beobachtbar sind.

wichtig zu erachten als die evangelischen Untersuchungsteilnehmer*innen. Im Vergleich zu Personen, die individuell in geringem Ausmaß depriviert sind, nennen die in einem mittleren Maße Deprivierten mit einer um 19,8 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit bezahlbare Mieten als wichtiges Problem in München. Die Wahrscheinlichkeit diesen Aspekt anzugeben, sinkt mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 3,2 Prozentpunkte.

Auf die Nennung des Problems „*Individualverkehr*“ wirken sowohl demografische Merkmale als auch kurz- und langfristige politische Einstellungen signifikant ein. Im Vergleich zu Hochgebildeten weisen die niedrig Gebildeten eine um 21 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Problem zu nennen. Mit jedem Jahr, das die Befragten älter werden, ist die Wahrscheinlichkeit um zwei Prozentpunkte höher, diese Problemlage anzuführen. Gehören die Befragten einer anderen Religionsgemeinschaft an, so haben sie eine um 35,7 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, diesen Aspekt als wichtig zu betrachten als evangelische Untersuchungsteilnehmer*innen. Im Vergleich zu Personen, die mit der Demokratie zufrieden sind, weisen diejenigen, die damit nur teilweise zufrieden sind eine um 12,9 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Gesichtspunkt anzugeben. Schließlich sinkt die Wahrscheinlichkeit mit jedem zusätzlichen Punkt des Index der Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung um 6,4 Prozentpunkte.

Nennungen, die sich auf das Problem des ÖPNV beziehen, sind von demografischen und sozio-ökonomischen Merkmalen sowie der politischen Desillusionierung und der Einstellung zu Bürger*innenbeteiligungsverfahren signifikant beeinflusst. Die Wahrscheinlichkeit, dieses Problem hervorzuheben, ist bei den Personen mit niedriger bzw. mittlerer Bildung um 13,4 bzw. 11,1 Prozentpunkte geringer als bei den Hochgebildeten. Im Vergleich zu den Personen, die eine gehobene Tätigkeit ausüben, weisen sich in Ausbildung befindliche Befragte, eine um 41,7 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Problem anzusprechen. Schließlich steigt sie mit jedem Punkt auf der Skala der politischen Desillusionierung um 4,1 Prozentpunkte und sinkt mit jedem Punkt auf des Index der Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung um 5,3 Prozentpunkte.

Tabelle 12: Determinanten der Nennung von Problemen in München
(logistische Regression; 1= Problem genannt)

	Modell 1 „Bezahlbare Mieten“	Modell 2 „Individual- verkehr“	Modell 3 „ÖPNV“
Wähler*innengruppe (1=Nichtwähler*innen)	- 0,084 (0,069)	0,024 (0,069)	- 0,098 (0,052)
Demografische Merkmale			
Geschlecht (1=weiblich)	- 0,030 (0,045)	- 0,026 (0,044)	0,028 (0,037)
Niedrige Bildung (RK = hohe Bildung)	0,004 (0,113)	- 0,210 (0,104) *	- 0,134 (0,058) *
Mittlere Bildung (RK = hohe Bildung)	- 0,046 (0,052)	- 0,062 (0,051)	- 0,112 (0,040) **
Alter (in Jahren)	- 0,000 (0,009)	0,020 (0,010) *	0,000 (0,007)
Alter quadriert	- 0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)
Konfessionslos (RK = Evangelisch)	- 0,043 (0,058)	- 0,032 (0,055)	0,026 (0,052)
Römisch-katholisch (RK = Evangelisch)	- 0,106 (0,058)	- 0,018 (0,055)	0,058 (0,051)
Andere Konfession (RK = Evangelisch)	- 0,401 (0,065) ***	- 0,357 (0,092) ***	k.F.
Partnerschaft (1=mit Partner*in)	- 0,010 (0,063)	0,118 (0,066)	- 0,088 (0,055)
Haushaltsgröße (1=Ein-Personen-Haushalt)	0,019 (0,070)	- 0,046 (0,071)	- 0,042 (0,051)
Sozio-ökonomische Merkmale			
Einfache Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	0,132 (0,106)	- 0,023 (0,117)	0,169 (0,115)
Mittlere Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	0,043 (0,060)	0,084 (0,057)	0,069 (0,056)
Freiberufliche Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,084 (0,081)	- 0,144 (0,079)	0,125 (0,082)
In Ausbildung (RK = gehobene Tätigkeit)	0,012 (0,125)	0,069 (0,135)	0,417 (0,121) **
Nicht Erwerbstätig (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,072 (0,084)	0,039 (0,086)	0,111 (0,079)
Unteres Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,008 (0,069)	- 0,042 (0,067)	- 0,063 (0,052)
2. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,057 (0,061)	0,005 (0,060)	- 0,039 (0,049)
3. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,021 (0,060)	- 0,028 (0,058)	- 0,004 (0,049)

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

	Modell 1 „Bezahlbare Mieten“	Modell 2 „Individual- verkehr“	Modell 3 „ÖPNV“
Weitere strukturelle Merkmale			
Lebenszufriedenheit	- 0,005 (0,013)	- 0,004 (0,013)	- 0,007 (0,014)
Hohe individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	- 0,026 (0,094)	- 0,075 (0,090)	- 0,089 (0,072)
Mittlere individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	0,198 (0,057) **	0,046 (0,055)	- 0,008 (0,049)
Schlechte Zukunftsaussichten (RK = bessere)	- 0,122 (0,077)	0,036 (0,081)	- 0,079 (0,063)
Gleichbleibende Zukunftsaussichten (RK = bessere)	- 0,047 (0,058)	0,087 (0,058)	- 0,020 (0,051)
Politische Weltsicht			
Politisches Interesse	0,010 (0,013)	0,003 (0,012)	0,016 (0,011)
Politische Einstellung	- 0,032 (0,011) **	- 0,009 (0,012)	0,007 (0,011)
Vertrauen in politische Institutionen	0,069 (0,039)	0,075 (0,039)	0,031 (0,033)
Unzufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,057 (0,074)	0,102 (0,067)	- 0,136 (0,078)
Teilweise zufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,001 (0,063)	0,129 (0,057) *	0,033 (0,053)
Kurzfristige politische Einstellungen			
Politische Desillusionierung	0,024 (0,025)	- 0,036 (0,024)	0,041 (0,021) *
Bedeutung von Politik	- 0,053 (0,055)	- 0,041 (0,050)	- 0,064 (0,047)
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung	0,020 (0,027)	- 0,064 (0,026) *	- 0,053 (0,021) *
Politische Information	0,025 (0,036)	0,037 (0,036)	0,004 (0,029)
Pseudo Loglikelihood	- 352,885	- 334,506	- 274,050
Pseudo R ²	0,079	0,117	0,095
N	553	553	541

Anmerkung: Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (AMEs) und robuste Standardfehler (in Klammern); * = $p < 0,05$ ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

3.4.9 Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen(bereiche)

Im letzten Schritt sollen noch Themenbereiche geprüft werden, die aus Sicht der Münchnerinnen und Münchner für die Landeshauptstadt besonders wichtig sind, bei denen sie jedoch das Gefühl haben, die Politik kümmert sich nicht ausreichend darum. Diese Themenbereiche scheinen für eine gezielte Ansprache von Nichtwähler*innen entscheidend und daher für die Kommunalpolitik besonders wichtig, um eine Beteiligung an Wahlen herzu-

stellen¹⁰¹. 615 der 998 Befragten (rund 60%) haben sich zu dieser Frage geäußert und nannten dabei 1.409 Themenbereiche. Diese 1.409 Nennungen wurden zu denselben 22 Kategorien zusammengefasst wie die Problembereiche, da sich hier ähnliche Äußerungen fanden wie bei dieser Frage. In *Tabelle 13* sind die genannten und kategorisierten Themenbereiche dargestellt.

Tabelle 13: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen
(n = 615; Mehrfachantworten möglich)

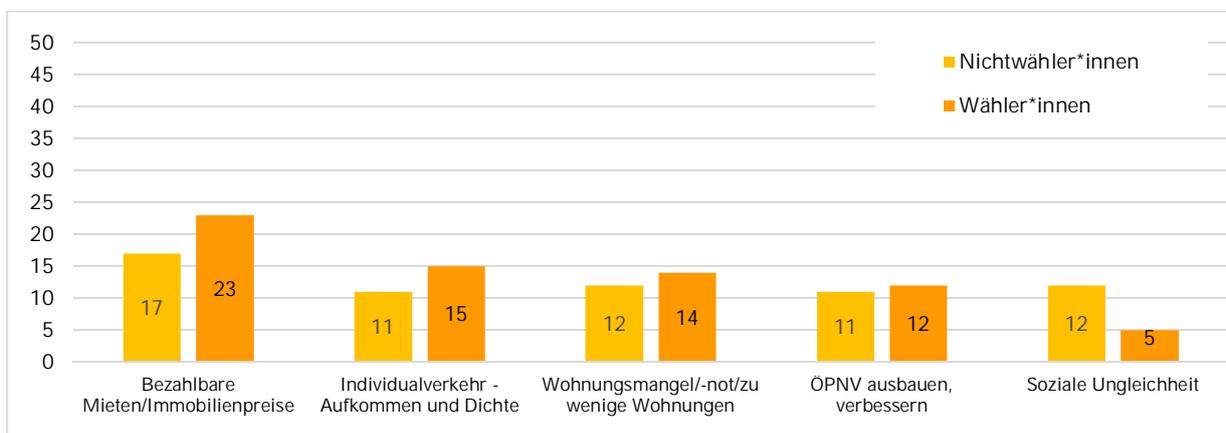
Von der Politik vernachlässigte Themen(bereiche) in München	Prozent
Bezahlbare Mieten/Immobilienpreise (zu teuer, zu hoch)	22
Individualverkehr - Aufkommen und Dichte (Staus usw.)	15
Wohnungsmangel/-not/zu wenig Wohnungen	14
ÖPNV ausbauen, verbessern	12
Soziale Ungleichheit (Reich-Arm, Kinder-/Altersarmut usw.)	11
Kita, Kiga, Schulen usw. (Angebot, Ausbau, Verbesserung)	8
Luft- und Umweltverschmutzung	8
Geflüchtete, „Überfremdung“ (negative Konnotation)	6
Sozialer Wohnungsbau	5
Kriminalität/Sicherheit	4
Hohe Lebenshaltungskosten/Preise allgemein	3
Nachverdichtung/Versiegelung von Grünflächen	3
Radwegeausbau	3
ÖPNV zu teuer	2
Sauberkeit/Müll in der Stadt	2
Lärmbelastung	1
Zu hoher Zuzug	1
Bettler und Obdachlose	1
Geflüchtete - positive Konnotationen (Integration usw.)	1
Gentrifizierung	1
Baustellen	0
Sonstige Angaben	19

Bezogen auf die genannten Themenbereiche schließt sich noch einmal die Frage an, ob sich Wähler*innen und Nichtwähler*innen in der Einschätzung dieser Themen unterscheiden, da sich daraus noch klarere Hinweise darauf ergeben könnten, mit welchen Themen

¹⁰¹ Diese Themenbereiche wurden abermals offen abgefragt („Gibt es Themen(bereiche), die für Sie in München besonders wichtig sind und bei denen Sie das Gefühl haben, die Politik kümmert sich nicht ausreichend darum?“). Hier ist darauf zu verweisen, dass es von bestimmten Voraussetzungen abhängt, ob die (Nicht-)Wähler*innen generell in der Lage sind, die erfolgreiche Bearbeitung der entsprechenden Themenbereiche durch die Politik bewerten zu können (Naurin/Oscarsson, 2017).

man Nichtwähler*innen ansprechen kann, um sie für eine positive Wahlentscheidung zu motivieren. Insgesamt rund 38% der Interviewten machten hier keine Angaben, wobei sich die beiden Gruppen höchst signifikant unterscheiden: Während 57% der Nichtwähler*innen sich zu dieser Frage nicht äußerten, beträgt dieser Anteil unter den Wähler*innen lediglich 36%. Ähnliches zeigt sich bei der Anzahl der genannten Themen. Hier sind die Anteile bei den Wähler*innen jeweils signifikant höher als bei den Nichtwähler*innen¹⁰². Auch in diesem Fall sind die Nichtwähler*innen mithin schwerer zu fassen, da sie sich mit Hinweisen auf themenbezogene Mobilisierungsaspekte nachdrücklich beschränken. Dies wird abermals klar, wenn man die fünf am häufigsten genannten Themenbereiche analysiert (Abbildung 43)¹⁰³. Das Thema „Soziale Ungleichheit“ wird, wie schon bei der Bewertung der Ziele Münchner Kommunalpolitik, von den Nichtwähler*innen signifikant häufiger genannt als von den Wähler*innen.

Abbildung 43: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und (Nicht-)wähler*innen



Hinsichtlich der aus Sicht der Befragten von der Politik vernachlässigten Themenbereiche ist es aufschlussreich, zu analysieren, ob sich in Abhängigkeit der wesentlichen Merkmale der Befragten eine unterschiedliche Wahrnehmung äußert. Hier betrachten wir von den fünf am häufigsten genannten Themenbereichen die drei, für die die meisten Zusammenhänge mit den in Frage kommenden Merkmalen der Befragten vorliegen¹⁰⁴.

Zuerst sind erneut signifikante geschlechtsspezifische Zusammenhänge mit den verkehrsrelevanten Themenbereichen festzuhalten: Doppelt so viele Männer wie Frauen erachten das Thema „Individualverkehr“ für München als besonders wichtig, aber politisch vernachlässigt (20% gegenüber 10%). Ähnliches zeigt sich beim Thema „ÖPNV“: 15% der Männer und 9% der Frauen erachten es als kommunalpolitisch vernachlässigt.

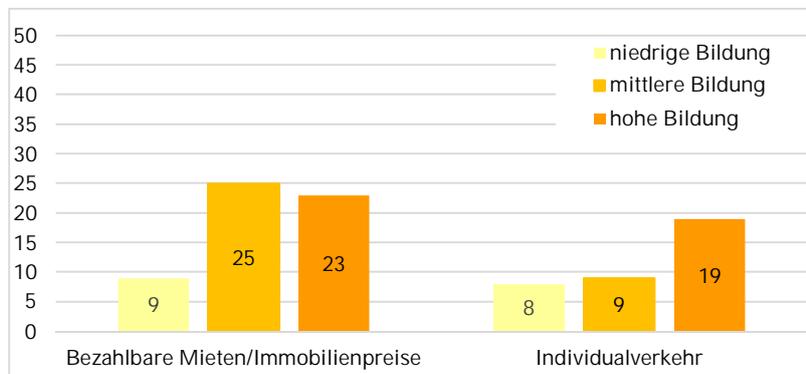
¹⁰² Ein Mittelwertvergleich bestätigt dieses Ergebnis neuerlich: Wähler*innen nannten im Schnitt 1,5 Themenbereiche, Nichtwähler*innen demgegenüber lediglich einen.

¹⁰³ Die ersten vier Bereiche decken sich im Übrigen mit den vier am häufigsten genannten Problemen Münchens.

¹⁰⁴ Die Themen „Wohnungsmangel/-not“ und „ÖPNV“ weisen lediglich Zusammenhänge mit einem bzw. zwei Merkmalen auf.

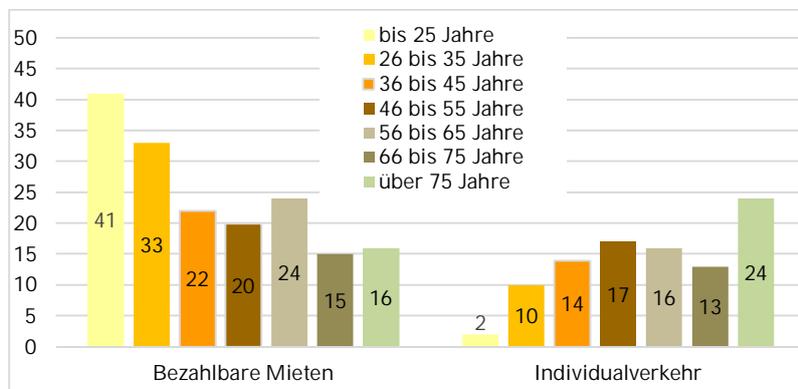
Der Themenbereich „Individualverkehr“ sowie das Thema „bezahlbare Mieten/Immobilienpreise“ hängen ferner signifikant mit dem Bildungsstand der Befragten zusammen (*Abbildung 44*): Je höher der Bildungsstand, desto höher die Anteile der Befragten, die diese beiden Themenbereiche angeben.

Abbildung 44: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und Bildung



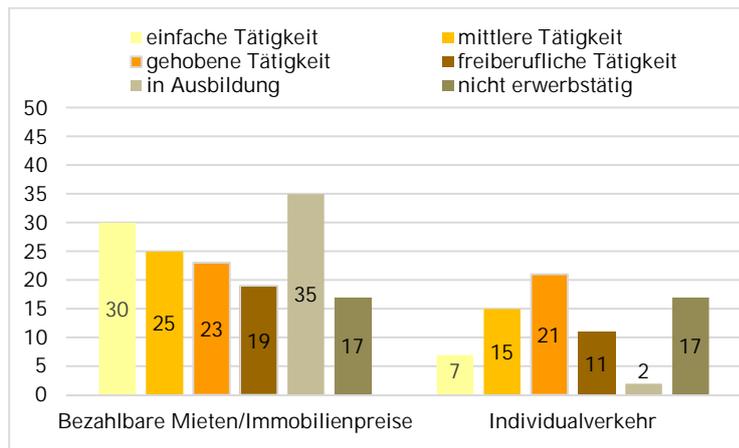
Wie *Abbildung 45* zeigt finden sich bezogen auf den Themenbereich „bezahlbare Mieten/Immobilienpreise“ überdurchschnittliche hohe Anteile unter den Befragten bis 35 Jahre, während der „Individualverkehr“ von den ältesten Befragten über 75 Jahre häufiger politisch vernachlässigtes Thema angeführt wird.

Abbildung 45: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und Alter



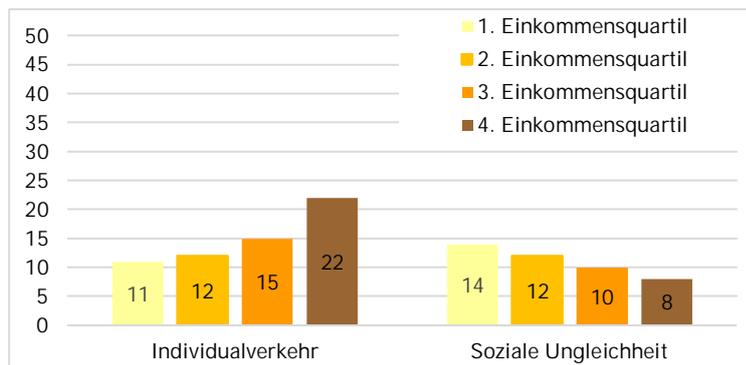
Hinsichtlich der beiden sozio-ökonomischen Merkmale sind ebenfalls Zusammenhänge festzuhalten. Hier besteht eine unterschiedliche Einschätzung bezüglich der beiden Probleme „bezahlbarer Mieten“ und „Individualverkehr“ in Abhängigkeit des beruflichen Status (*Abbildung 46*): Hauptsächlich Befragte in einfachen Tätigkeiten sowie sich in Ausbildung befindliche Personen sehen das Thema „bezahlbare Mieten“ in einem höherem Ausmaß politisch vernachlässigt, während der „Individualverkehr“ vor allem von Befragten mit mittlerer oder gehobener Tätigkeit sowie von nicht Erwerbstätigen häufiger angeführt wird.

Abbildung 46: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und berufliche Stellung



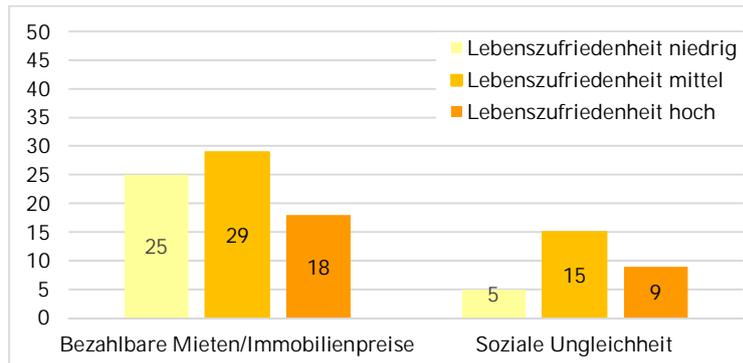
Die Themenbereiche „Individualverkehr“ und „Soziale Ungleichheit“ hängen zudem signifikant vom Einkommen ab (*Abbildung 47*): Je höher das Einkommen, desto höher der Anteil der Befragten, die den „Individualverkehr“ und desto niedriger der Anteil derjenigen, die das Thema „soziale Ungleichheit“ als politisch vernachlässigt beurteilen.

Abbildung 47: Kommunalpolitisch vernachlässigtes Thema „Individualverkehr und Einkommen



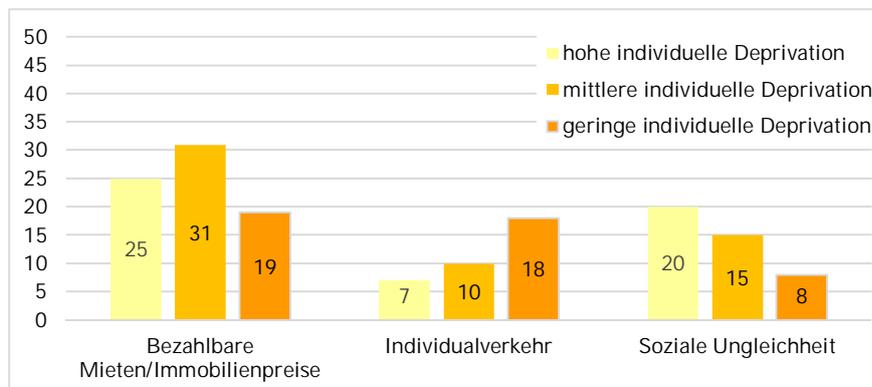
Von den weiteren strukturellen Merkmalen spielen alle zwei Aspekte eine Rolle. Das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ scheint insbesondere für diejenigen Befragten politisch vernachlässigt zu werden, die mit ihrem Leben alles in allem unzufriedener sind. Demgegenüber finden vor allem Menschen, die mit ihrem Leben in einem mittleren Ausmaß zufrieden sind, dass die Münchner Kommunalpolitik sich zu wenig um die „soziale Ungleichheit“ kümmert.

Abbildung 48: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und Lebenszufriedenheit



Die individuelle Deprivation hängt mit den Themen „bezahlbare Mieten“, „Individualverkehr“ und „soziale Ungleichheit“ zusammen (Abbildung 49). Bezahlbaren Wohnraum empfinden besonders diejenigen als politisch vernachlässigt, die in einem mittleren Ausmaß depriviert sind. Für den Individualverkehr gilt dagegen: Je geringer die individuelle Deprivation, desto höher sind die Anteile der Befragten, die diesen Themenbereich als wichtig, aber von der Politik in München vernachlässigt empfinden. Schließlich ist beim Thema „soziale Ungleichheit“ der umgekehrte Zusammenhang erkennbar: Je höher die individuelle Deprivation, desto höher die Anteile bei diesem Themenbereich.

Abbildung 49: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und individuelle Deprivation



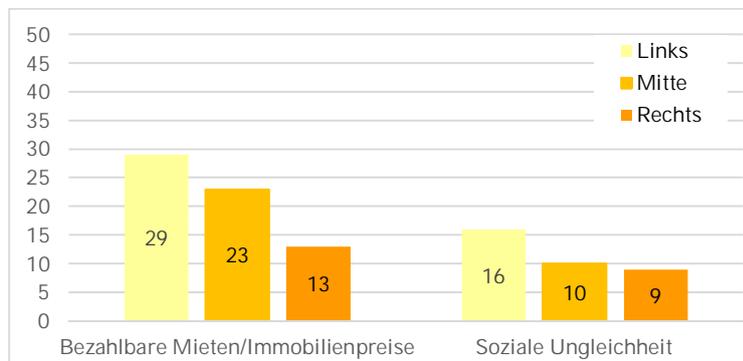
Von den langfristig stabilen Einstellungsstrukturen weisen alle vier Zusammenhänge mit einzelnen politisch vernachlässigten Themenbereichen auf.

Je höher das politische Interesse der Befragten, desto häufiger nennen sie sowohl den Themenbereich „Individualverkehr“ (niedriges Interesse: 4%; mittleres Interesse: 13%; großes Interesse: 18%) als auch das Thema „ÖPNV“ (niedriges Interesse: 0%; mittleres Interesse: 10%; großes Interesse: 14%).

Wie *Abbildung 48* zeigt, hängt die Bewertung kommunalpolitisch vernachlässigter Ziele mit der politischen Orientierung zusammen: Im Vergleich zu Personen, die sich politisch in der Mitte bzw. rechts einstufen, sind linksorientierte Menschen häufiger der Meinung, „bezahl-

bare Mieten“ und „soziale Ungleichheit“ seien politisch vernachlässigte Themen in München.

Abbildung 48: Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen und politische Orientierung



Darüber hinaus verspüren Befragte, die wenig Vertrauen in politische Institutionen haben, eine größere Vernachlässigung des Themas „soziale Ungleichheit“ als die jeweiligen Vergleichsgruppen (wenig Vertrauen: 17%; mittleres Vertrauen: 12%; viel Vertrauen: 3%).

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bezogen auf die Demokratiezufriedenheit: Unzufriedene äußern deutlich öfter, dass das Thema „soziale Ungleichheit“ in München politisch vernachlässigt wird (unzufrieden: 18%; teils/teils: 12%; zufrieden: 9%).

Schließlich beeinflussen kurzfristige Einstellungsmuster die politische Bewertung dieser Themen. Eine hohe politische Desillusionierung geht mit einer häufigeren Nennung des Themas „soziale Ungleichheit“ einher (niedrig: 9%; mittel: 9%; hoch: 16%). Die Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung steht mit dem Thema „bezahlbare Mieten“ in Zusammenhang: Sowohl Personen, welche die Bedeutung als gering als auch solche, die sie als hoch einschätzen führen den Themenbereich am häufigsten an (Bedeutung gering: 23%; Bedeutung mittel: 18%; Bedeutung groß: 26%). Letztendlich spielt im Zusammenhang mit diesem Thema die Information über das politische Geschehen in München eine Rolle: Befragte, die sich nicht ausreichend und nicht verständlich über das politische Geschehen informiert fühlen, nennen dieses Thema deutlich öfter (nicht ausreichend: 11%; teils/teils: 7%; ausreichend: 4%).

In Bezug auf die aus Sicht der Befragten kommunalpolitisch vernachlässigten Themenbereiche zeigen sich folgende Zusammenhänge mit unabhängigen Variablen aus unserem allgemeinen Erklärungsmodell:

- 1) Bezahlbare Mieten/Immobilienpreise: Bildung, Alter, berufliche Stellung, Lebenszufriedenheit, individuelle Deprivation, politische Orientierung und Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung
- 2) Individualverkehr: Geschlecht, Bildung, Alter, Partnerschaft, Single-Haushalt, berufliche Stellung, Einkommen, individuelle Deprivation und politisches Interesse

3) Soziale Ungleichheit: Wähler*innengruppe, Einkommen, Lebenszufriedenheit, individuelle Deprivation, politische Orientierung, Vertrauen in politische Institutionen, Demokratiezufriedenheit und politische Desillusionierung

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen sind in *Tabelle 14* angegeben. Wir untersuchen dabei den Einfluss der entsprechenden Merkmale auf die drei oben genannten politisch vernachlässigten Themenbereiche. Ausführlich lassen sich folgende Ergebnisse berichten:

Es wird deutlich, dass auf das Thema „*bezahlbare Mieten*“ weiterhin einige erklärende Variable signifikant einwirken. So weisen niedrig Gebildete im Vergleich zu Hochgebildeten eine um 22,3 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Thema anzusprechen. Mit jedem Jahr, das die Befragten älter werden, ist die Wahrscheinlichkeit ebenfalls um 1,6 Prozentpunkte geringer, dass sie dieses Thema nennen. Hier ist jedoch ein quadratischer Alterseffekt zu beachten, das heißt, die Wahrscheinlichkeit der Nennung nimmt zunächst bis zu einem bestimmten Alter ab, bevor sie dann mit steigendem Alter wieder anwächst. Bei Personen, die freiberufliche Tätigkeiten ausüben, ist sie um 17,6 Prozentpunkte geringer als bei Befragten in gehobenen Tätigkeiten. Im Vergleich zu individuell gering Deprivierten weisen mittelmäßig Deprivierte eine um 13,5 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Thema anzusprechen. Sie sinkt des Weiteren mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 2,5 Prozentpunkte und steigt mit jedem weiteren Punkt auf der Skala der Bedeutung von Politik um 9,9 Prozentpunkte.

Auf die Angabe des Themas „*Individualverkehr*“ wirken vorzugsweise sozio-ökonomische Merkmale und langfristige politische Einstellungen signifikant ein. Die Wahrscheinlichkeit, dieses Thema anzugeben, ist bei Personen, die freiberufliche Tätigkeiten ausüben um 10,1 Prozentpunkte geringer als bei Befragten in gehobenen Tätigkeiten. Darüber hinaus besteht im Vergleich zum obersten Einkommensquartil bei den Befragten des 2. und 3. Einkommensquartils eine um 10,5 bzw. 10,8 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit dieses Thema zu nennen. Schließlich weisen im Vergleich zu Demokratiezufriedenen die damit nur teilweise Zufriedenen eine um 10,1 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Gesichtspunkt anzugeben.

Nennungen, die sich auf das Thema „*Soziale Ungleichheit*“ beziehen, sind wesentlich von der Wähler*innengruppe und dem Ausmaß der Demokratiezufriedenheit signifikant bestimmt. Nichtwähler*innen nennen dieses Thema mit einer um 6,3 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als Wähler*innen. Im Vergleich zu Personen, die mit der Demokratie zufrieden sind, weisen die Unzufriedenen eine um 10,3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Thema anzugeben.

Tabelle 14: Determinanten der Nennung politisch vernachlässigter Themen in München (logistische Regression; 1= Themenbereich genannt)

	Modell 1 „Bezahlbare Mieten“	Modell 2 „Individual- verkehr“	Modell 3 „Soziale Ungleichheit“
Wähler*innengruppe (1=Nichtwähler*innen)	0,016 (0,063)	- 0,011 (0,054)	0,063 (0,028) *
Demografische Merkmale			
Geschlecht (1=weiblich)	- 0,022 (0,037)	- 0,047 (0,033)	- 0,003 (0,029)
Niedrige Bildung (RK = hohe Bildung)	- 0,223 (0,033) ***	- 0,094 (0,056)	- 0,071 (0,039)
Mittlere Bildung (RK = hohe Bildung)	- 0,054 (0,041)	- 0,052 (0,038)	0,005 (0,031)
Alter (in Jahren)	- 0,016 (0,007) *	0,006 (0,007)	0,000 (0,005)
Alter quadriert	0,000 (0,000) *	- 0,000 (0,000)	0,000 (0,000)
Konfessionslos (RK = Evangelisch)	0,027 (0,048)	- 0,021 (0,043)	0,036 (0,037)
Römisch-katholisch (RK = Evangelisch)	- 0,022 (0,047)	0,016 (0,042)	0,007 (0,040)
Andere Konfession (RK = Evangelisch)	0,229 (0,131)	k.F.	0,085 (0,102)
Partnerschaft (1=mit Partner*in)	0,066 (0,052)	0,062 (0,044)	0,002 (0,045)
Haushaltsgröße (1=Ein-Personen-Haushalt)	0,090 (0,070)	- 0,042 (0,049)	0,008 (0,052)
Sozio-ökonomische Merkmale			
Einfache Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,009 (0,079)	- 0,114 (0,063)	0,008 (0,062)
Mittlere Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,070 (0,044)	0,004 (0,042)	- 0,014 (0,040)
Freiberufliche Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,176 (0,041) ***	- 0,101 (0,039) **	0,046 (0,065)
In Ausbildung (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,047 (0,081)	k.F.	- 0,003 (0,070)
Nicht Erwerbstätig (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,103 (0,061)	- 0,064 (0,056)	0,025 (0,056)
Unteres Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,109 (0,068)	- 0,067 (0,045)	- 0,018 (0,043)
2. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	- 0,009 (0,055)	- 0,105 (0,037) **	- 0,018 (0,035)
3. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	0,000 (0,052)	- 0,108 (0,035) **	- 0,042 (0,033)

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

	Modell 1 „Bezahlbare Mieten“	Modell 2 „Individual- verkehr“	Modell 3 „Soziale Ungleichheit“
Weitere strukturelle Merkmale			
Lebenszufriedenheit	0,007 (0,011)	- 0,006 (0,010)	- 0,011 (0,008)
Hohe individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	0,089 (0,086)	- 0,045 (0,067)	0,077 (0,077)
Mittlere individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	0,135 (0,057) *	0,014 (0,047)	0,021 (0,037)
Schlechte Zukunftsaussichten (RK = bessere)	0,019 (0,071)	0,023 (0,072)	0,025 (0,054)
Gleichbleibende Zukunftsaussichten (RK = bessere)	0,017 (0,048)	0,017 (0,050)	- 0,033 (0,042)
Politische Weltsicht			
Politisches Interesse	- 0,001 (0,010)	0,008 (0,010)	0,002 (0,008)
Politische Einstellung	- 0,025 (0,010) **	0,000 (0,009)	- 0,013 (0,007)
Vertrauen in politische Institutionen	0,065 (0,034)	0,039 (0,028)	- 0,020 (0,021)
Unzufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,057 (0,065)	0,099 (0,051)	0,103 (0,037) **
Teilweise zufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	0,073 (0,050)	0,101 (0,045) *	0,048 (0,035)
Kurzfristige politische Einstellungen			
Politische Desillusionierung	0,014 (0,021)	- 0,028 (0,017)	0,011 (0,014)
Bedeutung von Politik	0,099 (0,045) *	- 0,017 (0,046)	0,027 (0,027)
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung	0,011 (0,022)	- 0,003 (0,019)	0,018 (0,019)
Politische Information	0,043 (0,030)	0,002 (0,027)	- 0,001 (0,023)
Pseudo Loglikelihood	- 265,967	- 219,296	- 163,586
Pseudo R ²	0,118	0,112	0,119
N	553	512	553

Anmerkung: Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (AMEs) und robuste Standardfehler (in Klammern); * = $p < 0,05$ ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

3.4.10 Informationsquellen der Münchnerinnen und Münchner zum kommunalpolitischen Geschehen

Ein wesentlicher Aspekt, um Wähler*innen, aber vor allem Nichtwähler*innen zu erreichen, sind deren Informationsquellen¹⁰⁵. Dies war der Grund, weshalb in der vorliegenden Untersuchung auch abgefragt wurde, welche Quellen die Befragten nutzen, um sich über das

¹⁰⁵ Auch andere Untersuchungen verweisen auf die mobilisierende Wirkung von Medien auf die Wahlbeteiligung (Aarts/Semetko, 2003; Vreese/Boomgarden, 2006).

politische Geschehen in München zu informieren¹⁰⁶. 31 der 998 Befragten, also rund 3%, informieren sich augenscheinlich generell nicht über das politische Geschehen in München, da sie keine der angegebenen Informationsquellen nutzten und auch keine sonstige Quelle angaben. Bezüglich des Informationsverhaltens unterscheiden sich die beiden Wähler*innengruppen höchst signifikant. Während sich 15% der Nichtwähler*innen grundsätzlich nicht über das politische Geschehen in München informieren, liegt dieser Anteil unter den Wähler*innen bei lediglich 2%. Ähnliches zeigt sich beim restlichen Informationsverhalten. Sind die Anteile bei den Wähler*innen bzw. Nichtwähler*innen, die jeweils wenige Quellen nutzen oder über ein mittleres Informationsverhalten verfügen annähernd gleich, so geben doppelt so viele Wähler*innen wie Nichtwähler*innen an, viele Quellen zu nutzen, um sich über das politische Geschehen in München zu informieren (23% gegenüber 12%)¹⁰⁷. Unabhängig von diesem quantitativ unterschiedlichen Informationsverhalten stehen insgesamt betrachtet drei Quellen im Mittelpunkt, wie *Abbildung 50* wiedergibt: Lokale Zeitungen, Radio und Fernsehen. Darüber hinaus sind das Internet und persönliche Gespräche im sozialen Umfeld von Bedeutung¹⁰⁸. Direkte Kontakte und Gespräche mit Kommunalpolitiker*innen bzw. Informationen von Parteien spielen hingegen kaum eine Rolle, obwohl diese zumindest teilweise als Möglichkeit gesehen werden, einen Beitrag dazu zu leisten, Bürger*innen zur Entscheidung, wählen zu gehen, motivieren zu können (siehe oben)¹⁰⁹.

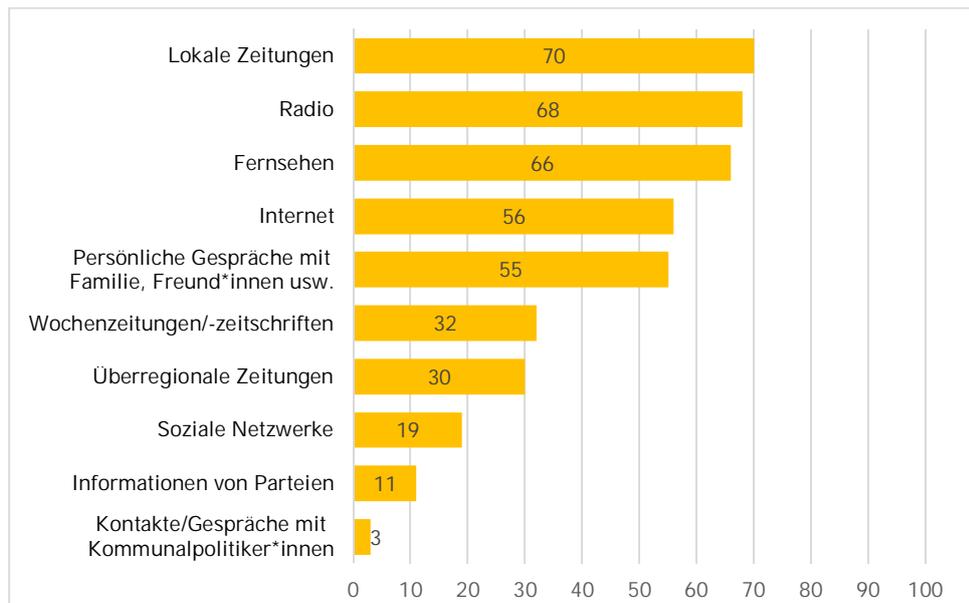
¹⁰⁶ Dazu wurden den Befragten zehn Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Zudem hatten sie die Möglichkeit, offen weitere Informationsquellen zu nennen.

¹⁰⁷ Ein Mittelwertvergleich bestätigt dieses Ergebnis neuerlich: Wähler*innen nannten im Schnitt 4,2 von 10 Informationsquellen, Nichtwähler*innen demgegenüber im Mittel 3,2.

¹⁰⁸ Gerade persönliche Gespräche sind insofern wichtig, da einige Befunde darauf hindeuten, dass die Entscheidung zur Beteiligung an Wahlen nicht rein individuell, sondern unter Bezug auf größere soziale Zusammenhänge erfolgt (Partheymüller/Schmitt-Beck, 2012; Timpone, 1998; Zuckerman, 2007)

¹⁰⁹ Bezüglich des Informationsverhaltens zeigt sich damit ein ähnliches Bild wie für die bundesdeutsche Bevölkerung insgesamt, wenn auch mit einer geringfügig anderen Rangfolge und dem einzigen wesentlichen Unterschied, dass für die Münchnerinnen und Münchner überregionale Zeitungen eine geringere Rolle spielen. Dies dürfte jedoch dem Umstand geschuldet sein, dass wir nach Informationsquellen für das politische Geschehen in München gefragt hatten (forsa, 2013: 21).

Abbildung 50: Informationsquellen für das politische Geschehen in München



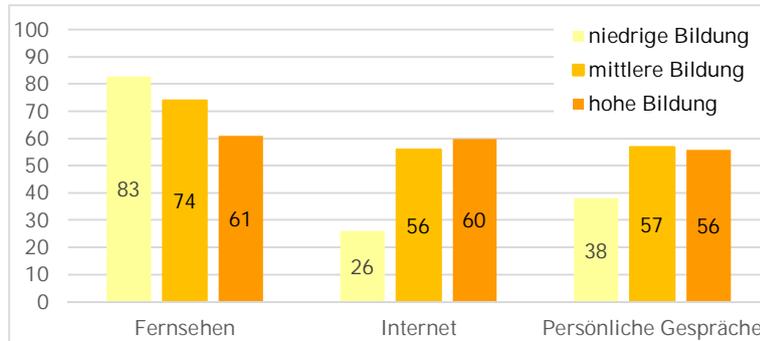
Eine weitere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist: Unterscheiden sich Nichtwähler*innen und Wähler*innen in der Nutzung einzelner Informationsquellen? Auch das kann Anhaltspunkte dafür liefern, über welche Medien und/oder sonstigen Kanäle Nichtwähler*innen am besten zu erreichen bzw. anzusprechen und somit über politische Themen zu informieren sind. Bezogen auf die am wenigsten genutzten Quellen ergeben sich hier kaum Unterschiede zwischen den beiden im Mittelpunkt der Betrachtung stehenden Gruppen. Ein höchst signifikant anderes Nutzungsverhalten zeigt sich bei vier Informationsquellen, wobei die Wähler*innen diese jeweils in einem deutlich höherem Ausmaß nutzen als die Nichtwähler*innen: Radio (70% gegenüber 56%), Internet (58% gegenüber 37%), persönliche Gespräche mit Familie usw. (58% gegenüber 31%) und überregionale Zeitungen (32% gegenüber 15%). Kaum Unterschiede gibt es schließlich bei der Nutzung von Fernsehen und lokalen Zeitungen, die überdies die mit am häufigsten Informationsquellen sind. Möchte man also Nichtwähler*innen gezielt ansprechen, um sie über das kommunalpolitische Geschehen zu informieren sollte man vorwiegend diese beiden Informationskanäle nutzen. Will man die Bürgerinnen und Bürger gezielt ansprechen, ist es wichtig, zu untersuchen, ob sich in Abhängigkeit der wesentlichen Merkmale der Befragten eine unterschiedliche Nutzung der Informationsquellen zeigt. Wir betrachten die fünf wichtigsten Informationsquellen (siehe oben) und nehmen als relativ „neues“ Informationsmedium die „Sozialen Netzwerke“ mit in die Analyse auf¹¹⁰.

Zunächst sind signifikante bildungsspezifische Zusammenhänge mit dem Informationsverhalten festzustellen (*Abbildung 51*): Je niedriger der Bildungsstand der Befragten, desto

¹¹⁰ Auch unter der Maßgabe, dass „der Stellenwert von sozialen Online-Netzwerken wie Facebook und Twitter für den Gewinn politischer Informationen ausgesprochen gering ist.“ (Faas/Sack, 2016: 41).

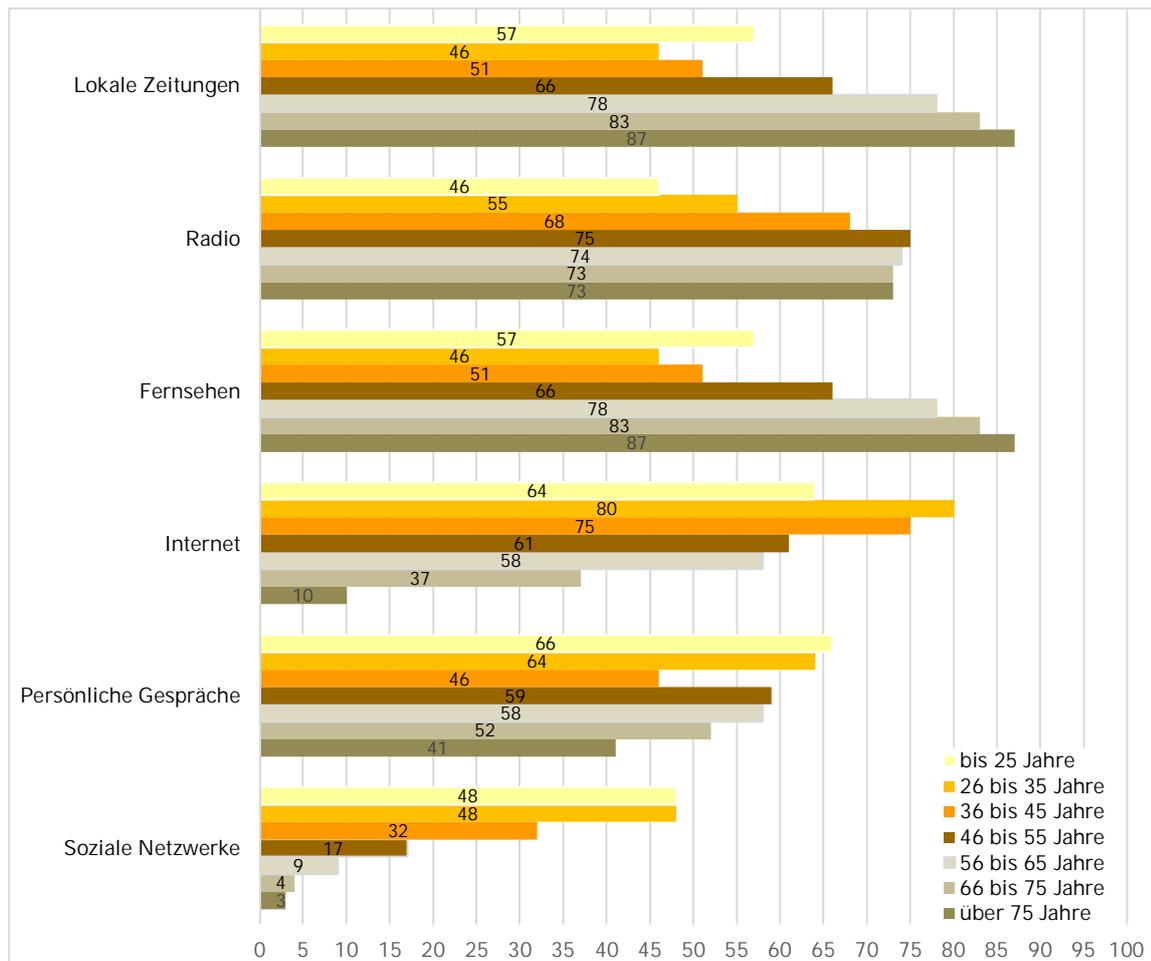
häufiger nutzen sie das Fernsehen, um sich über das politische Geschehen in München zu informieren. Umgekehrt gilt: Je höher die Bildung, desto öfter informieren sich die Befragten im Internet bzw. im persönlichen Austausch mit dem sozialen Umfeld.

Abbildung 51: Informationsquellen zum politischen Geschehen in München und Bildung



Wie *Abbildung 52* zeigt, finden sich bezogen auf die Informationsquellen auch altersspezifische Zusammenhänge: Während „lokale Zeitungen“, „Radio“ und „Fernsehen“ von den älteren Befragten höchst signifikant häufiger als Quellen genutzt werden, um sich über das politische Geschehen in München zu informieren, benützen die jüngeren Befragten vorwiegend das „Internet“ und „Soziale Netzwerke“ sowie „persönliche Gespräche im sozialen Umfeld“ zur Informationsgewinnung. Auch die Studie von Faas und Sack (2016) zeigt, dass Jüngere öfter auf die sozialen Netzwerke zurückgreifen, um sich über Politik zu informieren.

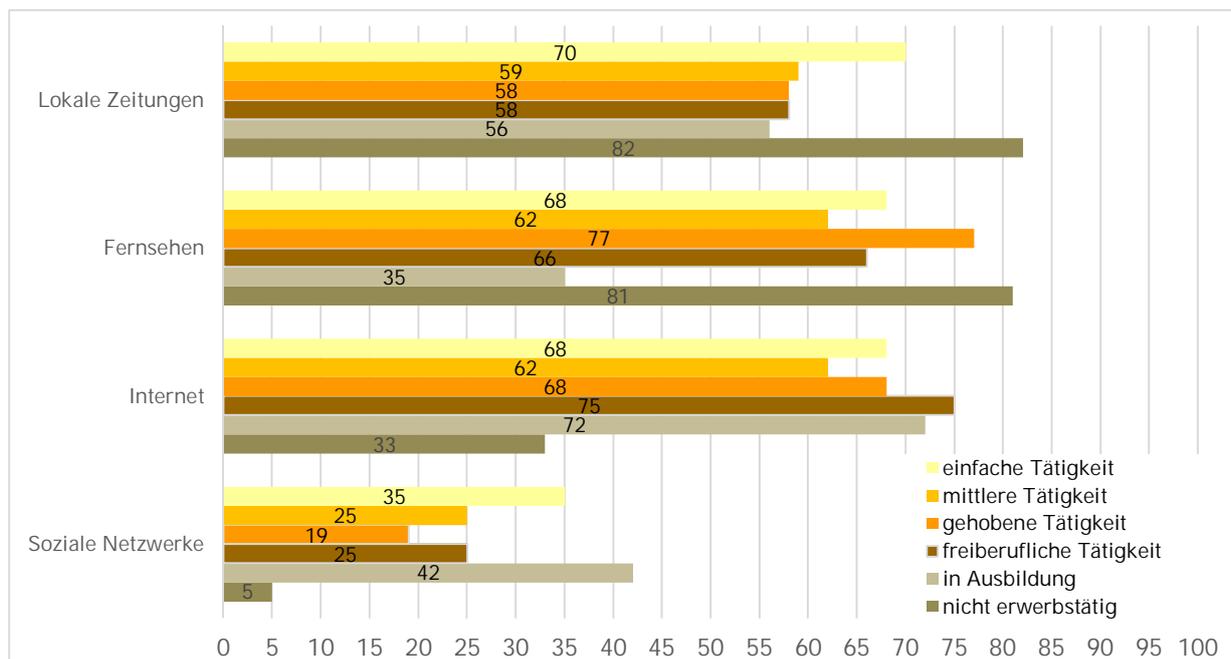
Abbildung 52: Informationsquellen zum politischen Geschehen in München und Alter



Personen, die nicht in einer Partnerschaft leben, nutzen signifikant häufiger soziale Netzwerke als Befragte mit Partner*innen (ohne Partner*in: 25%; mit Partner*in: 18%). Umgekehrt gilt: Personen mit Partner*innen informieren sich öfter über die lokalen Zeitungen als die Vergleichsgruppe (ohne Partner*in: 72%; mit Partner*in: 62%).

Es besteht des Weiteren ein unterschiedliches Nutzungsverhalten in Abhängigkeit des beruflichen Status (*Abbildung 53*): Hauptsächlich Befragte in gehobenen Tätigkeiten sowie nicht erwerbstätige Personen nutzen „lokale Zeitungen“ in einem höheren Ausmaß. Das „Fernsehen“ dient in einem überdurchschnittlichen Umfang den Befragten mit einfachen Tätigkeiten sowie den nicht Erwerbstätigen als Informationsquelle. Überdurchschnittlich hohe Anteile der Internetnutzung weisen vor allem freiberuflich Tätige und sich in Ausbildung befindliche Personen auf. Die sozialen Netzwerke werden hingegen maßgeblich von Personen mit einfachen Tätigkeiten und Befragten, die sich in Ausbildung befinden genutzt.

Abbildung 53: Informationsquellen zum politischen Geschehen in München und berufliche Stellung



Ein weiterer interessanter Zusammenhang ergibt sich mit der individuellen Deprivation der Befragten: Je höher die Deprivation, desto häufiger werden soziale Netzwerke genutzt (hohe Deprivation: 33%; mittlere Deprivation: 21%; geringe Deprivation: 17%).

Es gilt weiterhin: Je höher das politische Interesse, desto häufiger führen die Befragten „persönliche Gespräche im sozialen Umfeld“, um sich über politische Vorkommnisse in München zu informieren.

Linksorientierte Menschen führen ebenfalls häufiger „persönliche Gespräche mit der Familie, Freunden usw.“ (Links: 69%; Mitte: 53%; Rechts: 51%), während Personen, die sich politisch rechts einordnen, öfter sowohl auf das „Radio“ (Links: 59%; Mitte: 70%; Rechts: 74%) als auch auf das „Fernsehen“ (Links: 61%; Mitte: 66%; Rechts: 80%) zurückgreifen, um sich kommunalpolitisch zu informieren.

Darüber hinaus informieren sich Befragte, die wenig Vertrauen in politische Institutionen haben, hoch signifikant öfter im „Fernsehen“ über Kommunalpolitik (wenig Vertrauen: 79%; mittleres Vertrauen: 64%; viel Vertrauen: 61%).

Personen, die mit der Demokratie nur teilweise zufrieden sind, nutzen „lokale Zeitungen“ im Vergleich zu den Demokratiezufriedenen und –unzufriedenen häufiger (unzufrieden: 63%; teils/teils: 80%; zufrieden: 69%).

Ebenso geht eine hohe politische Desillusionierung mit einer häufigeren Nutzung des „Fernsehens“ einher (niedrig: 62%; mittel: 65%; hoch: 74%), während umgekehrt in großem Ausmaß desillusionierte Befragte in signifikant geringerem Ausmaß das „Internet“

(niedrig: 62%; mittel: 57%; hoch: 49%) nutzen oder „persönliche Gespräche im sozialen Umfeld“ führen (niedrig: 59%; mittel: 58%; hoch: 46%).

Je geringer die Bedeutung von Politik für die Befragten ist, umso höher sind die Anteile der Fernsehnutzung (gering: 100%; mittel: 85%; groß: 66%) bzw. der Internetnutzung (gering: 100%; mittel: 42%; groß: 57%).

Darüber hinaus gilt: Je größer die Bedeutung der Bürger*innenbeteiligung, umso höher die Anteile der Fernsehnutzung (gering: 57%; mittel: 69%; groß: 68%).

Ein letzter Aspekt, der den unterschiedlichen Gebrauch von Informationsquellen bestimmt ist die Beurteilung der gegenwärtigen Information über das politische Geschehen allgemein: Personen, die diese Information als ausreichend und verständlich bezeichnen, informieren sich häufiger als die anderen Befragten im „Radio“ (nicht ausreichend: 61%; teils/teils: 72%; ausreichend: 72%) und in „lokalen Zeitungen“ (nicht ausreichend: 59%; teils/teils: 67%; ausreichend: 82%) über die Münchner Kommunalpolitik.

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen sind in *Tabelle 15* angegeben. Wir untersuchen dabei den Einfluss sämtlicher Merkmale auf das jeweilige Informationsverhalten. In aller Ausführlichkeit lassen sich die Ergebnisse dieser Tabelle entnehmen. An dieser Stelle soll lediglich auf einige wesentliche Aspekte verweisen werden:

Erstens ist festzuhalten, dass bei den „lokalen Zeitungen“ nur die Effekte des Alters und der Demokratiezufriedenheit (teilweise zufrieden) signifikant bleiben. Mit jedem Jahr, das die Befragten älter werden, ist die Wahrscheinlichkeit um 3,7 Prozentpunkte höher, dass sie lokale Zeitungen lesen. Im Vergleich zu Demokratiezufriedenen weisen die damit nur teilweise Zufriedenen eine um 12,4 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, lokale Zeitungen zu nutzen.

Zweitens beeinflussen die Radionutzung insbesondere das Alter, die Konfession, die ökonomische Zukunftsperspektive und die politische Orientierung signifikant. Mit jedem Jahr, das die Befragten älter werden, ist die Wahrscheinlichkeit um 1,6 Prozentpunkte höher, dass sie Radio hören. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit der Radionutzung bei Konfessionslosen 11,8 Prozentpunkte geringer als bei evangelischen Befragten. Menschen, die ihre ökonomische Zukunft als gleichbleibend einschätzen nutzen das Radio mit einer um 14,5 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als diejenigen, die sie als besser bewerten. Sie steigt des Weiteren mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 2,8 Prozentpunkte.

Drittens bleiben bezogen auf die Nutzung des Fernsehens als Informationsquelle für das politische Geschehen in München bei Kontrolle aller Einflussvariablen die Effekte der Bildung, der beruflichen Tätigkeit und der politischen Orientierung signifikant. So weisen

niedrig Gebildete im Vergleich zu Hochgebildeten eine um 21,5 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, das Fernsehen als Informationsquelle zu nutzen. Im Vergleich zu Personen in gehobenen Tätigkeiten nutzen Befragte, die sich in Ausbildung befinden dieses Medium mit einer um 16,6 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit. Schließlich steigt sie des Weiteren mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 2,6 Prozentpunkte.

Die Internetnutzung wird viertens lediglich signifikant beeinflusst vom politischen Interesse der Befragten. Mit jedem Punkt auf der Skala des politischen Interesses steigt die Wahrscheinlichkeit der Internetnutzung um 2,2 Prozentpunkte.

Fünftens bleibt die Tatsache, dass man persönliche Gespräche führt, um sich über das politische Geschehen in München zu informieren, bei Kontrolle aller Drittvariablen signifikant abhängig von der Wahlentscheidung, der Lebenszufriedenheit, der ökonomischen Zukunftsperspektive und der politischen Informiertheit. Nichtwähler*innen weisen eine um 18,6 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, sich über persönliche Gespräche zu informieren. Dagegen steigt sie mit jedem Punkt auf der Skala der Lebenszufriedenheit um 2,7 Prozentpunkte. Menschen, die ihre ökonomische Zukunft als gleichbleibend einschätzen führen persönliche Gespräche mit einer um 13,2 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als diejenigen, die sie als besser bewerten. Steigt die Einschätzung der Information (Ausführlichkeit und Verständlichkeit) um einen Punkt, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, persönliche Gespräche zu führen um 12,5 Prozentpunkte.

Sechstens und letztens ist die Nutzung sozialer Netzwerke signifikant beeinflusst von der Wähler*innengruppe, vom Alter und dem Ausmaß der individuellen Deprivation. Nichtwähler*innen weisen eine um 8,5 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, soziale Netzwerke zu nutzen. Sie sinkt zudem mit jedem Jahr, das die Befragten älter werden um 2,5 Prozentpunkte. Verglichen mit Personen, die in geringem Ausmaß individuell depriviert sind, weisen die hoch Deprivierten eine um 16 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, soziale Netzwerke als Informationsquelle zu nutzen.

Des Weiteren wird deutlich, dass über alle Informationsquellen betrachtet, vor allem die Wähler*innengruppe und das Alter das Nutzungsverhalten signifikant beeinflussen.

Tabelle 15: Determinanten des Informationsverhaltens
(logistische Regression; 1= Informationsquelle genutzt)

	Modell 1 Lokale Zeitung	Modell 2 Radio	Modell 3 Fern- sehen	Modell 4 Internet	Modell 5 Persönl. Gespräch	Modell 6 Soziale Netzwerke
Wähler*innengruppe (1=Nichtwähler*innen)	0,024 (0,054)	0,040 (0,060)	- 0,014 (0,064)	- 0,200 (0,081) *	- 0,186 (0,072) **	- 0,085 (0,041) *
Demografische Merkmale						
Geschlecht (1=weiblich)	- 0,019 (0,036)	0,009 (0,040)	- 0,056 (0,042)	- 0,024 (0,040)	0,069 (0,043)	- 0,002 (0,034)
Niedrige Bildung (RK=hohe Bildung)	0,012 (0,098)	0,143 (0,080)	0,215 (0,082) **	- 0,099 (0,097)	- 0,151 (0,099)	- 0,046 (0,079)
Mittlere Bildung (RK=hohe Bildung)	- 0,026 (0,047)	0,039 (0,044)	0,069 (0,047)	- 0,028 (0,044)	- 0,002 (0,052)	0,024 (0,043)
Alter (in Jahren)	0,037 (0,008) ***	0,016 (0,008) *	0,008 (0,009)	0,007 (0,010)	- 0,005 (0,009)	- 0,025 (0,007) **
Alter quadriert	- 0,000 (0,000) ***	- 0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)	- 0,000 (0,000)	0,000 (0,000)	0,000 (0,000)
Konfessionslos (RK=Evangelisch)	0,045 (0,048)	- 0,118 (0,058) *	- 0,062 (0,054)	0,010 (0,057)	0,005 (0,060)	0,091 (0,048)
Römisch-katholisch (RK = Evangelisch)	0,082 (0,047)	- 0,066 (0,057)	- 0,016 (0,054)	- 0,034 (0,057)	0,041 (0,060)	0,022 (0,049)
Andere Konfession (RK = Evangelisch)	0,023 (0,099)	- 0,069 (0,150)	- 0,183 (0,126)	0,089 (0,129)	0,043 (0,123)	0,182 (0,146)
Partnerschaft (1 = mit Partner*in)	0,015 (0,051)	- 0,065 (0,052)	- 0,063 (0,055)	0,041 (0,061)	- 0,066 (0,060)	- 0,037 (0,045)
Haushaltsgröße (1=Ein-Personen-Haushalt)	- 0,046 (0,061)	- 0,097 (0,067)	- 0,023 (0,067)	0,004 (0,065)	0,029 (0,065)	0,032 (0,050)
Sozio-ökonomische Merkmale						
Einfache Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,033 (0,088)	0,100 (0,078)	0,128 (0,078)	0,128 (0,085)	- 0,094 (0,111)	0,090 (0,097)
Mittlere Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,022 (0,049)	0,058 (0,050)	0,078 (0,049)	0,010 (0,059)	- 0,023 (0,059)	- 0,004 (0,045)
Freiberufliche Tätigkeit (RK = gehobene Tätigkeit)	- 0,025 (0,070)	0,022 (0,067)	0,095 (0,063)	0,131 (0,078)	0,034 (0,081)	0,084 (0,072)
In Ausbildung (RK = gehobene Tätigkeit)	0,039 (0,094)	- 0,010 (0,102)	0,166 (0,073) *	0,083 (0,107)	- 0,070 (0,133)	- 0,090 (0,057)
Nicht Erwerbstätig (RK = gehobene Tätigkeit)	0,104 (0,079)	- 0,080 (0,076)	0,065 (0,076)	- 0,010 (0,091)	0,068 (0,079)	0,077 (0,074)
Unteres Einkommensquar- til (RK = oberes Quartil)	0,047 (0,054)	0,046 (0,057)	0,013 (0,064)	- 0,111 (0,066)	- 0,041 (0,070)	- 0,058 (0,048)
2. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	- 0,003 (0,052)	0,043 (0,052)	- 0,040 (0,056)	- 0,051 (0,058)	- 0,007 (0,059)	- 0,023 (0,047)
3. Einkommensquartil (RK = oberes Quartil)	- 0,002 (0,050)	0,032 (0,051)	- 0,007 (0,055)	- 0,001 (0,059)	0,003 (0,060)	- 0,004 (0,048)

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

	Modell 1 Lokale Zeitung	Modell 2 Radio	Modell 3 Fern- sehen	Modell 4 Internet	Modell 5 Persönl. Gespräch	Modell 6 Soziale Netzwerke
Weitere strukturelle Merkmale						
Lebenszufriedenheit	- 0,004 (0,012)	0,000 (0,011)	0,012 (0,014)	- 0,002 (0,011)	0,027 (0,013) *	- 0,007 (0,010)
Hohe individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	- 0,009 (0,075)	- 0,110 (0,083)	0,024 (0,087)	0,041 (0,077)	0,121 (0,090)	0,160 (0,081) *
Mittlere individuelle Deprivation (RK = geringe individuelle Deprivation)	0,042 (0,050)	- 0,043 (0,052)	- 0,006 (0,056)	0,062 (0,052)	0,066 (0,056)	- 0,008 (0,044)
Schlechte Zukunftsaussichten (RK = bessere)	- 0,046 (0,072)	0,009 (0,062)	0,097 (0,065)	- 0,113 (0,083)	0,075 (0,074)	- 0,036 (0,059)
Gleichbleibende Zukunftsaussichten (RK = bessere)	- 0,002 (0,047)	0,145 (0,052) **	0,101 (0,053)	- 0,042 (0,062)	0,132 (0,058) *	- 0,039 (0,042)
Politische Weltsicht						
Politisches Interesse	0,010 (0,010)	0,001 (0,012)	- 0,004 (0,011)	0,022 (0,011) *	0,019 (0,012)	- 0,001 (0,009)
Politische Einstellung	0,006 (0,011)	0,028 (0,010) **	0,026 (0,011) *	0,000 (0,011)	- 0,014 (0,012)	- 0,006 (0,009)
Vertrauen in politische Institutionen	0,021 (0,033)	0,012 (0,033)	- 0,048 (0,036)	0,007 (0,036)	- 0,016 (0,038)	- 0,024 (0,029)
Unzufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	- 0,051 (0,059)	- 0,102 (0,058)	- 0,074 (0,061)	0,080 (0,065)	- 0,071 (0,073)	- 0,052 (0,062)
Teilweise zufrieden mit Demokratie (RK = zufrieden)	0,124 (0,057) *	- 0,040 (0,055)	- 0,022 (0,057)	0,079 (0,057)	0,020 (0,058)	0,015 (0,051)
Kurzfristige politische Einstellungen						
Politische Desillusionierung	- 0,035 (0,022)	- 0,014 (0,023)	- 0,005 (0,023)	- 0,018 (0,022)	- 0,029 (0,025)	0,029 (0,018)
Bedeutung von Politik	0,019 (0,043)	- 0,022 (0,050)	- 0,048 (0,045)	0,028 (0,048)	0,079 (0,052)	- 0,001 (0,042)
Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung	0,002 (0,023)	0,032 (0,024)	0,004 (0,025)	0,037 (0,024)	0,028 (0,026)	0,023 (0,021)
Politische Information	0,001 (0,033)	- 0,006 (0,031)	0,001 (0,033)	- 0,006 (0,031)	- 0,125 (0,035) **	0,025 (0,028)
Pseudo Loglikelihood	- 260,428	- 290,209	- 306,079	- 312,186	- 343,232	- 218,787
Pseudo R ²	0,202	0,108	0,135	0,150	0,085	0,230
N	553	553	553	553	553	553

Anmerkung: Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (AMEs) und robuste Standardfehler (in Klammern); * = $p < 0,05$ ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

3.5 Vergleich mit anderen Forschungsergebnissen

In Ansätzen ist auch der Vergleich mit Forschungsergebnissen für Deutschland interessant, um die Ergebnisse der Münchner Befragung bezüglich Nichtwähler*innen im gesamtdeutschen Kontext einordnen zu können. Insbesondere sollen dabei die erklärenden Variablen unserer Untersuchung in den Fokus gerückt werden. Da in vielen dieser Untersuchungen bivariate Zusammenhänge berichtet werden, ist ein Vergleich auf dieser Ebene größtenteils möglich. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei der Messung der erklärenden Determinanten häufig nicht die gleichen Operationalisierungen vorgenommen wurden und dass Regressionsmodelle – soweit sie in anderen Untersuchungen vorliegen –

oftmals andere erklärende Variable berücksichtigen¹¹¹, so dass die Ergebnisse nicht direkt vergleichbar sind, sondern nur entsprechende Tendenzen angeführt werden können.

Wir haben für unsere Nachwahlbefragung zwei theoretische Perspektiven zur Erklärung der Wahlbeteiligung in den Mittelpunkt gestellt: Soziologische und sozialpsychologische Ansätze. Betrachten wir zunächst Forschungsergebnisse zu soziologischen Ansätzen, die die Erklärungsleistung von demografischen, sozio-ökonomischen und weiteren sozialstrukturellen Merkmalen in den Vordergrund stellen. Hinsichtlich bivariater Zusammenhänge finden wir in unserer Untersuchung viele Korrelationen, die Befunde anderer Studien bestätigen werden. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zeigen, ähnlich wie unsere Untersuchung, dass das Geschlecht kaum Auswirkungen auf die Wahlentscheidung hat (Jesse, 2003: 648). Annähernd gleiche Zusammenhänge mit demografischen, sozio-ökonomischen und sozialstrukturellen Merkmalen wie in unserer Untersuchung finden sich etwa bei Brenke und Kritikós (2017), die hervorheben, dass Nichtwähler*innen „vergleichsweise jung [sind], (...), oft keine Berufsausbildung und nur einfache Jobs [haben] oder arbeitslos [sind].“ (Brenke/Kritikós, 2017: 599). Zudem analysieren sie einen Zusammenhang mit dem Einkommen und individueller Deprivation (Brenke/Kritikós, 2017). Cabarello (2014) berichtet insbesondere signifikante Zusammenhänge zwischen Nichtwahlentscheidung und einigen demografischen und sozio-ökonomischen Variablen, wie etwa Bildung, Alter, Religionszugehörigkeit, Partnerschaft, Haushaltstyp, Einkommen und berufliche Stellung (Cabarello, 2014: 467ff.). Auch in einer Untersuchung von forsa aus dem Jahr 2013 finden sich Ergebnisse, die Zusammenhänge der Wahlabsicht mit dem Alter, der Bildung, der Konfession, der beruflichen Stellung, dem Einkommen und der ökonomischen Zukunftsperspektive konstatieren (forsa, 2013: 6ff.). Eine ähnliche Kombination von erklärungskräftigen Merkmalen zeigt sich auch bei Faus et al. (2015), die Geschlecht, Bildung und Alter als demografische sowie Einkommen als sozio-ökonomischen Faktor für die Erklärung der Wahlentscheidung hervorheben (Faus/Faus/Gloger, 2015: 18). Elff und Roßteutscher (2016) verweisen auf den Einfluss von Bildung, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Einkommen und beruflicher Stellung auf die Entscheidung zur Nichtwahl. Darüber hinaus zeigen sich Einflüsse einzelner dieser erklärenden Merkmale bei Arnold/Freier/Kroh (2015; Alter), Faas (2010; Geschlecht, Bildung und berufliche Stellung), Klein (2005; Geschlecht, Bildung, Alter und Partnerschaft), Schäfer (2011; Bildung und Berufsgruppen), Schäfer (2012; Geschlecht, Bildung, Alter, Partnerschaft, berufliche Stellung und Einkommen), Schäfer (2013; Ein-

¹¹¹ Zudem berichten die meisten Autor*innen in ihren Ergebnissen bei logistischen Regressionen in Modellvergleichen logarithmierte Odds oder Odds-Ratios. Koeffizientenvergleiche zwischen verschiedenen logistischen Modellen sind jedoch nicht unproblematisch, wie wir bereits dargestellt haben, da hier die Regressionskoeffizienten mit der unbeobachteten Heterogenität konfundiert sind, und zwar selbst dann, wenn die im Modell nicht berücksichtigten unabhängigen Variablen mit den im Modell enthaltenen unabhängigen Variablen nicht korreliert sind (Auspurg/Hinz, 2011: 62ff.; Kohler/Kreuter, 2012: 344f.; Mood, 2010).

kommen) sowie Brähler et al. (2016; Geschlecht, Bildung, Alter, Religionszugehörigkeit und Einkommen). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Autoren, die die Wahlbeteiligung milieuspezifisch untersuchen (Vehrkamp, 2015; Vehrkamp/Wegschaider, 2017). Diese in neueren Untersuchungen festgemachten erklärungsächtigen Merkmale bestätigen zudem Ergebnisse älterer Studien, die ebenfalls auf einen ähnlichen Kern von soziologischen Erklärungsfaktoren zurückkommen (Falter/Schumann, 1994; Kleinhenz, 1995).

Untersuchungen, die sozialpsychologische Ansätze berücksichtigen und damit die Erklärungsleistung von politisch langfristig stabilen bzw. kurzfristigen Einstellungen in den Vordergrund rücken sind ebenfalls in einem großen Ausmaß vorhanden. Auch in diesem Fall finden wir bivariate Zusammenhänge, die die Ergebnisse unserer Untersuchung teilweise bestätigen. Am umfassendsten nehmen Schmitt-Beck, Mackenrodt und Faas (2008) diese Einstellungen in den Blick. Sie heben unter anderem langfristige Einstellungskonstellationen, wie das Vertrauen in politische Institutionen und die Demokratiezufriedenheit sowie kurzfristige Einstellungen, wie zum Beispiel politische Desillusionierung, politische Mobilisierung und politische Information hervor (Schmitt-Beck/Mackenrodt/Faas, 2008: 576ff.). Auch Lamers und Roßteutscher (2014) sowie Steinbrecher, Huber und Rattinger (2007) bestätigen unter anderem Zusammenhänge zwischen der Nichtwahlentscheidung und politischem Interesse bzw. Demokratiezufriedenheit. Weitere Ergebnisse anderer Studien, die mit unseren Ergebnissen vergleichbar sind, beziehen sich in der Regel auf langfristig stabile Einstellungskonstrukte. Insbesondere Cabarello (2014) betont entsprechende erklärungsächtige Variable. Er hebt etwa hervor, dass „eine überproportionale Zunahme der Nichtwähler unter den *gering* Interessierten (...) zu verzeichnen ist.“ (Cabarello, 2014: 459). Des Weiteren verweist er auf den Einfluss des Vertrauensverlusts in politische Institutionen und der Zufriedenheit mit der Demokratie (Cabarello, 2014: 459ff.). Vetter und Remer-Bollow (2017) machen Zusammenhänge zwischen der Wahlabsicht und dem politischen Interesse und der Zufriedenheit mit der Demokratie fest. Die Effekte von einzelnen langfristigen Einstellungskonstellationen werden in weiteren Untersuchungen thematisiert: Den Einfluss des politischen Interesses betonen Faas (2010) sowie Faus et al. (2015), Schäfer (2012) und Steinbrecher/Rattinger (2011). Schließlich ergeben sich ähnliche Zusammenhänge wie in unserer Untersuchung hinsichtlich der politischen Orientierung (forsa, 2013) und der Demokratiezufriedenheit (Brähler/Kiess/Decker, 2016; Faas, 2010; Klein, 2005). Die Ergebnisse dieser neueren Untersuchungen bestätigen auch in diesem Fall erneut Ergebnisse älterer Studien (Armingeon, 1994; Falter/Schumann, 1994; Kleinhenz, 1995).

Wie wir gezeigt haben, bestätigt eine Vielzahl von Untersuchungen teilweise auch Ergebnisse unserer Untersuchung, wobei in bivariater Analyse der Stellenwert soziologischer und sozialpsychologischer Ansätze klar hervortritt. Wird jedoch der jeweils um den der anderen Größen bereinigte Einfluss eines Merkmals analysiert, so verschwinden viele der bivariat

beobachteten Zusammenhänge (siehe Tabelle 6, Modell 5). Im Ergebnis zeigt sich, dass demografische, sozio-ökonomische und weitere sozialstrukturelle Einflüsse kaum mehr wirken. Im Gegensatz dazu scheinen insbesondere langfristig stabile Einstellungskonstrukte und kurzfristige politische Einstellungen wirkmächtiger zu sein. Ähnliche Ergebnisse finden sich ebenfalls in Studien, die die jeweiligen Zusammenhänge regressionsanalytisch untersucht haben (Cabarello, 2014; Schäfer, 2012; Schäfer/Schwandner/Manow, 2016; Schmitt-Beck/Mackenrodt/Faas, 2008). So kommen auch Schäfer et al. (2016) zu dem Schluss, dass durch die Berücksichtigung von politischen Einstellungsvariablen (Akzeptanz der Wahlnorm, politisches Interesse, Parteiidentifikation, Demokratiezufriedenheit) der „Unterschied zwischen Männern und Frauen [verschwindet], und auch zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss (...) kein signifikanter Unterschied mehr [besteht].“ (Schäfer/Schwandner/Manow, 2016: 29). Andere Ergebnisse finden die Untersuchungen von Faas (2010) oder Klein (2005). Hier bleiben bei Kontrolle von Einstellungsvariablen die Effekte der soziologischen Erklärungsvariablen weitgehend bestehen.

Unserer Untersuchung voraus ging die Studie von Marttila und Rhein (2017), die eine ähnliche Fragestellung in den Blick nahm, indem sie ebenfalls Erklärungsansätze für die hohe Nichtwahlbeteiligung generieren sollte. Die Ergebnisse dieser qualitativ angelegten Erhebung konnten wir in Ansätzen für unsere Untersuchung fruchtbar machen und einfließen lassen. Es ist daher möglich, einerseits die Ergebnisse der Korrespondenzanalysen (die wir auch deshalb durchgeführt haben) sowie andererseits Resultate der Gruppendiskussionen zu Problemlagen usw. mit den Ergebnissen unserer Untersuchung zu vergleichen und damit zu prüfen, ob sich in beiden Studien ähnliche Befunde zeigen. Die Ergebnisse der von uns durchgeführten multiplen Korrespondenzanalysen weisen darauf hin, dass Nichtwähler*innen bzw. Wähler*innen in beiden Studien durch ähnliche demografische und sozio-ökonomische Merkmale gekennzeichnet sind. Zudem bestätigen unsere Resultate in Ansätzen einige Befunde der Gruppendiskussionen der Studie von Marttila und Rhein (2017) zu politischen Weltansichten und im Zusammenhang damit geäußerten Problemlagen, wie z.B. die Spaltung Arm-Reich (soziale Ungleichheit), die Folgen der Migration, der massive Wohnungsmangel, die unkontrollierte Steigerung der Mietpreise, das Verhalten politischer Akteure, die Nichteinhaltung von politischen Versprechen usw. (Marttila/Rhein, 2017: 20ff.).

4 Fazit

Die vorliegende Studie wurde von folgenden Fragestellungen geleitet:

- 1) Welche soziologischen und sozialpsychologischen Faktoren beeinflussen die Entscheidung, nicht wählen zu gehen?
- 2) Welche stadtspezifischen Themenbereiche sehen Nichtwähler*innen als politisch problematisch und können damit zielgruppenspezifisch fruchtbar gemacht werden, um sie zur Wahl zu motivieren bzw. welche Motivationsanreize betrachten die Bürgerinnen und Bürger selbst als geboten?

Zusammenfassend lässt sich zunächst festhalten, dass unsere Untersuchung in bivariater Analyse den Stellenwert soziologischer und sozialpsychologischer Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens in weiten Teilen bestätigt. Dies wird gestützt durch die Resultate früherer Studien. Untersucht man die Einflussfaktoren regressionsanalytisch, das heißt, wird der jeweils um den der anderen Größen bereinigte Einfluss eines Merkmals untersucht, so gehen viele der bivariat beobachteten Zusammenhänge verloren. Im Ergebnis zeigt sich, dass demografische, sozio-ökonomische und weitere sozialstrukturelle Einflüsse kaum mehr wirken. Ähnliche Ergebnisse finden sich in Studien, welche die jeweiligen Zusammenhänge ebenfalls regressionsanalytisch untersucht haben.

Es erweisen sich lediglich einzelne demografische (Konfession), sozio-ökonomische (Pro-Kopf-Einkommen) und sozialstrukturelle Merkmale (Lebenszufriedenheit) als signifikant für die Erklärung des Wahlverhaltens. Dabei bleibt insbesondere der Konfessionseffekt über alle Modelle hinweg signifikant und erweist sich damit als sehr robust. Ähnliches gilt für die Lebenszufriedenheit. Langfristig stabile Einstellungskonstellationen und kurzfristige politische Einstellungen scheinen insgesamt jedoch wirkmächtiger zu sein als demografische, sozio-ökonomische und sozialstrukturelle Merkmale. Von den vier Merkmalen der langfristigen Einstellungsmuster von politischer Weltsicht (politisches Interesse, politische Orientierung, Vertrauen in politische Institutionen und Demokratiezufriedenheit) erweisen sich alle als signifikant für die Erklärung des Wahlverhaltens und auch die kurzfristigen Einstellungen der politischen Partizipation (politische Desillusionierung und politische Informiertheit) entfalten eine gewisse Wirkkraft.

Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit konfessionsloser Befragter, nicht zur Wahl zu gehen, 11 Prozentpunkte und diejenige von Katholiken 14,1 Prozentpunkte höher als bei Angehörigen evangelischer Religionsgemeinschaften. Die Wahrscheinlichkeit, nicht zur Wahl zu gehen, sinkt mit jedem Punkt mehr Lebenszufriedenheit auf der 11-stufigen Skala um zwei Prozentpunkte. Sie sinkt zudem mit jedem zusätzlichen Punkt des politischen Interesses um 2,3 Prozentpunkte und steigt mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der

politischen Orientierung weiter rechts einstufen um 1,6 Prozentpunkte. Sind die befragten Personen mit der Demokratie unzufrieden, so weisen sie eine um 11,3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, nicht wählen zu gehen, als Münchnerinnen und Münchner, die damit zufrieden sind. Darüber hinaus steigt die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der Nichtwähler*innen zu gehören, mit jedem Punkt, mit dem das Vertrauen in die politischen Institutionen abnimmt, um sechs Prozentpunkte. Schließlich und letztlich hat die Einschätzung der politischen Information einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen oder nicht. Steigt die Einschätzung der Information (Ausführlichkeit und Verständlichkeit) um einen Punkt, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen, um 3,7 Prozentpunkte.

Die Nichtwähler*innen sind also katholisch oder konfessionslos, verfügen über relativ niedrige Einkommen, sind mit ihrem Leben allgemein unzufriedener, politisch wenig interessiert und mit der Demokratie unzufrieden. Sie verorten sich politisch eher rechts, haben wenig Vertrauen in die politischen Institutionen und fühlen sich nicht ausreichend sowie nicht verständlich über das politische Geschehen informiert. Hauptgründe für Nichtwahl sind dabei das fehlende Vertrauen in Politiker*innen und die bisher gewählte Partei sowie der sog. „Denkzettel“. Bezogen auf die nächste Stadtratswahl ist zudem hervorzuheben, dass mehr als 40% der Nichtwähler*innen laut eigener Auskunft für die nächste Stadtratswahl zu mobilisieren sind. Auch Güllner (2013: 58) kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass rund die Hälfte der Nichtwähler*innen für Parteien grundsätzlich erreichbar sind, also für eine Wahlbeteiligung mobilisiert werden können.

Eine zweite Leitfrage unserer Untersuchung war es, stadtspezifische Themen- und Problembereiche sowie wichtige kommunalpolitische Zielsetzungen zu erfassen, die von der Münchner Kommunalpolitik zielgruppenspezifisch fruchtbar gemacht werden können, um die Münchnerinnen und Münchner zur Wahl zu motivieren. Darüber hinaus ging es darum zu eruieren, welche Anreize die Bürgerinnen und Bürger selbst als wichtig bzw. erfolgreich erachten, die Münchnerinnen und Münchner für die Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl zu motivieren.

Es zeigt sich, dass für die befragten Münchnerinnen und Münchner der Hauptgrund für die Entscheidung, nicht zu wählen das geringe Vertrauen in die Politiker*innen ist. Nichtwähler*innen stellen im Vergleich zu den Wähler*innen die Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München als wichtiges Ziel der Münchner Kommunalpolitik in den Vordergrund. Hier ist gleichwohl darauf hinzuweisen, dass Frauen, nicht Erwerbstätige, individuell in einem mittleren Ausmaß Deprivierte und politisch linksorientierte Personen im Vergleich zu den anderen Befragten dieses Ziel ebenfalls als wichtiger erachten. Dem Vertrauensverlust könnten die Münchner Kommunalpolitiker*innen dadurch begegnen, dass sie den Wunsch der beiden Wähler*innengruppen nach häufigerer Anwesenheit der Mitglieder des Stadtrates in den Stadtteilen aufgreifen, um dort mit den Bürger*innen zu reden, also sich aktiv in

die Diskussionen einzubringen. Dies steht in direktem Zusammenhang mit Vorschlägen der Befragten, wie man die Bürger*innen zur Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl motivieren könnte (mehr Bürger*innennähe/direkte Kontakte mit den Bürger*innen steht hier an zweiter Stelle). Vermieden werden sollten jedoch Haustürkontakte, da diese eher ablehnend beschieden werden. Geeignet (sowohl zum Aufbau von Vertrauen als auch zur Kontaktaufnahme) scheinen zudem lokale Zeitungen (inklusive stadtteilbezogene Wochenblätter) und (lokales/regionales) Fernsehen. Hier ist zu beachten, dass man mit diesen beiden Medien einerseits zwar Nichtwählerinnen und Wählerinnen gleichermaßen erreichen kann, dass sich aber andererseits die Nutzung dieser beiden Informationsquellen hinsichtlich anderer Merkmale differenziert. Lokale Zeitungen werden altersspezifisch unterschiedlich genutzt. Ein negativer quadrierter Alterseffekt deutet hier darauf hin, dass die Informationsbeschaffung über lokale Zeitungen bis zu einem bestimmten Alter zunächst zunimmt, um dann mit weiter steigendem Alter wieder abzunehmen. Schließlich nutzen dieses Medium diejenigen, die nur teilweise mit der Demokratie zufrieden sind, signifikant häufiger als die damit Zufriedenen. Das Fernsehen wird hingegen von den niedrig Gebildeten und von den sich in Ausbildung befindlichen sowie politisch rechtsorientierten Personen häufiger genutzt. Von den Befragten gefordert ist hier eine sachbezogene Information und der Auftritt von Lokalpolitiker*innen im lokalen Fernsehen bzw. die Vorstellung von Politiker*innen in den entsprechenden Zeitungen.

Diese Ergebnisse mögen als erster Hinweis auf mögliche Handlungsempfehlungen dienen. Eine ausführliche Darstellung dieser Empfehlungen erfolgt in dem gleichzeitig für den Münchner Stadtrat vorgelegten Kurzbericht.

5 Literaturverzeichnis

- Aarts, K. und H.A. Semetko (2003): The Devided Electorate: Media Use and Political Involvement, in: *The Journal of Politics*, Vol. 65, S. 759-784.
- Aldrich, J.H. (1993): Rational Choice and Turnout, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 37, S. 246-278.
- Aldrich, J.H. und D.M. Simon (1986): Turnout in American National Elections, in: Long, S. (ed.): *Voting Behavior*. Greenwich, Conn. u.a.: Jai Press (Research in Micropolitics 1), S. 271-301.
- Ansolabehere, S. und E. Hersh (2012): Validation: What big data reveal about survey misreporting and the real electorate, in: *Political Analysis*, VI. 20, S. 437-459.
- Armingeon, K. (1994): Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46. Jg., S. 43-64.
- Arnold, F. von; Freier, R. und M. Kroh (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, in: *DIW Wochenbericht* 37/2015, S. 803-814.
- Auspurg, K. und T. Hinz (2011): Gruppenvergleiche bei Regressionen mit binären abhängigen Variablen – Probleme und Fehleinschätzungen am Beispiel von Bildungschancen im Kohortenverlauf, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 40. Jg., S. 62–73.
- Ballas, D. (2013): What makes a ‚happy city‘?, in: *Cities*, Vol. 32, S.39-50.
- Behnke, J. (2015): *Logistische Regressionsanalyse. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer.
- Beierlein, C. et al. (2014): Eine Single-Item-Skala zur Erfassung der Allgemeinen Lebenszufriedenheit: Die Kurzskala Lebenszufriedenheit-1 (L-1). Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (GESIS-Working Papers 2014/33).
- Belli, R.F.; Traugott, M.W.; Young, M. und K.A. McGonagle (1999): Reducing Vote Operreporting in Survey. Social Desirability, Memory Failure, and Source Monitoring, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 63, S. 90-108.
- Berelson, B.; P.F. Lazarsfeld und W.N. McPhee (1954): *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Berent, M.K.; Krosnick, J.A. und A. Lupia (2011): The quality f gvernment records and „overestimation“ of registration an turnout in surveys (Report Wrking Paper Nr. Nes012554), in: *Lessons from the 2008 ANES Panel Study’s Registration and Turnout Validation Exercises*. Ann Arbor: American National Election Studies.
- Berinsky, A.J. (2002): Silent Voices: Social Welfare Policy Opinions and Political Equality in America, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 46, S. 276-287.
- Bernstein, R.; Chadha, A. und R. Montjoy (2001): Overreporting Voting. Why It Happens And Why It Matters, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 65, S. 22-44.
- Best, H. und C. Wolf (2010): *Logistische Regression*, in: C. Wolf und H. Best (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 827-854.

- Brady, H.E.; Verba, S. und K.L. Schlozman (1995): Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation, in: *The American Political Science Review*, Vol. 89, S. 271-294.
- Brähler, E.; Kiess, J. und O. Decker (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016, in: Decker, O.; Kiess, J. und E. Brähler (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 67-94.
- Brenke, K. und A.S. Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel, in: *DIW Wochenbericht Nr. 29/2017*, S. 595-606.
- Bürklin, W.P. und M. Klein (1998): *Wahlen und Wählerverhalten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Juni 2017 (BGBl. I S. 1570) geändert worden ist. <http://www.gesetze-im-internet.de/bwahlg/BWahlG.pdf>; Zugriff: 29.12.2017.
- Cabarello, C. (2014): Nichtwahl, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 437-488.
- Clarke, H.D. et al. (2004): *Political Choice in Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Dhillon, A. und S. Peralta (2002): Economic Theories of Voter Turnout, in: *The Economic Journal*, Vol. 112: F332-F352.
- Diekmann, A. (2010): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Dowding, K. (2005): Is it Rational to Vote? Five Types of Answer and a Suggestion, in: *The British Journal of Politic and International Relations*, Vol. 7, S. 442-459
- Eiff, M. und S. Roßteutscher (2016): Parteiwahl und Nichtwahl: Zur Rolle sozialer Konfliktlinien, in: Schoen, H. und B. Weßels (Hg.): *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-69.
- Engel, U. und B.O. Schmidt (2014): Unit- und Item-Nonresponse, in: Baur, N. und J. Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 331-348.
- Esser, H. (1986): Über die Teilnahme an Befragungen, in: *ZUMA Nachrichten 10*, S. 38-47.
- Evans, J. (2004): *Voters and Voting: An Introduction*. London: Sage.
- Faas, T. (2010): Das fast vergessene Phänomen. Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009, in: Korte, K.-R. (Hg.): *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 69-86.
- Faas, T. und D. Hohmann (2014): Mobilisierung bei Nebenwahlen: Ein Feldexperiment zu Mobilisierungspotenzialen von Wahlkämpfern anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität.
- Faas, T. und H. Rattinger (2003): Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit. Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002, in: Wüst, A.E. (Hg.): *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, S. 205-238.
- Faas, T. und B.C. Sack (2016): *Politische Kommunikation in Zeiten von Social Media*. Bonn: Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

- Falter, J. und S. Schumann (1994): Der Nichtwähler – das unbekanntes Wesen, in: Klingemann, H.-D. und M. Kaase (Hg.): Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 161-213.
- Faus, J.; Faus, R. und A. Gloger (2015): Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Empirische Sozialforschung 4).
- Feddersen, T.J. (2004): Rational Choice Theory and the Paradox of Not Voting, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 18, S. 99-112.
- forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen GmbH (2013): Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013 in Deutschland. Berlin.
- Fröhlich, W.; Ganser, C. und E. Köhler (2016): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München. München: Institut für Soziologie.
http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/aktuelle_forschung/einstellungen2016/forschungsbericht_gmf_2016_muc.pdf.
- Geiling, H. (2009): Die SPD im freien Fall – Zwischenrufe zu den niedersächsischen Landtagswahlen 2003 und 2008, in: ders. (Hg.): Die Krise der SPD. Autoritäre und partizipatorische Demokratie. Münster u.a.: LIT Verlag, S. 213-257.
- Gerber, A.S. und T. Rogers (2009): Descriptive Social Norms and Motivation to Vote: Everybody's Voting and so Should You, in: The Journal of Politics, Vol. 71, S. 178-191.
- Geys, B. (2006): ‚Rational‘ Theorie of Voter Turnout: A Review, in: Political Studies Review, Vol. 4, S. 16-35.
- Giesselmann, M. et al. (2017): Fluchtzuwanderung ganz oben auf der Liste der dringenden politischen Prioritäten, in: Wirtschaftsdienst 3/2017, S. 192-200.
- Güllner, M. (2013): Nichtwähler in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hajnal, Z.L. (2010): America's Uneven Democracy. Race, Turnout, and Representation in City Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hajnal, Z.L. und J. Trounstine (2005): Where Turnout Matters: The Consequences of Uneven Turnout in City politics, in Journal of Politics, Vol. 67, S. 515-535.
- Hanslmaier, M. und A. Heimerl (2017): Lebenszufriedenheit in München. Was macht Münchnerinnen und Münchner glücklich?, in: Münchner Statistik, 3. Quartalsheft, Jg. 2017, S. 38-49.
- Heitmeyer, W., 2001: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In: Heitmeyer, W. und D. Loch (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt/M: Opladen. 497-534.
- Heller, D., Judge, T. and D. Watson (2002). The Confounding Role of Personality and Trait Affectivity in the Relationship between Job and Life Satisfaction; in: Journal of Organizational Behavior, Vol. 23, S. 815-835.
- Hennig, E.; Lohde-Reiff, R. und D. Sack (2001): Wahlerhaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main, in: Frankfurter Statistische Berichte 3, S. 224-251.
- Holbrook, A.L. und J.A Krosnick (2010): Social Desirability Bias in Voter Turnout Reports. Test Using the Item Count Technique, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 74, S. 37-67.

- Hugi, S. und B. Jann (2015): A Validation Study on Voter Turnout Bias in Switzerland. (Vortrag gehalten an der Venice International University, November 16-18, 2015).
- INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung (2017): Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016. Soziale Entwicklungen und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger - Langfassung - im Auftrag der Landeshauptstadt München. München.
- Jesse, E. (2003): Die Bundestagswahlen von 1990 und 2002 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg., S. 645-656.
- Johann, D. (2009): Eine Betrachtung der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 auf Basis von Rational-Choice-Konzepten, in: Kühnel, S., Niedermayer, O. und B. Westle (Hg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden: VS Verlag, S. 424-449.
- Kaeding, M., Haußner, St. und M. Pieper (2016): Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kessler, T. und N.A. Harth (2008): Die Theorie relativer Deprivation. In: Petersen, L.E. und B. Six (Hg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim: Beltz Verlag.
- King, G. (1997): A solution of the ecological inference problem: Reconstructing individual behavior from aggregate data. Princeton: Princeton University Press.
- Klein, M. (2005): Die Entwicklung der Beteiligungsbereitschaft bei Bundestagswahlen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage der Politbarometer-Trenderhebungen der Jahre 1977 bis 2002, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57, S. 494-522.
- Kleinhenz, T. (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kohler, U. und F. Kreuter (2012): Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. München: Oldenbourg (4., aktualisierte und überarbeitete Auflage).
- Kreuzmair, I. (2017): Demografie der Münchner Bevölkerung 2016. Auswertungen der Bevölkerungsbewegungen des Jahres 2016 sowie des Bevölkerungsbestands zum Jahresende 2016, in: Münchner Statistik, 1. Quartalsheft, S. 6-14.
- Krimmel, I. (1997): Die Beteiligung an Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems, in: Gabriel, O.W. (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 353-376.
- Lamers, P. und S. Roßteutscher (2014): Die Wahlbeteiligung, in: Schmitt-Beck, R. et al. (Hg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos, S. 119-131.
- Landeshauptstadt München (2017a): Münchner Armutsbericht 2017. München.
- Landeshauptstadt München (2017b): Rathaus Umschau, Ausgabe 178 vom 19. September 2017; <https://ru.muenchen.de/pdf/2017/ru-2017-09-19.pdf>; Zugriff: 29.12.2017.

- Lavies, R._R. (1973): Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht. Düsseldorf: Droste.
- Lipset, S.M. und S. Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York, London: Collier-Macmillan, S. 1-64.
- Marttila, T. und P. Rhein (2017): Warum Menschen nicht wählen gehen. Eine empirische Studie zu den politischen Lebenswelten in München. München: Institut für Soziologie LMU München. Online verfügbar unter http://www.ls2.soziologie.uni-muenchen.de/forschung/abgeschlossene_projekte1/polemue1/ni_wa_muc__marttila_rhein.pdf; Zugriff: 15.01.2018
- Meulman, J.J. und W.J. Heiser (2011): IBM SPSS Categories 20. Armonk/NY: IBM Corporation.
- Mood, C. (2010): Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It, in: European Sociological Review, Vol. 26, S. 67-82.
- Naurin, E. und H.E. Oscarsson (2017): When and Why Are Voters Correct in Their Evaluations of Specific Government Performance?, in: Political Studies, S. 1-17.
- Neu, V. (2012): „Dann bleib ich mal weg.“ Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler. St. Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Partheymüller, J. und R. Schmitt-Beck (2012): A „Social Logic“ of Demobilization: The Influence of Political Discussants on Electoral Participation at the 2009 German Federal Election, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties, Vol. 22, S. 457-478.
- Petersen, T; Hierlemann, D.; Vehrkamp, R.B. und C. Wratil (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Pinquart, M. und S. Sörensen (2000): Influences of socioeconomic status, social network, and competence on subjective well-being in later life: a meta-analysis, in: Psychology and Aging, Vol. 15, S. 187-224.
- Rattinger, H. und J. Krämer (1995): Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahresschrift, 36. Jg., S. 267-285.
- Roth, D. (2008): Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ryu, E.; Couper, M.P. und R.W. Marans (2005): Survey Incentives: Cash vs. In-kind; face-to-face vs. Mail; response rate vs. Nonresponse error, in: International Journal of Public Opinion Research, Vol. 18, S. 89-105.
- Schäfer, A. (2011): Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger. Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Bytzek, E. und S. Roßteutscher (Hg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt am Main: Campus, S. 133-154.
- Schäfer, A. (2012): Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift, 53. Jg., S. 240-264.

- Schäfer, A. (2013): Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63. Jg., Nr. 48-49/2013, S. 39-46
- Schäfer, A. (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt/Main: Campus
- Schäfer, A., Schwandner, H. und P. Manow (2016): Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013, in: Schoen, H. und B. Weßels (Hg.): *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer VS, S. 21-44
- Schäfer, A., Vehrkamp, R. und J.F. Gagné (2013): *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Schlichting, K. (2009): Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach ausgewählten Gebietstypen, in: *Arbeiterkammer Bremen (Hg.): Bericht zur sozialen Lage 2009. Schwerpunkt: Wahlverdrossenheit*. Bremen: Arbeiterkammer Bremen, S. 46-63.
- Schmitt-Beck, R.; Mackenrodt, C. und T. Faas (2008): Hintergründe kommunaler Wahlbeteiligung. Eine Fallstudie zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 39. Jg., S. 561-580.
- Schoen, H. (2014a): Daten in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 109-131.
- Schoen, H. (2014b): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 169-239.
- Schoen, H. und H. Kaspar (2009): You must remember this ... Eine Analyse zur Wahrrückerinnerungsfrage, in: Kaspar, H. et al. (Hg.): *Politik - Wissenschaft - Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden: Springer VS, S.159-177.
- Schoen, H. und C. Weins (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 241-329.
- Sciarini, P. und A.C. Goldberg (2016): Turnout Bias in Postselection Surveys: Political Involvement, Survey Participation, and Vote Overreporting, in: *Journal of Survey Statistics and Methodology*, Vol. 4, S. 110-137.
- Selb, P. und S. Munzert (2013): Voter overrepresentation, vote misreporting, and turnout bias in postselection surveys, in: *Electoral Studies*, Vol. 32, S. 186-196.
- Shin, D.C. und D.M. Johnson (1978): Avowed happiness as an overall assessment of the quality of life, in: *Social Indicators Research*, Vol. 5, S. 475-492.
- Smets, K. und C. van Ham (2013): The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout, in: *Electoral Studies*, Vol. 32, S. 344-359.
- StataCorp (2011): *Multivariate Statistics. Release 12*. College Station, TX: StataCorp.
- Statistisches Amt München, 2017: *Bevölkerungsbestand nach Altersgruppen am 31.12.2016*. www.muenchen.de/rathaus/Stadinfos/Statistik/Bev-ikerung/Bev-ikerungsbestand.html; Zugriff: 30.12.2017.
- Steinbrecher, M. und H. Rattinger (2011): Die Wahlbeteiligung, in: Rattinger, H. et al. (Hg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos, S. 77-90.

- Steinbrecher, M.; Huber, S. und H. Rattinger (2007): Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979. Baden-Baden: Nomos.
- Stock, M. (2013): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung - Herausforderungen und Perspektiven, in: UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst, Nr. 2/2013, S. 15-20.
- Timpone, R.J. (1998): Ties that Bind. Measurement, Demographics, and Social Connectedness, in: Political Behavior, Vol. 20, S. 53-77.
- Tourangeau, R.; Groves, R.M. und C.D. Redline (2010): Sensitive Topics and Reluctant Respondents. Demonstrating a Link Between Nonresponse Bias and Measurement Error, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 74, S. 413-432.
- Tourangeau, R. und T. Yan (2007): Sensitive Questions in Surveys, in: Psychological Bulletin, Vol. 133, S. 859-883.
- Vehrkamp, R. (2015): Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. (Einwurf Ausgabe 2/2015).
- Vehrkamp, R. und K. Wegschaider (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Verba, S.; Nie, N.H. und J. Kim (1978): Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison. New York: Cambridge University Press.
- Vetter, A. und U. Remer-Bollow (2017): Nichtwähler und der Rückgang der Wahlbeteiligung, in: dies.: Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Wiesbaden: Springer, S. 203-222.
- Vreese, C.H. de und H. Boomgarden (2006): News, Political Knowledge, and Participation: The Differential Effects of News Media Exposure on Political Knowledge and Participation, in: Acta Politica, Vol. 41, S. 317-341.
- WahlAtlas München: Bundestagswahl 2013
http://www.mstatistikmuenchen.de/wahlAtlas_btw2013; Zugriff: 18.01.2017.
- WahlAtlas München: Bundestagswahl 2017
http://www.mstatistikmuenchen.de/wahlAtlas_btw2017; Zugriff: 03.01.2018.
- Walker, I., H.J. Smith (Hg.) (2002): Relative Deprivation. Specification, Development, and Integration. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wenzlaff, A und T. Scheuchenpflug (2013): WahlAtlas München, in: Münchner Statistik, 3. Quartalsheft, S. 16-20.
- Wolff, H.-G. und J. Bacher (2010): Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse, in: C. Wolf und H. Best (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333-365.
- Wüst, A.M. (2012): Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrundes für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S. 157-178 (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 45).
- Zuckerman, A.S. (2007): The Social Logic of Political Choice: Picking a Political Party in the Context of Immediate Social Circles, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 48, S. 633-649.

6 Fragebogen



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE
PROF. DR. KATRIN AUSPURG



Dipl. Soz. Werner Fröhlich

Institut für Soziologie
Konradstraße 6
80801 München
Tel: 089 / 2180 6216

eMail: werner.froehlich@soziologie.uni-muenchen.de

Nachwahlbefragung von Münchner Bürger*innen zur Bundestagswahl 2017

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft an unserer Befragung teilzunehmen!
Zunächst noch ein paar Hinweise zur Bearbeitung des Fragebogens:

Wenn Sie ein Kästchen sehen, genügt es ein Kreuz zu machen.

A.	Schmeckt die Suppe?
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Wenn Sie offene Felder sehen, so sind meistens Zahlen einzutragen.

B.	Wie oft im Monat essen Sie einen Hamburger?		
	<table border="1" data-bbox="331 775 472 853"><tr><td>1</td><td>9</td></tr></table> mal im Monat	1	9
1	9		

Bei manchen Fragen müssen Sie selbst Antworten eintragen – bitte geben Sie Ihre jeweilige(n) Antwort(en) dabei möglichst stichwortartig an.

C.	Welche Farbe(n) ist/sind Ihre Lieblingsfarbe(n)?
	Farbe 1: _____ <i>rot</i> _____ Farbe 2: _____ <i>grün</i> _____ Farbe 3: _____ <i>blau</i> _____

1 - Wohnsituation und Leben in München

Zunächst möchten wir Sie bitten einige Fragen zu Ihrer **Wohnsituation** und allgemeinen Einschätzung zum **Leben in München** zu beantworten.

1.	Seit wann wohnen Sie in München?										
	seit					(bitte Zuzugsjahr angeben)				<input type="radio"/> seit Geburt	
2.	Wie stark fühlen Sie sich mit München verbunden ?										
	Überhaupt nicht	Weniger stark			Mittelmäßig		Eher stark		Sehr stark		
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
3.	Wie zufrieden sind Sie persönlich, in der Stadt München zu leben ? <i>(0 bedeutet, dass Sie sehr unzufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.)</i>										
	Sehr unzufrieden									Sehr zufrieden	
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
4.	Wie beurteilen Sie - alles in allem - die Lebensqualität in München?										
	Die Lebensqualität in München müsste verbessert werden		... müsste stark verbessert werden	
	... ist sehr gut	... ist überwiegend gut		... hat geringe Mängel			<input type="radio"/>		<input type="radio"/>		
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
5.	Falls Sie der Meinung sind, die Lebensqualität in München müsste verbessert werden, so nennen Sie uns bitte maximal 3 Verbesserungsvorschläge .										
	Vorschlag 1: _____										
	Vorschlag 2: _____										
	Vorschlag 3: _____										
6.	Wenn Sie einmal an die sozialen Zustände in München denken: Wie gerecht oder ungerecht geht es aus Ihrer Sicht in München alles in allem zu?										
	Sehr ungerecht	Eher ungerecht		Teils/teils	Eher gerecht		Sehr gerecht		Weiß nicht		
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	

2 - Eigene Lebenssituation und gesellschaftliche Entwicklungen

Nun möchten wir Ihnen einige Fragen dazu stellen, **wie zufrieden** Sie mit Ihrer **Lebenssituation** und bestimmten **gesellschaftlichen Entwicklungen** sind.

7.	<p>Wie zufrieden sind Sie derzeit alles in allem mit Ihrem Leben? <i>(0 bedeutet, dass Sie sehr unzufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.)</i></p>										
	Sehr unzufrieden 0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Sehr zufrieden 10
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
8.	<p>Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel, glauben Sie, bekommen Sie persönlich?</p>										
	Weniger als meinen gerechten Anteil	Meinen gerechten Anteil								Mehr als meinen gerechten Anteil	
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>								<input type="radio"/>	
9.	<p>Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige wirtschaftliche/finanzielle Lage?</p>										
	Sehr schlecht	Eher schlecht	Teils/teils	Eher gut	Sehr gut						
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>						
10.	<p>Und wie glauben Sie, wird Ihre wirtschaftliche/finanzielle Lage in einem Jahr sein?</p>										
	Wesentlich schlechter als heute	Etwas schlechter als heute	Gleichbleibend	Etwas besser als heute	Wesentlich besser als heute						
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>						
11.	<p>Wenn Sie an Ihren derzeitigen Arbeitsplatz denken: Machen Sie sich Sorgen um Ihren Arbeitsplatz?</p>										
	Überhaupt keine	Eher geringe	Teils/ teils	Eher große	Sehr große	Ich arbeite derzeit nicht oder nicht mehr					
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>					
12.	<p>Waren Sie in Ihrem Berufsleben schon einmal arbeitslos gemeldet?</p>										
	<p>Ja <input type="radio"/> <input type="radio"/> Nein ➔ <i>bitte weiter mit Frage 15.</i></p>										
13.	<p>Wie oft waren Sie bereits als arbeitslos gemeldet? <i>(Bitte geben Sie die Anzahl Ihrer Arbeitslosigkeitsphasen an.)</i></p>										
	<p>Ca. <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> mal</p>										

14.	Und wie lange waren Sie insgesamt als arbeitslos gemeldet? (Bitte geben Sie die Dauer Ihrer gesamten Arbeitslosigkeit in Monaten oder Jahren an.)
	Ca. <input type="text"/> <input type="text"/> Monate bzw. ca. <input type="text"/> <input type="text"/> Jahre

15.	Wie viel Vertrauen haben Sie in...						
		Keines/ sehr wenig	Eher wenig	Teils/ teils	Eher viel	Sehr viel/ vollständiges	Weiß nicht
	...den Bundestag?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Banken?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Kirchen?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Presse?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Gerichte/das Rechtssystem?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die bisherige Bundesregierung?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die politischen Parteien?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Polizei?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Gewerkschaften?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...die Münchner Stadtverwaltung?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
	...den Münchner Stadtrat?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				

3 - Politische Beteiligung

Kürzlich hat die Bundestagswahl stattgefunden. Aus diesem Anlass würden wir gerne etwas mehr über Ihre **politischen Interessen** und die Bewertung von **Beteiligungsformen** erfahren.

16.	Wenn Sie an Ihr allgemeines Interesse an Politik denken, wo würden Sie sich selbst auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen? (0 bedeutet, dass Sie überhaupt kein Interesse haben, 10 bedeutet, dass Sie sehr großes Interesse haben. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.)										
	überhaupt kein Interesse										Sehr großes Interesse
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

17.	Wenn Sie an Ihre politische Einstellung denken, wo würden Sie sich selbst einordnen? (0 bedeutet, dass Sie sich ganz links sehen, 10 bedeutet, dass Sie sich ganz rechts einordnen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.)										
	Ganz links										Ganz rechts
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

18.	Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu ?					
		Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/ teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu
	Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	In der Gesellschaft gibt es genügend Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Die aktuelle Bundesregierung vertritt die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

19.	Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen über die Bedeutung von Politik allgemein und von Wahlen . Geben Sie bitte an, inwiefern Sie der jeweiligen Aussage zustimmen oder nicht.					
		Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/ teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu
	Es ist sehr wichtig, dass möglichst viele Bürger*innen wählen gehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Die Wähler*innen entscheiden mit Ihrer Stimme darüber, welche Politik in Deutschland gemacht wird.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen ist in der Demokratie die Pflicht jeder Bürgerin/ jedes Bürgers.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Wählen zu können ist ein wichtiges Vorrecht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Wahlen sind eigentlich nichts Besonderes.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Was in der Politik passiert ist sehr wichtig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

20.	Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der folgenden Personen/Institutionen ?						
		Sehr unzufrieden	Eher unzufrieden	Teils/ teils	Eher zufrieden	Sehr zufrieden	Weiß nicht
	Bundestag	<input type="radio"/>					
	Banken	<input type="radio"/>					
	Kirchen	<input type="radio"/>					
	Presse	<input type="radio"/>					
	Gerichte/Rechtssystem	<input type="radio"/>					
	Bisherige Bundesregierung	<input type="radio"/>					
	Politische Parteien	<input type="radio"/>					
	Polizei	<input type="radio"/>					
	Gewerkschaften	<input type="radio"/>					
	Verwaltung der Stadt München	<input type="radio"/>					
	Münchner Stadtrat	<input type="radio"/>					

21.	Gibt es neben den oben genannten Personen/Insitutionen weitere mit denen Sie nicht zufrieden sind?	
	Ja <input type="radio"/>	<input type="radio"/> Nein ➔ <i>bitte weiter mit Frage 23.</i>

22.	Mit welchen sonstigen Personen/Institutionen sind Sie nicht zufrieden? (Nennen Sie bitte <u>maximal 2</u> Personen/Institutionen)																																																																												
	Person/Institution 1: _____ Person/Institution 2: _____																																																																												
23.	Gibt es Personen/Insitutionen mit denen Sie besonders häufig bzw. regelmäßig zu tun haben?																																																																												
	Ja <input type="radio"/> <input type="radio"/> Nein ➔ <i>bitte weiter mit Frage 25.</i>																																																																												
24.	Welche Personen/Institutionen sind das? (Nennen Sie bitte <u>maximal 2</u> Personen/Institutionen)																																																																												
	Person/Institution 1: _____ Person/Institution 2: _____																																																																												
25.	Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie schon genutzt ?																																																																												
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Habe ich innerhalb der vergangene beiden Jahre gemacht</th> <th>Habe ich vor mehr als 2 Jahren bereits einmal gemacht</th> <th>Habe ich noch nicht gemacht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>An Europawahlen teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>An Bundestagswahlen teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>An Landtagswahlen teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Ein Bürger-/Volksbegehren unterschreiben.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>In einer Bürger*inneninitiative mitarbeiten.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>An Kommunal-/Oberbürgermeister*innenwahlen teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Eine Partei/eine(n) Kandidat*in unterstützen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Dauerhaft in einer Partei mitarbeiten.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Geld für soziale Zwecke spenden.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Die Webseite einer politischen Organisation besuchen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Aus Protest nicht an Wahlen teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Politische Inhalte online diskutieren.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Einen Leserbrief schreiben.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>An einer Stadtteilbegehung teilnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Eine Bezirksausschusssitzung besuchen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Andere per social media (Facebook, Twitter usw.) auf Zeitungsartikel/Videos mit politischem Inhalt aufmerksam machen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> <tr><td>Kontakt zu Politiker*innen aufnehmen.</td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td><td><input type="radio"/></td></tr> </tbody> </table>		Habe ich innerhalb der vergangene beiden Jahre gemacht	Habe ich vor mehr als 2 Jahren bereits einmal gemacht	Habe ich noch nicht gemacht	An Europawahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	An Bundestagswahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	An Landtagswahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Ein Bürger-/Volksbegehren unterschreiben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	In einer Bürger*inneninitiative mitarbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	An Kommunal-/Oberbürgermeister*innenwahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Eine Partei/eine(n) Kandidat*in unterstützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Dauerhaft in einer Partei mitarbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Geld für soziale Zwecke spenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Die Webseite einer politischen Organisation besuchen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Aus Protest nicht an Wahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Politische Inhalte online diskutieren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Einen Leserbrief schreiben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	An einer Stadtteilbegehung teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Eine Bezirksausschusssitzung besuchen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Andere per social media (Facebook, Twitter usw.) auf Zeitungsartikel/Videos mit politischem Inhalt aufmerksam machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Kontakt zu Politiker*innen aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Habe ich innerhalb der vergangene beiden Jahre gemacht	Habe ich vor mehr als 2 Jahren bereits einmal gemacht	Habe ich noch nicht gemacht																																																																										
An Europawahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
An Bundestagswahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
An Landtagswahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Ein Bürger-/Volksbegehren unterschreiben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
In einer Bürger*inneninitiative mitarbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
An Kommunal-/Oberbürgermeister*innenwahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Eine Partei/eine(n) Kandidat*in unterstützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Dauerhaft in einer Partei mitarbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Geld für soziale Zwecke spenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Die Webseite einer politischen Organisation besuchen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Aus Protest nicht an Wahlen teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Politische Inhalte online diskutieren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Einen Leserbrief schreiben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
An einer Stadtteilbegehung teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Eine Bezirksausschusssitzung besuchen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Andere per social media (Facebook, Twitter usw.) auf Zeitungsartikel/Videos mit politischem Inhalt aufmerksam machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										
Kontakt zu Politiker*innen aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																										

26.	In den letzten Monaten wurde in der Öffentlichkeit oft über das Thema " Bürger*innen-Beteiligung " diskutiert. Uns würde daher interessieren, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.																																										
	<table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>Stimme gar nicht zu</th> <th>Stimme eher nicht zu</th> <th>Teils/teils</th> <th>Stimme eher zu</th> <th>Stimme voll und ganz zu</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bürger*innenentscheide sind ein gutes Mittel, um wichtige politische Fragen zu entscheiden.</td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Über Wahlen hinaus sollten die Bürger*innen an möglichst vielen politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden.</td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Verbindliche Entscheidungen für alle sollten nur gewählte Volksvertreter*innen treffen.</td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Die Bürger*innen sind zu wenig informiert, um wichtige politische Entscheidungen treffen zu können.</td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Wir brauchen mehr politische Veranstaltungen, in deren Rahmen Bürger*innen mitdiskutieren können.</td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Das Wahlalter sollte generell auf 16 Jahre herabgesetzt werden.</td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> <td><input type="radio"/></td> </tr> </tbody> </table>		Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu	Bürger*innenentscheide sind ein gutes Mittel, um wichtige politische Fragen zu entscheiden.	<input type="radio"/>	Über Wahlen hinaus sollten die Bürger*innen an möglichst vielen politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden.	<input type="radio"/>	Verbindliche Entscheidungen für alle sollten nur gewählte Volksvertreter*innen treffen.	<input type="radio"/>	Die Bürger*innen sind zu wenig informiert, um wichtige politische Entscheidungen treffen zu können.	<input type="radio"/>	Wir brauchen mehr politische Veranstaltungen, in deren Rahmen Bürger*innen mitdiskutieren können.	<input type="radio"/>	Das Wahlalter sollte generell auf 16 Jahre herabgesetzt werden.	<input type="radio"/>																								
	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu																																						
Bürger*innenentscheide sind ein gutes Mittel, um wichtige politische Fragen zu entscheiden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																						
Über Wahlen hinaus sollten die Bürger*innen an möglichst vielen politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																						
Verbindliche Entscheidungen für alle sollten nur gewählte Volksvertreter*innen treffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																						
Die Bürger*innen sind zu wenig informiert, um wichtige politische Entscheidungen treffen zu können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																						
Wir brauchen mehr politische Veranstaltungen, in deren Rahmen Bürger*innen mitdiskutieren können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																						
Das Wahlalter sollte generell auf 16 Jahre herabgesetzt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																						

27.	Haben Sie an der letzten Bundestagswahl am 24.09.2017 teilgenommen?
	<p><input type="radio"/> Nein, ich war wahlberechtigt, aber habe nicht gewählt</p> <p><input type="radio"/> Nein, da ich nicht wahlberechtigt war ➡ bitte weiter mit Frage 29.</p> <p><input type="radio"/> Ja, ich habe gewählt ➡ bitte weiter mit Frage 29.</p>

28.	Was waren die wichtigsten Gründe , weshalb Sie am 24.09.2017 nicht an der Bundestagswahl teilgenommen haben? (Nennen Sie bitte <u>maximal 3</u> Gründe)	
	Ich dachte, ich könnte das Ergebnis sowieso nicht beeinflussen.	<input type="radio"/>
	Es ging in dieser Wahl nicht um eine wirklich wichtige Entscheidung. Ich wähle nur dann, wenn es politisch wichtig ist.	<input type="radio"/>
	Es war vor der Wahl schon klar, wer gewinnt. Auf meine Stimme kam es daher nicht an.	<input type="radio"/>
	Meine Partei hatte ohnehin keine Chance, die Wahl zu gewinnen. Daher war es egal, ob ich wähle oder nicht.	<input type="radio"/>
	Ich wollte meiner Partei einen Denkkzettel verpassen, weil ich unzufrieden mit ihr bin/war.	<input type="radio"/>
	Ich wollte meine bisherige Partei nicht mehr wählen, aber es gefiel mir auch keine andere.	<input type="radio"/>
	Solange ich mit dem, was im Staat passiert, zufrieden bin, brauche ich nicht wählen zu gehen.	<input type="radio"/>
	Ich gehe grundsätzlich nicht wählen.	<input type="radio"/>
	Ich habe keine Wahlbenachrichtigung erhalten.	<input type="radio"/>
	Es gab niemanden, den ich wählen wollte.	<input type="radio"/>
	Es war vor der Wahl schon klar, dass meine Partei gewinnt, daher bin ich zu Hause geblieben.	<input type="radio"/>
	Ich gehe nicht mehr zu Wahlen, da nur noch Europa das Sagen hat.	<input type="radio"/>
	Es gab kein Wahlprogramm, dem ich zustimmen kann.	<input type="radio"/>
	Weil ich kein Vertrauen in die Politiker*innen habe.	<input type="radio"/>
	Ich war verhindert, z.B. durch Krankheit, Urlaub.	<input type="radio"/>
	Für Dinge, die für mich wichtig sind, setzt sich keine Partei ein.	<input type="radio"/>
	Ich wusste nicht, dass Bundestagswahl war.	<input type="radio"/>
	Jemand hat mich gebeten, nicht zu wählen.	<input type="radio"/>
	Ich hatte keine Lust.	<input type="radio"/>
	Ich bin aus Protest nicht zur Wahl gegangen.	<input type="radio"/>
	Ich gehe nur bei Landtagswahlen zur Wahl.	<input type="radio"/>
	Ich gehe nur bei Kommunalwahlen zur Wahl.	<input type="radio"/>
	Anderer Grund, und zwar: _____	<input type="radio"/>

29.	Medien und Politik sollten ausreichend und verständlich über Politik und deren Inhalte informieren. Uns interessiert deshalb, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.					
		Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/ teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu
	Ich fühle mich von der Politik ausreichend informiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Die Medien berichten in ausreichendem Maße über Politik.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Man kann immer gut verstehen, was die Politiker*innen meinen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Man kann immer gut verstehen, was die Medien über Politik berichten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

30.	Als Wähler*in kann man sich sehr unterschiedlich verhalten . Bitte geben Sie an, was auf Sie am besten zutrifft?										
	Ich habe in den letzten Jahren meist dieselbe Partei gewählt. <input type="radio"/> Ich habe in den letzten Jahren häufig die Partei gewechselt. <input type="radio"/> Ich habe in den letzten Jahren nur gelegentlich gewählt. <input type="radio"/> Ich habe in den letzten Jahren nie gewählt. <input type="radio"/> Ich habe bei dieser Wahl das erste Mal gewählt. <input type="radio"/> Anders, und zwar: _____										
31.	Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">Sehr unzufrieden</td> <td style="width: 20%;">Eher unzufrieden</td> <td style="width: 20%;">Teils/teils</td> <td style="width: 20%;">Eher zufrieden</td> <td style="width: 20%;">Sehr zufrieden</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> </table>	Sehr unzufrieden	Eher unzufrieden	Teils/teils	Eher zufrieden	Sehr zufrieden	<input type="radio"/>				
Sehr unzufrieden	Eher unzufrieden	Teils/teils	Eher zufrieden	Sehr zufrieden							
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							

4 - Münchner Politik

Nun möchten wir Sie bitten, uns einige Fragen zur **Münchner Kommunalpolitik** und wichtigen **Themen** in München zu beantworten .

32.	Wie sehr interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik hier in München? <i>(0 bedeutet, dass Sie überhaupt kein Interesse haben, 10 bedeutet, dass Sie sehr großes Interesse haben. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.)</i>																																				
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">Überhaupt kein Interesse</td> <td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td style="width: 10%;">Sehr großes Interesse</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">4</td> <td style="text-align: center;">5</td> <td style="text-align: center;">6</td> <td style="text-align: center;">7</td> <td style="text-align: center;">8</td> <td style="text-align: center;">9</td> <td style="text-align: center;">10</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> </table>	Überhaupt kein Interesse											Sehr großes Interesse	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Überhaupt kein Interesse											Sehr großes Interesse																										
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10																											
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																										
33.	Bitte geben Sie zunächst an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen .																																				
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Stimme gar nicht zu</td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Stimme eher nicht zu</td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Teils/teils</td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Stimme eher zu</td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Stimme voll und ganz zu</td> </tr> <tr> <td>Ich fühle mich von der Politik in München ausreichend informiert.</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Die Medien berichten in ausreichendem Maße über das politische Geschehen in München.</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Man kann immer gut verstehen, was die Münchner Kommunalpolitiker*innen meinen.</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Man kann immer gut verstehen, was die Medien über das politische Geschehen in München berichten.</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> </table>		Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu	Ich fühle mich von der Politik in München ausreichend informiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Die Medien berichten in ausreichendem Maße über das politische Geschehen in München.	<input type="radio"/>	Man kann immer gut verstehen, was die Münchner Kommunalpolitiker*innen meinen.	<input type="radio"/>	Man kann immer gut verstehen, was die Medien über das politische Geschehen in München berichten.	<input type="radio"/>																		
	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu																																
Ich fühle mich von der Politik in München ausreichend informiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																
Die Medien berichten in ausreichendem Maße über das politische Geschehen in München.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																
Man kann immer gut verstehen, was die Münchner Kommunalpolitiker*innen meinen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																
Man kann immer gut verstehen, was die Medien über das politische Geschehen in München berichten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																

34.	Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen über die Politik hier in München . Geben Sie bitte an, inwiefern die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach zutrifft oder nicht.																																																																																				
	<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="231 318 869 405"></th> <th data-bbox="869 318 981 405">Trifft überhaupt nicht zu</th> <th data-bbox="981 318 1093 405">Trifft eher nicht zu</th> <th data-bbox="1093 318 1204 405">Teils/teils</th> <th data-bbox="1204 318 1316 405">Trifft eher zu</th> <th data-bbox="1316 318 1450 405">Trifft voll und ganz zu</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="231 405 869 488">Es gibt in München genügend Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.</td> <td data-bbox="869 405 981 488"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 405 1093 488"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 405 1204 488"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 405 1316 488"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 405 1450 488"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 488 869 571">Es ist für mich einfach, mir eine Meinung über kommunalpolitische Themen zu bilden.</td> <td data-bbox="869 488 981 571"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 488 1093 571"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 488 1204 571"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 488 1316 571"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 488 1450 571"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 571 869 654">Die Parteien in München wollen nur die Stimmen der Wähler*innen.</td> <td data-bbox="869 571 981 654"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 571 1093 654"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 571 1204 654"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 571 1316 654"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 571 1450 654"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 654 869 736">Die Parteien in München sind an den Ansichten der Wähler*innen interessiert.</td> <td data-bbox="869 654 981 736"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 654 1093 736"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 654 1204 736"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 654 1316 736"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 654 1450 736"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 736 869 819">In der Kommunalpolitik ist es nicht so wichtig, welche Partei regiert, weil es hier um die Lösung von Sachproblemen geht.</td> <td data-bbox="869 736 981 819"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 736 1093 819"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 736 1204 819"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 736 1316 819"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 736 1450 819"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 819 869 902">Egal was man bei der Kommunalwahl wählt, es macht keinen Unterschied für das, was in München passiert.</td> <td data-bbox="869 819 981 902"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 819 1093 902"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 819 1204 902"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 819 1316 902"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 819 1450 902"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 902 869 985">Ich fände es sehr gut, wenn Kommunalpolitiker*innen hier in München von Tür zu Tür gehen, um dort mit den Bürger*innen ins Gespräch zu kommen.</td> <td data-bbox="869 902 981 985"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 902 1093 985"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 902 1204 985"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 902 1316 985"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 902 1450 985"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 985 869 1068">Die Kommunalpolitiker*innen hier in München nehmen die Menschen mit ihren konkreten Sorgen ernst.</td> <td data-bbox="869 985 981 1068"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 985 1093 1068"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 985 1204 1068"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 985 1316 1068"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 985 1450 1068"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1068 869 1151">Ich habe das Gefühl, dass die Münchner Kommunalpolitiker*innen den Bürger*innen zuhören.</td> <td data-bbox="869 1068 981 1151"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1068 1093 1151"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1068 1204 1151"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1068 1316 1151"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1068 1450 1151"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1151 869 1234">Die Wähler*innen entscheiden mit ihrer Stimme darüber, welche Politik in München gemacht wird.</td> <td data-bbox="869 1151 981 1234"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1151 1093 1234"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1151 1204 1234"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1151 1316 1234"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1151 1450 1234"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1234 869 1317">Die Münchner Kommunalpolitiker*innen lassen sich nur bei besonderen Anlässen in den Stadtvierteln sehen.</td> <td data-bbox="869 1234 981 1317"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1234 1093 1317"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1234 1204 1317"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1234 1316 1317"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1234 1450 1317"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1317 869 1400">Wenn in meinem Stadtteil ein großes Projekt geplant wird, möchte ich mich als Bürger*in auf jeden Fall einbringen.</td> <td data-bbox="869 1317 981 1400"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1317 1093 1400"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1317 1204 1400"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1317 1316 1400"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1317 1450 1400"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1400 869 1482">Mitglieder des Stadtrats sollten häufiger in die verschiedenen Stadtteile kommen, um mit den Bürger*innen zu sprechen.</td> <td data-bbox="869 1400 981 1482"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1400 1093 1482"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1400 1204 1482"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1400 1316 1482"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1400 1450 1482"><input type="radio"/></td> </tr> </tbody> </table>		Trifft überhaupt nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft voll und ganz zu	Es gibt in München genügend Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.	<input type="radio"/>	Es ist für mich einfach, mir eine Meinung über kommunalpolitische Themen zu bilden.	<input type="radio"/>	Die Parteien in München wollen nur die Stimmen der Wähler*innen.	<input type="radio"/>	Die Parteien in München sind an den Ansichten der Wähler*innen interessiert.	<input type="radio"/>	In der Kommunalpolitik ist es nicht so wichtig, welche Partei regiert, weil es hier um die Lösung von Sachproblemen geht.	<input type="radio"/>	Egal was man bei der Kommunalwahl wählt, es macht keinen Unterschied für das, was in München passiert.	<input type="radio"/>	Ich fände es sehr gut, wenn Kommunalpolitiker*innen hier in München von Tür zu Tür gehen, um dort mit den Bürger*innen ins Gespräch zu kommen.	<input type="radio"/>	Die Kommunalpolitiker*innen hier in München nehmen die Menschen mit ihren konkreten Sorgen ernst.	<input type="radio"/>	Ich habe das Gefühl, dass die Münchner Kommunalpolitiker*innen den Bürger*innen zuhören.	<input type="radio"/>	Die Wähler*innen entscheiden mit ihrer Stimme darüber, welche Politik in München gemacht wird.	<input type="radio"/>	Die Münchner Kommunalpolitiker*innen lassen sich nur bei besonderen Anlässen in den Stadtvierteln sehen.	<input type="radio"/>	Wenn in meinem Stadtteil ein großes Projekt geplant wird, möchte ich mich als Bürger*in auf jeden Fall einbringen.	<input type="radio"/>	Mitglieder des Stadtrats sollten häufiger in die verschiedenen Stadtteile kommen, um mit den Bürger*innen zu sprechen.	<input type="radio"/>																																																				
	Trifft überhaupt nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft voll und ganz zu																																																																																
Es gibt in München genügend Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Es ist für mich einfach, mir eine Meinung über kommunalpolitische Themen zu bilden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Die Parteien in München wollen nur die Stimmen der Wähler*innen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Die Parteien in München sind an den Ansichten der Wähler*innen interessiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
In der Kommunalpolitik ist es nicht so wichtig, welche Partei regiert, weil es hier um die Lösung von Sachproblemen geht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Egal was man bei der Kommunalwahl wählt, es macht keinen Unterschied für das, was in München passiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Ich fände es sehr gut, wenn Kommunalpolitiker*innen hier in München von Tür zu Tür gehen, um dort mit den Bürger*innen ins Gespräch zu kommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Die Kommunalpolitiker*innen hier in München nehmen die Menschen mit ihren konkreten Sorgen ernst.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Ich habe das Gefühl, dass die Münchner Kommunalpolitiker*innen den Bürger*innen zuhören.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Die Wähler*innen entscheiden mit ihrer Stimme darüber, welche Politik in München gemacht wird.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Die Münchner Kommunalpolitiker*innen lassen sich nur bei besonderen Anlässen in den Stadtvierteln sehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Wenn in meinem Stadtteil ein großes Projekt geplant wird, möchte ich mich als Bürger*in auf jeden Fall einbringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																
Mitglieder des Stadtrats sollten häufiger in die verschiedenen Stadtteile kommen, um mit den Bürger*innen zu sprechen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																																																																																

35.	Bitte geben Sie nun an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen .																														
	<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="231 1724 869 1792"></th> <th data-bbox="869 1724 981 1792">Stimme gar nicht zu</th> <th data-bbox="981 1724 1093 1792">Stimme eher nicht zu</th> <th data-bbox="1093 1724 1204 1792">Teils/teils</th> <th data-bbox="1204 1724 1316 1792">Stimme eher zu</th> <th data-bbox="1316 1724 1450 1792">Stimme voll und ganz zu</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="231 1792 869 1848">Kommunalpolitik muss oft Bundes- und/oder Landesgesetze umsetzen.</td> <td data-bbox="869 1792 981 1848"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1792 1093 1848"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1792 1204 1848"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1792 1316 1848"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1792 1450 1848"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1848 869 1904">Die Kommunalpolitik hat für viele Bereiche (z.B. Sozialgesetze) nur eingeschränkte Befugnisse.</td> <td data-bbox="869 1848 981 1904"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1848 1093 1904"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1848 1204 1904"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1848 1316 1904"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1848 1450 1904"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1904 869 1960">Die Kommunalpolitik ist in ihren Gestaltungsmöglichkeiten häufig durch Bundes- und/oder Landesgesetze eingeschränkt.</td> <td data-bbox="869 1904 981 1960"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1904 1093 1960"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1904 1204 1960"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1904 1316 1960"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1904 1450 1960"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td data-bbox="231 1960 869 2016">Stadtverwaltung und Stadtrat darf man nicht in einen Topf werfen</td> <td data-bbox="869 1960 981 2016"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="981 1960 1093 2016"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1093 1960 1204 2016"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1204 1960 1316 2016"><input type="radio"/></td> <td data-bbox="1316 1960 1450 2016"><input type="radio"/></td> </tr> </tbody> </table>		Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu	Kommunalpolitik muss oft Bundes- und/oder Landesgesetze umsetzen.	<input type="radio"/>	Die Kommunalpolitik hat für viele Bereiche (z.B. Sozialgesetze) nur eingeschränkte Befugnisse.	<input type="radio"/>	Die Kommunalpolitik ist in ihren Gestaltungsmöglichkeiten häufig durch Bundes- und/oder Landesgesetze eingeschränkt.	<input type="radio"/>	Stadtverwaltung und Stadtrat darf man nicht in einen Topf werfen	<input type="radio"/>																
	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu																										
Kommunalpolitik muss oft Bundes- und/oder Landesgesetze umsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																										
Die Kommunalpolitik hat für viele Bereiche (z.B. Sozialgesetze) nur eingeschränkte Befugnisse.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																										
Die Kommunalpolitik ist in ihren Gestaltungsmöglichkeiten häufig durch Bundes- und/oder Landesgesetze eingeschränkt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																										
Stadtverwaltung und Stadtrat darf man nicht in einen Topf werfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>																										

36.	An wie vielen Tagen unterhalten Sie sich in einer durchschnittlichen Woche mit folgenden Personen über das politische Geschehen hier in München. <i>(Wenn etwas nicht zutrifft, weil Sie z.B. keine(n) Partner*in haben, kreuzen Sie bitte "trifft nicht zu" an.)</i>									
		0 Tage	1 Tag	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	trifft nicht zu
	Ehe-/Lebenspartner*in	<input type="radio"/>								
	Familienmitglieder	<input type="radio"/>								
	Freund*innen	<input type="radio"/>								
	Nachbar*innen	<input type="radio"/>								
	Bekannte	<input type="radio"/>								
	Arbeitskolleg*innen	<input type="radio"/>								
	Sonstige Person:	<input type="radio"/>								

37.	Welche Quellen nutzen Sie, um sich über das politische Geschehen in München zu informieren? <i>(Mehrfachantworten möglich.)</i>										
		Fernsehen	<input type="radio"/>								
		Radio	<input type="radio"/>								
		Lokale Zeitung	<input type="radio"/>								
		Internet	<input type="radio"/>								
		Überregionale Zeitung (z.B. FAZ, Die Welt)	<input type="radio"/>								
		Persönliche Gespräche mit Familienmitgliedern, Freund*innen, Bekannten usw.	<input type="radio"/>								
		Soziale Netzwerke (Facebook, Twitter usw.)	<input type="radio"/>								
		Wochenzeitung/-zeitschrift (z.B. Die Zeit, Der Spiegel, Focus)	<input type="radio"/>								
		Informationen von Parteien	<input type="radio"/>								
		Kontakte/Gespräche mit Kommunalpolitiker*innen	<input type="radio"/>								
	Sonstige, und zwar: _____										

38.	Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit die größten Probleme in München?									
	Problem 1: _____									
	Problem 2: _____									
	Problem 3: _____									

39.	Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Wenn Sie zwischen folgenden Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten und wenchens am zweitwichtigsten für München?									
		Wichtigstes Ziel	Zweitwichtigstes Ziel							
	Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in München.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							
	Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							
	Mehr Einfluss der Bürger*innen auf Entscheidungen des Stadtrats.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							
	Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							
	Kampf gegen die steigenden Preise in München.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							

40.	Haben Sie vor, bei der nächsten Kommunalwahl in München im Frühjahr 2020 wählen zu gehen?
	<p style="text-align: right;">Nein, da ich nicht wahlberechtigt bin. <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Nein, ich werde auf keinen Fall zur Wahl gehen. <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Ja, ich werde ganz bestimmt wählen gehen. <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Das kann ich jetzt noch nicht sagen. <input type="radio"/></p>

41.	Was glauben Sie wäre nötig , um die Menschen dazu zu bewegen, bei der nächsten Stadtratswahl hier in München wählen zu gehen ?
	<p>_____</p> <p>_____</p>

42.	Gibt es Themen(bereiche) , die für Sie in München besonders wichtig sind und bei denen Sie das Gefühl haben, die Politik kümmert sich nicht ausreichend darum?
	Ja <input type="radio"/> <input type="radio"/> Nein ➔ <i>bitte weiter mit Frage 44.</i>

43.	Welche Themen(bereiche) sind das?
	<p>Themenbereich 1: _____</p> <p>Themenbereich 2: _____</p> <p>Themenbereich 3: _____</p>

44.	Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Kommunalpolitik hier in München funktioniert?										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;">Sehr unzufrieden</td> <td style="text-align: center;">Eher unzufrieden</td> <td style="text-align: center;">Teils/teils</td> <td style="text-align: center;">Eher zufrieden</td> <td style="text-align: center;">Sehr zufrieden</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> </table>	Sehr unzufrieden	Eher unzufrieden	Teils/teils	Eher zufrieden	Sehr zufrieden	<input type="radio"/>				
Sehr unzufrieden	Eher unzufrieden	Teils/teils	Eher zufrieden	Sehr zufrieden							
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>							

5 - Zur Person

Am Schluss möchten wir Sie noch bitten, uns zu statistischen Zwecken ein paar **Fragen zu Ihrer Person** zu beantworten.

45.	Sind Sie...
	... männlich? <input type="radio"/> ...weiblich? <input type="radio"/> ...*? <input type="radio"/>

46.	In welchem Jahr sind Sie geboren ?				
	<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20px; text-align: center;">1</td> <td style="width: 20px; text-align: center;">9</td> <td style="width: 20px;"></td> <td style="width: 20px;"></td> </tr> </table>	1	9		
1	9				

47.	Welchen höchsten allgemein bildenden Schulabschluss haben Sie?
	<p style="text-align: right;">Noch Schüler/in <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Schule beendet ohne Abschluss <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Volks-/Hauptschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Mittlere Reife, Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.) <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">(Fachgebundene) Hochschulreife (Abitur bzw. erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse) <input type="radio"/></p> <p>Anderen Schulabschluss, und zwar: _____</p>
48.	Welchen höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie?
	<p style="text-align: right;">Noch in Ausbildung (Schule/Lehre/Studium) <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Keinen beruflichen Ausbildungsabschluss <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Beruflich-betriebliche Anlernzeit mit Abschlusszeugnis, aber keine Lehre <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Teilfacharbeiter*innenabschluss <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Abgeschlossene Lehre <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Berufsfachschulabschluss <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Meister*innen-, Techniker*innen- oder gleichwertiger Fachschulabschluss <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Fachhochschulabschluss/Hochschulabschluss <input type="radio"/></p> <p>Anderen Abschluss, und zwar: _____</p>
49.	Bitte geben Sie an, ob Sie erwerbstätig sind.
	<p style="text-align: right;">Hauptberuflich vollzeit erwerbstätig <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Hauptberuflich teilzeit erwerbstätig <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Nebenher erwerbstätig <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Nicht erwerbstätig <input type="radio"/></p>
40.	Bitte geben Sie Ihre derzeitige berufliche Stellung an.
	<p style="text-align: right;">Arbeitslos <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">In Rente/Pension <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Hausfrau/-mann <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">In Ausbildung (Schule/Lehre/Studium) <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Ungelernte/r oder angelernte/r Arbeiter*in <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Gelernte/r Arbeiter*in, Facharbeiter*in <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Vorarbeiter*in, Kolonnenführer*in, Meister*in, Polier*in <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Angestellte/r mit einfacher Tätigkeit <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Angestellte/r, der/die schwierigere Aufgaben selbständig erledigt <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Angestellte/r mit umfassenden Führungsaufgaben <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Beamte/r im einfachen Dienst <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Beamte/r im mittleren Dienst <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Beamte/r im gehobenen oder höheren Dienst <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Selbständige/r <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Freiberufler*in <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Selbständige/r Landwirt/in <input type="radio"/></p>

51.	<p>Welchen Familienstand haben Sie?</p> <p style="text-align: right;"> Ledig, ohne feste(n) Partner*in <input type="radio"/> Ledig mit festem/fester Partner*in <input type="radio"/> Verheiratet <input type="radio"/> Verheiratet, getrennt lebend <input type="radio"/> Eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="radio"/> Eingetragene Lebenspartnerschaft, getrennt lebend <input type="radio"/> Geschieden <input type="radio"/> Aufgehobene Lebenspartnerschaft <input type="radio"/> Verwitwet <input type="radio"/> </p>														
52.	<p>Wie viele Personen, Sie selbst eingeschlossen, leben in Ihrem Haushalt?</p> <p style="text-align: center;"> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> Personen (bitte Anzahl eintragen) </p>														
53.	<p>Wie viele davon sind Kinder und/oder Jugendliche (bis unter 18 Jahre)?</p> <p style="text-align: center;"> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> Kinder/Jugendliche (bitte Anzahl eintragen) </p>														
54.	<p>Wenn Sie jetzt einmal alle Einkommensarten Ihres Haushalts zusammennehmen: Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushalts? Damit meinen wir alle Einnahmen Ihrer Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsabgaben. Regelmäßige Zahlungen, wie Renten, Kindergel, Bafög, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu. (Selbständige: Bitte schätzen Sie Ihren durchschnittlichen monatlichen Gewinn vor Steuern, z.B. auf Basis Ihres letzten Einkommenssteuerbescheids.) (Sollten Sie in einer Wohngemeinschaft leben, geben Sie bitte nur Ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen an.)</p> <p style="text-align: right;"> Monatliches Haushalts-Nettoeinkommen: Ca. <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> Euro </p>														
55.	<p>Bitte geben Sie die Postleitzahl Ihres Wohnortes an.</p> <p style="text-align: right;"> Postleitzahl: <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> </p>														
56.	<p>In welchen der folgenden Organisationen sind Sie Mitglied? (Mehrfachantworten möglich)</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Politische Partei <input type="radio"/></td> <td style="width: 50%;">Sozial-/ Wohlfahrtsverein <input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Gewerkschaft <input type="radio"/></td> <td>Jugendorganisation <input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Wirtschafts-/Berufsverband <input type="radio"/></td> <td>Sportverein <input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Naturschutzorganisation <input type="radio"/></td> <td>Geselliger Verein (z.B. Gesangsverein, Kegelclub) <input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Bürger*inneninitiative <input type="radio"/></td> <td>Kultur-/Musikverein <input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Elternorganisation <input type="radio"/></td> <td>Rentner*innen-/Senior*innenverein <input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Friedens-/Menschenrechtsorganisation <input type="radio"/></td> <td></td> </tr> </table> <p style="text-align: right;"> Sonstige, und zwar: _____ In keiner <input type="radio"/> </p>	Politische Partei <input type="radio"/>	Sozial-/ Wohlfahrtsverein <input type="radio"/>	Gewerkschaft <input type="radio"/>	Jugendorganisation <input type="radio"/>	Wirtschafts-/Berufsverband <input type="radio"/>	Sportverein <input type="radio"/>	Naturschutzorganisation <input type="radio"/>	Geselliger Verein (z.B. Gesangsverein, Kegelclub) <input type="radio"/>	Bürger*inneninitiative <input type="radio"/>	Kultur-/Musikverein <input type="radio"/>	Elternorganisation <input type="radio"/>	Rentner*innen-/Senior*innenverein <input type="radio"/>	Friedens-/Menschenrechtsorganisation <input type="radio"/>	
Politische Partei <input type="radio"/>	Sozial-/ Wohlfahrtsverein <input type="radio"/>														
Gewerkschaft <input type="radio"/>	Jugendorganisation <input type="radio"/>														
Wirtschafts-/Berufsverband <input type="radio"/>	Sportverein <input type="radio"/>														
Naturschutzorganisation <input type="radio"/>	Geselliger Verein (z.B. Gesangsverein, Kegelclub) <input type="radio"/>														
Bürger*inneninitiative <input type="radio"/>	Kultur-/Musikverein <input type="radio"/>														
Elternorganisation <input type="radio"/>	Rentner*innen-/Senior*innenverein <input type="radio"/>														
Friedens-/Menschenrechtsorganisation <input type="radio"/>															

57.	Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?
	<p style="text-align: right;">Keiner <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Römisch-Katholisch <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Evangelisch <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Andere christliche (z.B. griechisch-orthodox) <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Islamisch <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Jüdisch <input type="radio"/></p> <p>Andere , bitte angeben: _____</p>

58.	Welche Staatsangehörigkeit(en) haben Sie
	<p style="text-align: right;">Deutsch seit Geburt <input type="radio"/></p> <p style="text-align: right;">Deutsch durch Einbürgerung <input type="radio"/></p> <p>Andere, bitte angeben: _____</p>

59.	Was trifft auf Sie zu?			
		Trifft zu	Trifft nicht zu	Weiß nicht
	Ich bin in Deutschland geboren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Meine Mutter ist in Deutschland	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Mein Vater ist in Deutschland	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Persönliche Anmerkungen

Am Schluss möchten wir Ihnen Gelegenheit bieten, noch persönlich etwas anzumerken, wenn Sie das möchten.

Ihre Angaben werden selbstverständlich entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz **streng vertraulich** behandelt.

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!